

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 2,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf. ...

Vormwärts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche ...

Erscheint täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 19. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Für die Arbeitslosen!

H. St. Jena, 18. September.

Die Sozialdemokratie trägt einen Januskopf. Sie hat zwei Gesichter. Wenigstens erscheint das ihren Gegnern so, die die in sich geschlossene harmonische Bildung des Parteikörpers nicht zu begreifen vermögen.

So entsprach es nur alter Partei- und Parteitagsgespinntheit, daß dem hitzigen Meinungsstreit über unsere Taktik und der ernstlichen Wägung unserer künftigen Kampfmittel unmittelbar die Vertiefung in eine soziale Aufgabe folgte, die die kraftvollste praktische Gegenwartarbeit zur Voraussetzung hat.

Das Referat über diese wichtigste soziale Gegenwartsfrage hatte Genosse Timm übernommen. Und ihm muß das Zeugnis ausgestellt werden, daß er seiner schwächeren Aufgabe in vollstem Umfange gerecht wurde, daß er zwar eine Fülle von Einzelmaterial zur Beleuchtung des Problems zusammengetragen hatte, daß er aber gleichwohl nicht einen Augenblick die großen politischen und sozialen Gesichtspunkte aus dem Auge verlor.

Das Referat des Genossen Timm soll nach Parteitagbeschluss als besondere Werbefchrift die verdiente Verbreitung finden. Nichtsdestoweniger — und trotz des eingehenden Verhandlungsberichts — seien hier die leitenden Gesichtspunkte seines Vortrages wieder gegeben.

Der Redner begann mit der Kennzeichnung des kapitalistisch-imperialistischen Abertums. Ein wilder Völkermord hat die östlichen Teile Europas verwüstet, ungeheure Opfer an Blut und Gut verschlungen, hat auch das vermeintliche alte Kulturreservat des westlichen Europas in ein einziges Waffenarsenal verwandelt.

Aber nicht nur in der einen Großstadt, dem einen Landesteil grassieren Arbeitslosigkeit und Reduktion der Arbeitszeit auf Kosten der Entlohnung, sondern in zahlreichen Großstädten, Industriezentren und Landesteilen finden wir das gleiche trostlose Bild. Selbst ehrliche bürgerliche Politiker und einsichtsvolle Sozialpolitiker haben längst dies Elend anerkannt und Abhilfe gefordert.

Die Sozialdemokratie allein ist seit vielen Jahren am Werke gewesen, um wenigstens das schlimmste Elend der Arbeitslosigkeit auszurotten.

Sie forderte und fordert auch heute wieder zu ihrer Bekämpfung die schleunigste Inangriffnahme aller zu vergebenden öffentlichen Arbeiten. Aber nicht im Sinne von Notstandsarbeiten zu herabgesetzten Löhnen. Sie will keine Lohnrüderei, sondern Einhaltung der tariflich festgelegten Löhne oder wenigstens die ortsüblichen Normallöhne.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß eine öffentlich-rechtliche, auf breiter Basis aufgebaute Arbeitslosenversicherung dem Elend der Arbeitslosigkeit organisch steuere. Die freien Gewerkschaftsorganisationen haben bereits Gewaltiges auf diesem Gebiete geleistet, unzählige Millionen aufgewendet, sie haben allein im Jahre 1912 für ihre Arbeitslosen annähernd neun Millionen in Deutschland verausgabt.

Industrielles Scharfmachertum und Agrarierertum gehen hier wie allezeit Hand in Hand. Dieselben Agrarier, die das Volk durch eine unerhörte Lebensmittelvertenerung ausbeuten, lassen mit den Schleifsteinen der Industrie um die Wette den Ruf nach Juchthausgehehen erschallen.

Die Agrarier verhöhn die Opfer der Arbeitslosigkeit. Sie sprechen Schamlos von Arbeitscheu, sie verlangen Zurückföhrung der Arbeitslosen auf das platte Land. Dabei ist z. B. in Bayern einwandfrei festgestellt, daß in der bayerischen Landwirtschaft gleichfalls bereits ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden ist, wie denn überhaupt die Landwirtschaft diesen geringen Teil der Opfer unseres Wirtschaftssystems höchstens für 1—2 Monate Unterhalt zu gewähren vermöchte.

Diesen Attentaten gegen die Arbeiterinteressen gilt es den organisierten Angriff des Proletariats gegenüberzusetzen: das ungestüme Verlangen nach der Arbeitslosenversicherung. Längst sind ausländische Staaten mit gutem Beispiel vorangegangen. Dänemark hat bereits die obligatorische Versicherung für Staat und Gemeinden eingeföhrt, den Gewerkschaftsorganisationen erhebliche Zuschüsse zur Arbeitslosenfürsorge zu gewähren. Dieser kleine Staat, der nur halb so viel Einwohner zählt wie Bayern, hat 1910/11 an staatlichem Zuschuß mehr als 700 000 RM. und an Zuschuß der Gemeinden fast 350 000 RM. geleistet.

So sei es möglich, durch nachhaltiges, rücksichtsloses Drängen dem Bürgerertum auch hier Zustände abzutrotzen durch ein Drängen, das getragen sei von einer großen systematischen Aktion der Volksmassen. Möge die Arbeiterklasse alle ihre Kraft einsetzen für eine wichtige Kulturtat für die Arbeiterklasse, für die Menschheit!

In der Diskussion fanden die Ausführungen Timms vielfach die wertvollste Ergänzung durch zahlreiche Redner, die über Einzel-erfahrungen zu berichten hatten. Besonders warme Töne fand Genosse Winnig, der die Arbeitslosenversicherung nicht nur für

die dringendste soziale Forderung des Proletariats, sondern für die Aufgabe aller human Denkenden erklärte. Da war es diesem wohlgemeinten Enthusiasmus und Optimismus Winnigs gegenüber keineswegs unangebracht, daß Timm in seinem kernigen Schlußwort noch einmal auseinandersetzte, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung von den einzelnen Klassen durchaus vom Standpunkte ihres wirtschaftlichen Vorteils aus nächstern betrachtet werde.

Das Wichtigste und einzig Erfolg Versprechende bleibe deshalb die großzügige Organisation der Kundgebungen für die Arbeitslosenversicherung.

Die prächtige Debatte fand ihren wirksamen Abschluß in der einstimmigen Annahme der von Timm empfohlenen Resolution. Was nun die Partei rüstig und unwiderstehlich ins Werk setzen, was ihre Vertreterchaft in Jena beschloffen hat!

Die Nachmittagsführung wurde durch das gründliche Referat des Genossen Wurm über die Steuerfrage ausgefüllt, dessen Gedankengänge die von ihm bereits seit Wochen der Öffentlichkeit unterbreitete Resolution zugrunde lag. Wir werden auf Wurms Darlegungen bei der Würdigung der gesamten Steuerdebatte morgen zurückkommen.

Politische Uebersicht.

Antisozialpolitisches Unternehmerkartell.

Immer deutlicher wird dem zwischen dem Zentralverband deutschen Industrieller, dem Bund der Landwirte und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband abgeschlossenen Bündnis in der konservativen Presse als nächstes erstrebenswertes Ziel der Kampf gegen die Arbeiterbewegung empfohlen, da in ihrem Widerstand gegen die „Gerrichtsdiktatur“ und den „Terrorismus“ der verhehten Arbeiterschaft alle drei Gruppen völlig einig seien und gleiche Interessen zu vertreten hätten.

„Als solche Fragen“, heißt es weiter, „find neben der Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik besonders genannt: nicht — wie es in der Linkspresse heißt — Einschränkung der Sozialpolitik, sondern Abwehr übertriebener und unerfüllbarer, um der Waffengung willen gestellter sozialpolitischer Forderungen, Wahrung der Autorität des Unternehmers in seinem Betriebe, besserer Schutz gegen Streik- und Organisationsterrorismus, Schutz der Arbeitswilligen.“

Und dieselbe Mahnung, zunächst gemeinsam die „gewissenlosen Heber“ zu bekämpfen richtet einer der Führer der Reichspartei, Herr Otto Wendt, im roten „Tag“ an Großindustrielle und Agrarier:

„Wie die Landwirtschaft, so ist auch die Industrie durch den Radikalismus bedroht. Der Radikalismus untergräbt die Autorität und zerstört den sozialen Frieden. Der Radikalismus ist freihändlerisch und versagt der Industrie den Schutz gegen das Ausland. Der Radikalismus treibt Konsumtenpolitik und übersteht dabei nur, daß die Voraussetzung jedes Konsums die

Güterzeugung ist. Die Verbilligung unter den angemessenen Preis ist ein Vorteil für den Augenblick, aber ein dauernder Schaden, weil dadurch der Ruin der schaffenden Arbeit herbeigeführt wird.

Hier ist es, wo sich der Landwirtschaft und der Industrie Handwerk und Gewerbe zugesellen. Auch sie fordern mit Recht den angemessenen Preis. Auch sie fühlen sich vom Kapitalismus bedroht, der die Autorität untergräbt und zu einer Zwangsherrschaft der Sozialdemokratie auszuarten droht. Gleiche Gegner führen stets zu gemeinsamer Abwehr zusammen. Landwirtschaft, Industrie und gewerblicher Mittelstand können sich einzeln dem Kapitalismus nicht mehr erwehren, sie gehören zusammen und müssen sich zusammenfinden — der Bloß der Erwerbsstände ist eine notwendige Folge der Organisation der Massen durch die Sozialdemokratie.

Also zunächst gegen die Arbeiterbewegung! Der Name „Verteuerungskartell“ paßt nicht mehr; die Interessengemeinschaft der wahlverwandten industriellen und agrarischen Seele muß, wenn sie nicht unter falscher Flagge jenseits will, ihre Firma in „Antifozialpolitisches Interessentkartell“ ändern.

Neberei.

Das „Berl. Tagebl.“ sucht sich heute mit einigen Ausflüchten um unsere Angelegenheit herumzudrücken. Es spricht davon, daß unsere Auffassung des Massenstreiks, die sich mit der Rosa Luxemburgs deckt, vom Parteitag desabonniert worden sei, und wir, um nicht gegen den Parteitagbeschl. zu polemisieren, gegen seine Massenstreikfront machen. Darin läßt sich das Blatt gründlich. Wir haben in der Massenstreikfrage nie die Auffassung über die wechselnden Auffassungen Rosa Luxemburgs vertreten, sondern unsere eigene, und die Blatte aus unserem Parteitagartikel beziehen sich nicht, wie das „Berl. Tagebl.“ für seine Bedürfnisse zurechtmacht, auf den Massenstreik, sondern auf den Kampf gegen den Militarismus. Wir selbst stimmen dem Parteitagbeschl. um so eher zu, als der Parteitag gar nicht anders beschließen konnte, als er tat, nachdem ihm einmal zu denkbar ungünstigster Zeit ein Beschluß aufgenötigt worden ist. Aber gerade deshalb mußten wir uns gegen eine falsche Interpretation wenden, die aus dem klaren Wortlaut des Beschlusses und der trefflichen Erläuterung, die Scheidemann in seinem Schlusswort, mit dem wir in allem wesentlichen übereinstimmen, der Resolution gegeben hat, das Gegenteil herauszulesen bemüht ist. Wenn der Massenstreik heute in Deutschland so viel schwieriger im Kampf um das Wahlrecht anzuwenden ist, so auch deshalb, weil der deutsche Liberalismus sich sofort angstvoll gegen die Arbeiterbewegung wendet, sobald der Kampf ernsthaft werden könnte. Mit der „gemeinsamen Taktik der Linken“, der faulen Zauberformel des „L. L.“, hat diese Frage schon deshalb nichts zu tun, weil diese „Linke“ im Dreiklassenhaus eine hoffnungslose Minorität ist und unter diesem Wahlrecht bleiben muß, da alle taktisch-parlamentarischen und Wahlkünste von vornherein vergeblich bleiben müssen. Die Formel von der „gemeinsamen Taktik“ ist in Preußen nur eine Ausrede für politisches Nichtstun; das Dreiklassenwahlrecht kann nur außerparlamentarisch überwunden werden und deshalb ist die Stellung zur Massenstreikfrage ein untrügliches Zeichen für die Ehrlichkeit oder Unehrlichkeit des Willens zum gleichen Wahlrecht, die mit der ganz anderen Frage, wann der Massenstreik anwendbar ist, zunächst nichts zu tun hat.

Für die polemischen Manieren und den „Geist“ des „Berl. Tagebl.“ ist es übrigens kennzeichnend, daß es aus einem Korrekturefeler, der aus dem Zentralverband deutscher Industrieller den „Bund der Industriellen“ gemacht hat, unsere Sachkenntnis herleiten will, obgleich wir in derselben Nummer einige Zeilen vorher um recht ausführlich mit der Stellung des Zentralverbandes beschäftigt haben.

Der Hanfabund gegen den amerikanischen Tabaktrust.

An das Reichamt des Innern ist eine Eingabe des Hanfabundes gelangt, in der die Bitte ausgesprochen wird, eine staatliche Enquete über die Beziehungen des amerikanischen Tabaktrustes zur deutschen Zigarettenindustrie baldigst in die Wege zu leiten. Begründet wird diese Forderung damit, daß seit einiger Zeit in der deutschen Zigarettenindustrie eine lebhaftere Bewegung gegen den amerikanischen Tabaktrust eingeleitet hat. Eine Reihe deutscher Fabriken soll bereits ganz oder teilweise in den Händen des Trustes sein und es bestehe die Gefahr, daß die ganze deutsche Zigarettenindustrie unter die Vormachtigkeit des Trustes komme. Aus privaten Interessentkreisen heraus hat sich bereits ein Verband zur Abwehr des Tabaktrustes gebildet, der aber die ihm gestellte Aufgabe kaum erfüllen kann. Unter diesen Umständen wird ein staatliches Eingreifen als eine unabwendbare Notwendigkeit bezeichnet.

Bedenkliche Erscheinungen.

Die nackten Zahlen der Statistik zeigen in diesen Gegenden eine Verringerung der großen landwirtschaftlichen Betriebe und ein Anwachsen der Zahl der Kleinbäuerlichen Wirtschaften. Daß diese Entwicklung sich aber vielfach unter volkswirtschaftlich ganz bedenklichen Erscheinungen vollzieht, zeigt der in der jüngsten Nummer der „Hannoverschen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“, dem amtlichen Organ der Landwirtschaftskammer, veröffentlichte Monatsbericht des landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostpreußen an die Landwirtschaftskammer. Es heißt da, daß in manchen Gemeinden (Distriktslands) leider über die Verhinderung bäuerlicher Betriebe zu klagen sei. Junge Bauern setzen sich zur Ruhe, bleiben auf ihrem Wohnplatze sitzen und bringen die zum Wohnhause gehörenden Ländereien Stückweise zur Verpachtung. Damit beginnt die Verstückerung. Für die Stückweise verpachteten Ländereien werden zum Teil enorme Pachtpreise bezahlt, die eine Rente für den Pächter so gut wie ausschließen.

Diese Notiz weist auf den wunden Punkt unserer Agrarwirtschaft hin: der Preis des Bodens, ganz gleich ob er künstlich erworben oder ob er gepachtet wird, steigt in ganz ungeheurer Weise, und zwar bei Stückländereien noch bedeutender als bei ganzen Gütern. Und wenn dann bei diesen hohen Bodenpreisen die Bewirtschaftler keine Rente erzielen, so werden sie nach staatlicher Hilfe, um so auf Kosten der Allgemeinheit ihre Existenz zu sichern. Dabei handelt es sich nicht etwa um vereinzelte örtliche Erscheinungen. Wie wir vor einigen Tagen aus dem Jahresbericht der Landwirtschaftskammer in Ostpreußen mitteilen, sind auch dort Grund und Boden weiter im Preise gestiegen. Vielfach werden über 500 M. für den Morgen (also rund 2000 M. für den Hektar) bezahlt, nicht selten sogar 600, 700 und 800 M. Auch die Pachtpreise seien von dieser Erhöhung nicht unbeeinträchtigt geblieben. Wörtlich heißt es:

„Daß die durch eine Steigerung der Rentabilität keineswegs begründete Erhöhung der Bodenpreise für das landwirtschaftliche Gewerbe eine ernste Gefahr bedeutet, wird von den maßgebenden Stellen anerkannt. Geschiehen von der zunehmenden Verstückelung des Grund und Bodens werden leider der Landwirtschaft dadurch auch Elemente zugeführt, die das Gut nur als eine Verkaufsware ansehen.“

Wenn die in der außergewöhnlichen Preissteigerung des Grund und Bodens liegende „ernste Gefahr“ für die Landwirtschaft von den „maßgebenden Kreisen“ anerkannt wird, dann ist es um so bedauerlicher, daß von diesen maßgebenden Kreisen nichts Wirksames unternommen wird, die Gefahr zu bannen. In jenen Kreisen verlangt man im Gegenteil immer höheren Pachtsummen, noch schärfere Grenzsperrungen usw., Einrichtungen, die samt und sonders die künstliche Preissteigerung im Güterhandel begünstigen und damit die dem landwirtschaftlichen Gewerbe drohende „ernste Gefahr“ noch mehr steigern. Geht die Sache so weiter, kann eine landwirtschaftliche Krise nicht ausbleiben.

Aus dem päpstlichen Rom.

Das „Neue Jahrhundert“ (Nr. 87 vom 14. September) bringt „Religiöse Reisebilder“ aus der Feder eines katholischen Pfarrers, der nach Malta gepilgert ist. Bei der Beschreibung Roms beginnt er mit dem Besuch des Petersdoms, den er, wie er hervorhebt, zu Fuß aufsuchte. In Fuß zu gehen, sei der Apostel Art gewesen. Dann schreibt er weiter:

„Heute ist es anders. Die Nachfolger des Apostel, Kardinäle, Bischöfe und Prälaten fahren in noblen Karossen, und die Söhne des H. Venedikt und des Armen von Assisi auteln. Nur der Landpfarrer geht noch zu Fuß. Warum das so ist und so sein muß, wissen die Bischöfe von Prag und Trier, die ihrem Klerus das Auteln verbieten, und ihn dahin befehrt zu haben, daß sich das mit der Einfachheit des Pfarrhandes nicht vertrage. Den Kardinälen ist das Ausgehen zu Fuß überhaupt verboten. Darum sammelt auch die Christenheit reichlich Peterspfennige für den Gefangenen im Vatikan und seine Räte und deren Diener und Dienerrinnen, Kassen und Nischen. Der Nepotismus (Wetterwirtschaft. Red.) ist uralte gut kirchliche Tradition und hat mit Modernismus und Reformertum nichts gemein.“

Die „Zigarrenrauchenden, Hellebardenträgenden Schweizer der päpstlichen Palastgarde“ nennt der Verfasser „ein teures Spielzeug“ ohne Sinn und Wert, aber sie sei schmutzig „und die Gläubigen bezahlen auch für sie den Peterspfennig“. Vor der Meisenstube des Heiligen Petrus ruft der Pilger an: „O Petrus, was ist in 1900 Jahren aus deiner römischen Gründung geworden!“, und er schreibt nun, die Petrusstube sei „Sinnbild der katholischen Kirche, wie es kein zweites gibt. Erdbeben groß und majestätisch, innen aber kalt, leer, nicht herzerquickend.“

An anderer Stelle schreibt der Verfasser, daß er es bisher als schmachliche Verleumdung betrachtet habe, wenn gesagt wurde, daß in Rom „an demselben Reichthum gleichzeitig zwei, ja drei Personen besitzen, eine rechte, eine linke, eine vornehmliche“; nun aber habe er es selber gesehen und sich empört. Heute ärgere er sich nicht mehr darüber, denn er wisse, daß diese Dreybeichte nicht der Herr und seine Apostel eingesetzt haben, und daß sie der Heilige Augustin (5. Jahrhundert. Red.) noch nicht gekannt habe.

Der frühere erzbischöfliche Kanonikus Rufus, der Reformkatholik, der jetzt im italienischen Kultusministerium arbeitet und die Verhältnisse natürlich gut kennt, habe ihm vieles über Rom, den Vatikan und dessen Bewohner erzählt:

„Alles läuft hier hinaus auf Macht und Einfluß und vor allem auf Geld. Die Länder, die Fürsten, die Kunst, die Wissenschaft, der Handel, alles soll sich beugen und sich der scholastischen Schablone fügen. Wer den schwersten Peterspfennig bringt, ist am willkommensten. Als dem Kardinal Fischer (der kürzlich gestorbene Kölner Erzbischof; Redaktion) der Vorwurf gemacht wurde, er habe seine Herde schlecht geweidet, replizierte er diesen Vorwurf mit den Worten: „aber gut gefressen“, reichte einen schweren Peterspfennig vor und alles war wiederum gut. Nach Geld lechzt, nach Geld verlangt alles in Rom. Auch was „gut katholisch und päpstlich“ ist. Was wir in dieser Zeitchrift schon über Rom gelesen haben, und was gelegentlich liberale und freisinnige Zeitungen berichten, ist durchaus keine Uebertreibung. Der hohe Klerus besitzt und schwelgt und macht sich das Leben — gelegentlich auch das Jähohr — leicht, und der niedere Klerus darbt und sehnt sich nach Besserstellung und setzt sich über die kirchlichen Vorschriften hinweg. Diese sind per forestieri (für die Ausländer. Red.), besonders für die Deutschen. Uebermächtig sind die Orden. Sie haben alle in Rom ihre Häuser und ihre Generalobern und bilden ein wohlorganisiertes Heerlager, während dem Weillerus jede Organisation verboten ist; er ist und bleibt ein Heilostenstand, und nur Sklavenseelen sehen das nicht ein und finden in ihm ihre Befriedigung.“

Fehlgeburten.

Infolge des Geburtenrückganges versucht man in Magdeburg seit 1910 auch die Zahl der Fehlgeburten statistisch zu erfassen. Für das Jahr 1912 wurde eine Verbesserung der Statistik dadurch erzielt, daß auf eine Aufforderung des Kreisarztes hin auch ein Teil der Magdeburger Ärzte vierteljährliche Meldungen über die von ihnen behandelten Fehlgeburten — ohne Nennung von Namen — erstatteten. Das so erlangte Material ist natürlich keineswegs vollständig; es läßt aber die ungewöhnliche Größe der Zahl der Fehlgeburten ablesen. Im ganzen wurden nämlich 1912 in Magdeburg nicht weniger als 1458 Fälle von Fehlgeburten gezählt. Davon entfielen 1215 auf verheiratete und 242 auf ledige Frauen. Auf 1000 eheliche Geburten entfielen 224, auf 1000 uneheliche Geburten 238 Fehlgeburten. Die verhältnismäßig höchste Zahl von Fehlgeburten weist bei den verheirateten Frauen das Lebensalter von 25 bis 30. Jahre mit 32 Proz. auf, bei den unverheirateten das Jahrfünft vom 20. bis 25. Lebensjahr mit 56,5 Proz. Berücksichtigt man indessen die Geburtenhäufigkeit der verschiedenen Lebensalter und stellt hierzu die Häufigkeit der Fehlgeburten in Vergleich, so ergibt sich mit dem zunehmenden Alter eine starke Steigerung. Auf das Alter bis zu 20 Jahren entfielen auf 1000 ständesamtlich gemeldete Geburten nur 37 Fehlgeburten, bei 20 bis 25 Jahren bereits 123, bei 25—30 Jahren 213 und bei den älteren Ehefrauen sogar 341 Fehlgeburten. Auch die Frage wurde gestellt, die wievielte Geburt die beobachtete Fehlgeburt ist. Sie wurde bei 1064 Frauen beantwortet. Danach waren die Fehlgeburten in 71 Fällen Erstgeburten, 191 zweite, 221 dritte, 181 vierte, 161 fünfte, 82 sechste, 54 siebente, 43 achte, 28 neunte, 9 zehnte, 12 elfte, 6 zwölfte, 7 dreizehnte, je drei vierzehnte und fünfzehnte, eine sechzehnte und eine einundzwanzigste Geburt.

Di Frage, ob und wie viele von den Fehlgeburten mehr oder weniger abschüssig herbeigeführt wurden, läßt die Statistik natürlich unbeantwortet.

Schutz für Soldaten im Manöver!

Anfangs September ging durch die Presse die Mitteilung, daß Mannschaften des in Rendsburg garnisonierenden Trainbataillons Nr. 9 im Manövergelände von einem schweren Unglücksfall betroffen worden waren. Die Mannschaften waren in einer Anzahl von Dienstpferden in einem Stallgebäude auf dem Gute Groß-Jeher in der Gegend von Ragsburg einquartiert. Rasch brach in dem Gebäude Feuer aus, wobei vier Soldaten verletzt wurden wurden, der eine so schwer, daß er bald an den Brandwunden starb. Außerdem verbrannten sieben Dienstpferde. Dieser traurige Ausgang des Unglücksfalles war nur möglich, weil der Raum, in dem die Soldaten einquartiert waren, nur eine Tür hatte, die, weil sie verrostet war, sich wohl von außen, nicht aber von innen öffnen ließ und das Rastloch, Fenster genannt, einen eisernen Rahmen hatte. Da die Soldaten durch die Tür nicht entkommen konnten, mußten sie mit der bloßen Faust den eisernen Rahmen des in ziemlicher Höhe befindlichen Fensters

durchschlagen. Die Laterne, durch deren Explosion das Feuer entstanden ist, soll auch nicht einwandfrei gewesen sein. Ist es schon eine schwere Anklage gegen die Militärbehörde, daß die Soldaten in einem Raum untergebracht wurden, wo sie so wenig gegen Feuergefahr geschützt wurden, so wird die Sache für sie dadurch noch schlimmer, daß sie aus dem Vorfall anscheinend nichts gelernt hat. Der „Krieger Zeitung“ wird nämlich von einem Soldaten der 9. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 85 aus dem Manövergelände ein Vorfall berichtet, der eine große Ähnlichkeit mit dem auf dem Gute Groß-Jeher passierten hat. Die Kompanie hatte am letzten Freitag anstrengende Übungen und Marsche gehabt. Nach einer schlaflosen Nacht mußte sie am Sonnabend noch nach dem 30 Kilometer entfernten Gute Rittlich (Lauenburg) marschieren, wo sie ins Quartier sollte. Todmüde gelangten die Soldaten auf dem Gute an und wurden im Bleistall einquartiert. Die wohlverdiente Ruhe wurde aber bald durch den Ausbruch der „Feuer“ gestört. Das Innere des Stalles stand in Flammen. Die an dem der Tür entgegengesetzten Ende schlafenden Mannschaften konnten an ein Entkommen kaum denken. In höchster Gefahr gelang es ihnen noch im letzten Augenblick eine hohe Pforte zu öffnen und zu entkommen. Von ihrer Ausrüstung und den Gewehren konnten sie nur wenig retten. Sie mußten nur mit der notwendigsten Kleidung versehen, das Manöver mit fortsetzen. Auch in diesem Falle soll eine Laterne die Ursache des Feuers sein.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu verlangen, daß die Militärbehörde Aufklärung über diese Fälle gibt.

Die Balkanfrage.

Einigung über die Grenzfrage.

Konstantinopel, 18. September. Die gestrige Sitzung der türkischen und bulgarischen Delegierten dauerte drei Stunden. Das Ergebnis wurde allgemein mit Ungeduld erwartet. Während der Sitzung begab sich der erste türkische Delegierte Talat Bey zum Großvezir, bei dem einige Minister versammelt waren. Man nimmt an, daß er dabei den Großvezir fragte, ob für Demotika, auf dem der Kriegsminister Iszet Pascha unbedingt bestand, irgendein Zugeständnis an Bulgarien möglich sei. Wie es scheint, wurde jede Konzession abgelehnt. Nachdem Talat Bey in die Sitzung zurückgekehrt war, wurde diese alsbald geschlossen, und die bulgarischen Delegierten erklärten selbst Journalisten gegenüber, daß Demotika türkisch bleibe. Mit der gestrigen Sitzung ist die Grenzfrage vollkommen erledigt, über die Nationalitätenfrage ist es im Prinzip zu einer Einigung gekommen. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Reite Zustände in Albanien.

Sofia, 18. September. Essad Pascha hat, obwohl er Mitglied der provisorischen Regierung ist, eine gegen diese gerichtete Aktion eingeleitet. Der Regierung gehen aus allen Teilen des Landes Telegramme zu, in denen das Vorgehen Essad Paschas getadelt und die Solidarität mit der Regierung mit der Versicherung betont wird, das Land gegen jeden inneren und äußeren Feind schützen zu wollen. In Regierungskreisen verlautet, daß Essad Pascha in Durazzo eine größere Summe Staatsgelder beschlagnahmt habe.

Holland.

Wahlrechtsdemonstration der Frauen.

In Haag veranstalteten 800 Frauen am Mittwoch nachmittags eine Kundgebung zugunsten des Frauenstimmrechts, da die Thronrede nicht die Gleichheit der Männer und Frauen angekündigt hat. Der Ministerpräsident empfing eine Abordnung von zwei Frauen. Er antwortete, der Gesetzgeber würde nach der angekündigten Verfassungsrevision das Frauenstimmrecht gewähren können. Die Frauen zogen darauf vor das Kammergebäude.

China.

Der Konflikt mit Japan.

Tokio, 17. September. Wie es jetzt scheint, hat sich China nur mit den unbedeutenderen Forderungen Japans einverstanden erklärt, während auf die Forderung einer Entschuldigung und der Entlassung des Generals Changfuen noch keine Antwort eingegangen ist. Wie erklärt wird, hat das japanische auswärtige Amt die britische Regierung über die Haltung im Falle einer japanischen Aktion zu Wasser oder zu Lande sondiert, worauf ihm geantwortet wurde, daß England eine militärische Aktion Japans mit Besorgnis betrachten würde, da sie geeignet sei, zur Aufteilung Chinas zu ermutigen. Hingegen würde England die Forderungen Japans auf Entschuldigung und Entschädigung in Peking diplomatisch unterstützen.

Die Stimmung in Japan.

Tokio, 18. September. (V. C.) Zwischen dem Minister des Aeußeren und dem Kriegsminister sind Meinungsverschiedenheiten entstanden. Der Kriegsminister besteht auf der Besetzung Kan Kings, die auch von der öffentlichen Meinung energisch verlangt wird, wobei auf die Abmachungen mit Rußland und England hingewiesen wird. Das Kriegsministerium verlangt eine Vermehrung des Heeres um zwei Divisionen. Der Minister des Aeußeren soll bereits seinen Abschied eingereicht haben. Hier herrscht die Meinung vor, daß der Vorfall von Kan King noch nicht erledigt sei, da die chinesische Regierung wieder zur Politik der Ausflüchte zu greifen beginne.

Amerika.

New York vor den städtischen Wahlen.

Aus New York wird uns geschrieben: Am 16. September haben die eingeschriebenen Wähler durch die neuerdings gesetzlich vorgeschriebene Urabstimmung (Primärwahl) die Männer zu bestimmen, zwischen denen die Bürger in den kommenden Wahlen (5. November), in denen über die Besetzung der obersten Verwaltungämter der Stadt wie über die Zusammensetzung des Stadtrats entschieden wird, zu wählen haben werden. Raschlich handelt es sich hier in Wirklichkeit nur um eine durch die registrierten Wähler der einzelnen Parteien vorzunehmende Ausbeibung der von den jeweiligen Parteinstanzen fertig ausgearbeiteten Kandidatenlisten, inwieweit auch die theoretische Möglichkeit besteht, daß den offiziell vorgeschlagenen Bewerbern aus der Masse der Parteimitgliedschaft heraus durch ein umständliches Petitionsverfahren Gegenkandidaten gegenübergestellt werden. Das „honette“ Bürgerium hat wieder eine „Fusion“ gegen das erbeigefessene Raubrittergesindel von der Tammany Hall gebildet, diese Bande strapelloser Geschäftspolitikanten, die trotz ihrer hundertjährigen Standaalchronik und lomonunale Diebstahlwirtschaft noch immer die mächtigste politische Organisation New Yorks, wenn nicht des ganzen Landes ist. Der Kampf zwischen Fusion und Tammany ist aber weiter nichts als ein Konflikt zweier kapitalistischen Cliquen, höchstens daß die

Kapitalisten von der Fusion daneben das „Prinzip“ vertreten, daß die Teilung der Leute mit den Lumpen und Bravados, wie sie in der Tammany Hall dominieren, von Uebel ist. Eine Parallel-Strömung zur bürgerlichen „Republikanität“ ist sogar in Tammanys eigenen Reihen vorhanden. Am besten und knappsten gibt hierüber, wie über die ganze politische Naturgeschichte Tammanys die „Encyclopaedia Britannica“ Auskunft: „Die krasse Form der Korruption, die unter Tweed herrschte, treten mehr und mehr zurück. Statt dessen wird das Geld für Tammany Hall und seine Führer erpicht von Korporationen, die es bequemer finden, sich den Frieden zu erkaufen, als für ihre Rechte zu kämpfen, von Kapitalisten, die irgendwelche Konzessionen von der Stadtverwaltung wünschen, oder die bei der Ausbeutung des Volkes nicht gestört werden wollen; von Spirituosenhändlern und Wirtin, deren Egoismus mehr oder weniger von der Gnade unfruchtbarer lokaler Machthaber abhängt; von sonstigen Geschäftsleuten, speziell in den Quartieren der Armen, deren Geschäftsbetrieb polizeilichen Schikanierungen ausgesetzt sein kann; von Beamten und Kandidaten für öffentliche Ämter und schließlich indirekt von korrupten Polizeibeamten, dem Verbrecherrum und den Spielhöllen- und Wirtshäusern als Honorar für Nichtbetätigung seitens der Polizei. — Man darf nicht vergessen, daß Tammany Hall nicht durch kollektiven Rat geleitet, sondern von einem einzelnen beherrscht wird, der sich kraft seiner Geschicklichkeit zu seiner Position emporgeschoben hat und in dessen Hand die Finanzen der Gesellschaft ruhen, ohne daß er irgend jemand finanzielle Rechenenschaft schuldet.“ Dieser „Boss“ Tammanys ist gegenwärtig ein vollkommen ungebildeter und idealloser Bursche namens Charles Murphy, der so gut wie Tweed und Croker in der Politik nur ein Privatgeschäft erblüht, ohne aber solche offenen Formen der Gaunerei zu praktizieren, wie seine beiden berühmtesten Vorgänger, deren einer im Justizhause endete, während der andere seinen Millionärsraub und sich selber nach Island getrieben hat. Aber die typisch-amerikanische „Vohwirtschafft“ treibt Murphy in der Tammany Hall — übrigens die „reguläre“ demokratische Organisation Manhattans! — noch in der jetzigen Wahlbewegung so offen wie nur möglich, und was sich die braven „Demokraten“ dieses Gott weiß wie „smarten“ und „freien“ Landes von ihm bieten lassen, geht auf seine hinterkommene oder oberbaberische Klugheit, und wenn es mit feingraphischen Schriftzeichen niedergeschrieben wird, Tag für Tag konnte man in den Blättern lesen, wie Murphy bald den einen, bald den anderen seiner Getreuen nach einem fashionablen Hotel lud, um mit ihm zu „konferieren“, und nachdem diese Nachrichten mehr als eine Woche lang das intelligente New York in Spannung versetzt hatten, zog „Charlie“ das Publikum ins Vertrauen und wies ihm die Namen der Leute ein, die als Kandidaten Tammanys auftreten werden. Am Tage darauf waren Murphys Kandidaten auch richtig von einer tausendköpfigen „Delegatenversammlung“ akzeptiert, ohne daß auch nur ein einziger dieser freien Bürger des freiesten Landes der Welt und des smartesten obendrein zu mucken gewagt hätte! Bürgermeisterkandidat Tammanys ist nun ein gewisser Mc.Call, bis vor kurzem Inhaber eines hohen Richteramtes, seitdem Präsident der New-Yorker Verkehrsbehörde, in beiden Eigenschaften eine Kreatur Murphys. Auch die Annahme der Kandidatur durch Mc.Call ist spöttisch bezeichnend für den Unterhandengeist der Leute Murphys. Mc.Call hatte erklärt, nie und nimmer als Kandidat herhalten zu wollen, und wenn man ihm die Pistole vor die Brust setzte — und über Nacht tonzte er, wie Murphy pfiff. Von der Kandidatur des bisherigen Bürgermeisters Gaynor hat Tammany besten plötzlichen Tod befreit. Wie erinnerlich, war Gaynor vor vier Jahren von Tammany als der zweifelhafte populärste Mann im Felde nur notgedrungen akzeptiert worden, und Gaynors Amtsführung hat denn auch die pessimistische Erwartung der „Tammany-Braven“, daß er ihnen das Stehlen einigermaßen erschweren werde, bestätigt. Sozialistischer Vorkämpfer ist der Schriftsteller und berühmte Kämpfer Charles Edward Russell. Von 595 150 insgesamt abgegebenen Stimmen erhielt der sozialistische Bürgermeisterkandidat im Jahre 1909 11 168; die Sozialistische Arbeiterpartei (Deleganten) ergab 1266 Stimmen. Da relative Mehrheit entscheidet, konnte damals Gaynor mit 250 378 Stimmen ins Rathaus einrücken.

Achte internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre.

Zürich, den 16. September 1913.

In Züricher Volkshaus hat heute die achte internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen ihren Anfang genommen. Die Teilnehmer der Konferenz bestehen aus den Vertretern der dem Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften angeschlossenen Landeszentralen. Zurzeit sind 19 gewerkschaftliche Landeszentralen dem Internationalen Sekretariat angeschlossen, und zwar England, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Österreich, Bosnien-Herzegowina, Ungarn, Kroatien-Slawonien, Serbien, Rumänien, die Schweiz, Italien, Spanien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Mitgliederbestand beträgt rechnerisch 7 121 000 gegen 6 670 000 im Vorjahr, somit ist eine Zunahme von 551 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Kosten des Internationalen Sekretariats konnten bisher durch die eingegangenen Mitgliederbeiträge gedeckt werden. Seit dem 1. Januar 1913 sind aber durch die Herausgabe der Internationalen Gewerkschafts-Korrespondenz die Ausgaben ganz erheblich gestiegen, so daß die Beiträge wesentlich erhöht werden müssen. Statt der seit 1907 gezahlten 1,50 M. pro 1000 Mitglieder werden in Zukunft 4 M. gezahlt werden müssen.

Internationaler Sekretär ist Reichstagsabgeordneter Legien, Deutschland. Vorsitzender ist Huggler, Bern (Schweiz). Folgende Vertreter der Landeszentrale nehmen an der Konferenz teil: England: W. A. Appleton-London, James O'Grady-London; Frankreich: A. Jouhaux-Paris, Dumoulin-Paris; Belgien: C. Raetens-Brüssel; Holland: J. Oudegeest-Amsterdam; Dänemark: Carl P. Madren-Kopenhagen; Schweden: Ernst Söderberg-Stockholm; Norwegen: Ole O. Vian-Christiana; Finnland: O. Toivo-Helsingfors; Deutschland: Karl Legien-Berlin, Johann Sassenbach-Berlin; Österreich: Anton Hueber-Wien; Franz Rader-Wien; Bosnien-Herzegowina: F. Radoser-Sarajewo; Ungarn: S. Roszori-Budapest; Kroatien: W. Ruffeg-Agram; Schweiz: A. Huggler-Bern, Robert Roth-Zürich; Italien: P. Aragona-Rom, Quaglino-Rom; Spanien: Vincente Barrio-Madrid; Vereinigte Staaten: George W. Perkins-Chicago.

Serbien, Bulgarien und Rumänien sind nicht vertreten; ihre materielle Lage ist infolge des Krieges zu schlecht. Dagegen nehmen zahlreiche Vertreter der Internationalen Berufssekretariate, die am Freitag hier lagen, an den Verhandlungen teil. Als Vorkämpfer der englischen Arbeiter amnest. Angehört ist nur die General-Föderation, die etwa ein Drittel der englischen Gewerkschaften umfaßt.

Legien gibt als internationaler Sekretär den

„Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.“

Es sind sechs internationale Diskussionen bei Streiks veranlaßt worden: für Serbien und Bulgarien, für die holländischen Tabakarbeiter, für Belgien (Generalstreik), für Italien (nach dem Tripolitanischen Krieg), für Norwegen (bei der großen Ausperrung), für England (Dokarbeiterstreik); für den Unterstützungsbeitrag der Balkanländer ist noch nichts verleitet worden, da die Reorganisation der Gewerkschaften in den Balkanländern noch nicht möglich

gewesen ist. Eine neue Landeszentrale hat sich dem Internationalen Sekretariat angeschlossen: Transvaal mit dem Sitze Johannesburg. In Transvaal sind jetzt 100 000 Gewerkschaftler organisiert und es besteht die Hoffnung, die Organisation auf ganz Südafrika auszuweiten. Verbindungen sind in Südamerika angeknüpft worden; auch in der Türkei sind Anknüpfungsversuche gemacht worden, aber zu greifbaren Resultaten sind sie noch nicht gelang.

In der Diskussion über den Bericht des internationalen Sekretärs spricht zunächst Ruffeg-Kroatien. Er beschäftigt sich mit der Lage der Gewerkschaften in den Balkanländern nach dem Kriege. In Serbien ist man mit dem Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Organisationen beschäftigt. Sehr schwierig liegen die Verhältnisse in Bulgarien. Es existieren dort zwei Organisationen, die „Engherzigen“ und die „Weitherzigen“. Die Engherzigen machen den Vorwurf, daß sie im bürgerlichen Fahrwasser segeln und auf der letzten Konferenz in Budapest sind die Weitherzigen vom Internationalen Sekretariat ausgeschlossen worden mit dem Anheben sich zu einer Landeszentrale zu vereinigen. Die Engherzigen bilden jetzt die Hauptgruppe, sie sind sozusagen die einzige nach dem Kriege übriggebliebene Organisation. Sie allein sollte vom Internationalen Bureau unterstützt werden, nur so kann die Einheitlichkeit der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung gefördert werden.

Hueber-Wien meint, daß es notwendig sei, daß Legien und Rauscher nach Belgrad und Sofia fahren, dort die Verhältnisse studieren, ehe ein Knosp Geld an die Balkanländer gezahlt wird. (Heiterkeit.) Besonnen beide bulgarischen Organisationen Geld, so wird mit diesem Geld der Krieg neu eröffnet werden. Anlässlich des österreichischen Gewerkschaftskongresses werden wir versuchen, die serbischen und bulgarischen Gewerkschaftsführer nach Wien zu bekommen und da kann Legien mit ihnen verhandeln.

In der Radmittags-Sitzung fragt Hueber-Wien warum die Franzosen ihre Beiträge an das Internationale Bureau nicht abgeführt haben. Mit internationalen Preisen sei nichts getan, man müsse die Solidarität auch durch materielle Opfer zu bekräftigen wissen.

Jouhaux-Paris: Der Spott Huebers über den französischen Wortdealismus war deplaziert. Die Regierung hat nicht nur die Verwalter der Landeszentrale verhaftet, sondern auch alle Bücher konfisziert. Die Verwaltung sei also in den größten Schwierigkeiten. Die Franzosen haben für den belgischen Generalstreik mehr getan, als alle andern Gewerkschaften. Inzwischen seien auch die französischen Beiträge bezahlt worden. Im Materielle erschöpfe sich auch nicht alle Kraft. Idealismus sei auch nötig.

Hueber hält die Erklärung Jouhaux für keine genügende Rechtfertigung. Jouhaux habe ja selbst erklärt, nur die Bücher seien konfisziert worden, nicht das Geld. (Heiterkeit.) Mit dem verhafteten Kassierer sei doch nicht gleichzeitig das Geld verhaftet worden. (Erneute Heiterkeit.) Er habe die Franzosen nicht verpöndelt, er habe ihnen nur die bittere Wahrheit gesagt.

Legien hält die Frage der französischen Beiträge mit der Erklärung von Jouhaux für erledigt. Es muß angestrebt werden, daß internationale Unterstützungen nur durch das Internationale Sekretariat und die internationalen Berufssekretäre angefordert werden. Nur so ist eine Kontrolle möglich. Er erklärt sich bereit, den Wünschen entgegenzukommen, die auf Sammlung von Material über einzelne Fragen wie Heimarbeit und Arbeitslosenversicherung gerichtet sind.

Die Konferenz genehmigt den Bericht des Internationalen Sekretärs und beschließt die Herausgabe von Berichten, die einen Zeitraum von zwei Jahren (von einer Konferenz zur anderen) umfassen. Die Konferenz hält es für notwendig, daß bei wichtigen internationalen sozialpolitischen Veranstaltungen das Sekretariat den Landeszentralen die Teilnahme empfiehlt und das Material dieser Veranstaltungen sammelt.

In Anerkennung der Verdienste des Internationalen Sekretärs wird einstimmig beschlossen, seine Remuneration von 500 auf 600 Franc pro Jahr zu erhöhen.

Eine längere Diskussion entspinnt sich über den Antrag Rumänien: „Den internationalen Berufsverbänden können nur solche Gewerkschaften angehören, welche der in Frage kommenden Landeszentrale angeschlossen sind.“

Von Hueber und andern wird darauf hingewiesen, daß zum Beispiel die Bergarbeiter von England und Belgien der Landeszentrale nicht angeschlossen sind. Würde der Antrag zum Beschluß erhoben, müßten die englischen und belgischen Bergarbeiter aus dem internationalen Berufsverband ausgeschlossen werden. Man könne den Gedanken des Antrages als erfindenswert äußern, aber es gehe nicht an, einen solchen Beschluß zu fassen. Andere Delegierte, mit Jouhaux, P. Aragona, empfehlen die Annahme des Antrages im Interesse der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung.

Schließlich wird ein Vermittlungsantrag Hueber-Wien angenommen, wonach die Konferenz über den Antrag Rumänien zur Tagesordnung übergeht, aber betont, daß das internationale Sekretariat und die Landeszentralen verpflichtet sind, sich gegenseitig in die Hände zu arbeiten.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Polizeiliche Verjagd gegen eine Soldatenbrochüre.

Das Niederrheinische Agitationskomitee hat ein Broschüren herausgegeben, das sich an die militärpflichtigen jungen Leute wendet und überschrieben ist: „Wer will unter die Soldaten?“ Die ganz harmlose Broschüre, die die jungen Leute mit allerhand nützlichen Ratschlägen unterstützen will, ist auf Veranlassung der Elberfelder Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Die Kriminalpolizei in den verschiedenen Städten macht nun eine Verjagd auf diese Broschüre. Am Donnerstag früh wurde in den beiden Expeditionen der „Freien Presse“ in Elberfeld und Warmen eine Hausdurchsuchung abgehalten und in Elberfeld 25, in Warmen 11 Exemplare der Broschüre konfisziert. Auch wurde in der Druckerei unseres Elberfelder Parteiorgans gehäusucht, um die Druckplatte zu beschlagnahmen. Die Arbeit war vergeblich. In gleicher Zeit wurde in Düsseldorf in der Buchhandlung der „Volkzeitung“, im Jugendheim und in der Wohnung des Genossen Winnen gehäusucht. Auch den Filialen der „Volkzeitung“ in der Umgegend schenkte die Polizei ihre ganze Aufmerksamkeit. Es wurden dort nicht nur die Geschäftslokale, sondern auch die Wohnungen der Filialleiter durchsucht. Der Erfolg war sehr minimal. Nur in der Buchhandlung der „Volkzeitung“ wurden 22 Exemplare der Broschüre beschlagnahmt. Auch in Essen und in Köln wurde nach der Broschüre in den dortigen Parteilokalen gehäusucht. Auch hier kamen die Polizisten, wie in anderen Orten, zu spät. Den gleichen Eifer betätigte die Polizei in Hammurg, wo in der Parteibuchhandlung und allen ihren Filialen gehäusucht wurde. Die Ausbeute war 14 Exemplare. In Bochum wurde die dortige Parteibuchhandlung, in Witten das Rotarbeiterbureau heimgesucht. Weitere Nachrichten über Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen der Schrift kommen aus Jena und Weimar. In Nürnberg holte sich die Polizei bei einer Hausdurchsuchung 77 Exemplare. Die Tatsache, daß fast zu gleicher Zeit in vielen Orten Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, weist darauf hin, daß hierzu bestimmte Anweisungen von „oben“ vorliegen. Vielleicht glaubt die Staatsanwaltschaft, ihr Fiasko, das sie bei der Verfolgung der Imperischen Broschüre erlebt hat, durch möglichst schnelles Vorgehen gegen die Winnen'sche Broschüre wider den Militarismus vergessen machen zu können. Uebrigens soll gegen den Verfasser, Peter Winnen, bereits Klage erhoben worden sein.

Schwindel mit Bebelbildern.

Unser Dorimunder Parteiblatt warnt vor einem unerhörten Schwindel, der in dortigen Kreise mit höchst geschmacklosen, in Form eines Haussegens gehaltenen Bebelbildern verübt wird. Die Reisenden, die diese Bilder auch auswärts abzugeben versuchen werden, fordern dafür 28 M., bei einer Anzahlung von 7 M. Dabei beträgt der Wert des Bildes mit Rahmen höchstens 7—8 M. Mögen die Arbeiter vor dieser Gaunerei gewarnt sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preßhänder.

Woll die „Dressener Volkszeitung“, die unzulänglichen Zustände in der Dorfschule zu Penaria kritisch besprochen hatte, fühlte sich der Schulordnung des genannten Ortes beleidigt. Genosse Dr. Sachs als verantwortlicher Redakteur wurde wegen der Wiffheit zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, obwohl aus der Gerichtsverhandlung hervorging, daß die gerügten Missetaten im wesentlichen bestanden haben.

Aus Industrie und Handel.

Verflechtung des Eisenmarktes. In der Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Geschäftsverwicklungen das Vertrauen auf eine nachdrückliche Belebung des Geschäfts noch immer zärtlich. Infolge der geringeren Beschäftigung der Verbraucher liegt der Inlandsmarkt nach wie vor sehr ruhig. Unter diesen Umständen wurde der Verkauf für das letzte Viertel des Jahres heute zu einem um 5 Mark pro Tonne ermäßigten Preise freigegeben. Auch der Auslandsmarkt liegt zurzeit ruhig, doch ist der Abruf beschränkend. Auf dem Auslandsmarkt für Eisenbahnmateriale halten die Bahnen infolge der ungelärten Lage mit neuen Aufträgen etwas zurück. In Großbritannien war der Abruf im Juli geringer, er hob sich jedoch wieder im Laufe des August. Im Auslande tritt der belgische Wettbewerb weiter auf. Im Auslande macht sich ebenfalls der fremde Wettbewerb härter bemerkbar. In Formeisen hält die seitherige Zurückhaltung infolge der mäßigen Lage des Baumarcktes weiter an. Es wird nur der notwendigste Bedarf gekauft, allerdings mit kurzen Lieferungsfristen. In Rheinland-Westfalen, Nordwest- und Mitteldeutschland ist der Bedarf besser als in den übrigen Absatzgebieten, besonders als zum Beispiel in Berlin und Ostdeutschland. Anzeichen dafür, daß das Herbstgeschäft eine Belebung bringen wird, glaubt man hier und da zu erkennen. Für den Verkauf von Formeisen nach dem Inlande wurden heute die Preise unter Aufrechterhaltung der bisherigen Bedingungen um 5 M. pro Tonne ermäßigt; im Auslande haben sich die kontinentalen Abnehmer in den letzten Wochen etwas reichlicher eingebeugt, doch läßt sich auch hier infolge der teuren Geldverhältnisse der Bestellungseingang zu wünschen übrig. Das Vorkaufgeschäft beginnt sich langsam zu beleben; von einem bedeutenden Absatz dahin wird man aber für längere Monate noch nicht sprechen können.

Aus dem Bericht geht also hervor, daß die Lage des Eisenmarktes so ungünstig ist, daß der Stahlwerksverband die Preise für Halbzeug und Träger um 5 M. pro Tonne hat ermäßigen müssen.

Ein Bank in Albanien. In diesen Tagen wurde gemeldet, daß der Wiener Bankverein zusammen mit der Banca Commerciale Italiana eine albanische Bank zu gründen beabsichtigt. Auf Anfrage telegraphisch die Direktion des Wiener Bankvereins einer Berliner Handelskorrespondenz: „Tragliche Angelegenheit befindet sich im Anfangsstadium, wir können daher keine Mitteilung machen.“ Aus diesem Telegramm geht hervor, daß die Gründung einer österreichisch-italienischen Bank in Albanien ernsthaft erwogen wird. Man weiß aus der Geschichte der letzten Balkankriege, in wie starkem Maße Österreich und Italien wirtschaftlich an Albanien interessiert sind. Der Außenhandel Albaniens ist eng an Österreich und an Italien gekettet, österreichische und italienische Handelsschiffe vermitteln den Warentransport nach und von Albanien. Der österreichische Anteil am albanischen Außenhandel ist größer als der italienische. Nachdem nunmehr eine Einigung beider Länder in der albanischen Frage erzielt ist, gehen die genannten Bankinstitute daran, gemeinsam die Kräfte der albanischen Volkswirtschaft zu fruchtbar zu machen. Es heißt, daß infolge der indirekten Beteiligung deutscher Bankkapitals an dem Wiener Bankverein und der Banca Commerciale auch deutsche Interessen in Albanien wahrgenommen werden sollen.

Letzte Nachrichten.

Albanische Anarchie.

Belgrad, 18. September. (B. T. N.) Die blutigen Zusammenstöße in Albanien dauern an. Die Bevölkerung von Durazzo und Alessio fordert Esad Pascha auf, gegen Balona zum Sturz der provisorischen Regierung zu marschieren. Das Ministerium soll Balona bereits verlassen haben. In Anbetracht der unruhigen Haltung der Albanesen hat Serbien seine Grenzgarisonen durch Infanterie und Artillerie verstärkt. Das serbische Kabinett hat bei den Großmächten gegen die fortgesetzten Grenzverletzungen durch albanische Banden Protest eingelegt und verlangt die sofortige Bildung der albanischen Gendarmen zur Verhinderung weiterer Angriffe. In hiesigen politischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß die Albanesen selbst das Grab ihres Nationalstaates graben, bevor der Staat noch ins Leben gerufen worden ist. Europa sei verpflichtet, Albaniens Nachbar vor den Angriffen dieser ungebildeten Banden zu schützen. Man befürchtet jedoch neue Komplikationen.

Selbstmord einer deutschen Prinzessin.

Heidelberg, 18. September. Heute morgen wurde die Prinzessin Sofia von Sachsen-Weimar erschossen in ihrem Zimmer aufgefunden. Sie soll aus Liebeskummer Selbstmord verübt haben. In Verbindung mit dieser Tragödie wird der Name des Dr. jur. Hans Weichroder, eines Sohnes des bekannten Berliner Finanziers, genannt. Man sagt, daß der jüdische Glaube dieses jungen Mannes einer ehelichen Verbindung des sich liebenden Paares hindernd im Wege gestanden hat.

Die Straßenbahnkatastrophe bei Villeneuve-Loubay.

Antibes, 18. September. (B. T. N.) Die Aufräumarbeiten bei den in die Schlucht gestürzten Straßenbahnwagen werden lebhaft fortgesetzt. Das 24. Alpenjägerbataillon zählte bis zum Abend allein acht Tote. Eine Anzahl seiner ermüdeten Leute hatte die Erlaubnis zur Benutzung der Straßenbahn erhalten. Die Gesamtzahl der Getöteten Personen beträgt sieben.

Der Prozeß Sulzer.

Albano, 18. September. (B. T. N.) Die Verhandlung gegen den Gouverneur von New York, Sulzer, der angeklagt ist, Beiträge zum Wahlfonds unterschlagen und in Bezug auf die empfangenen Summen falsche Eide geleistet zu haben, begann heute vor dem Senat. Sulzer wird durch 12 Anwälte vertreten. Nach Erledigung der Formalitäten vertagte sich der Gerichtshof auf morgen früh.

Noch mehr Gold!

Brüssel, 18. Sept. (B. T. N.) Ein vom Kongo zurückgekehrter Reisender erklärte dem „Journal de Bruxelles“, er habe aus guter Quelle erfahren, daß man kürzlich in der Umgebung der Goldminen von Rilo außerordentlich ergiebige Goldlager entdeckt habe.

Aus eigener Konditorei:

Kränze
Gofhaer Art
mit reicher Füllung
50 90 Pf. 1.35

Königskuchen
50 Pf. 90 Pf. 1.35

A. Wertheim

Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.

Lebensmittel

Ständiger Verkauf:
Aus der eigenen Bäckerei:

Brot

Hamburger Art, rundes Bauernbrot, Schlüterbrot, Korbrot, Landbrot, Kuchenbrot

45 Pf.

Freitag und Sonnabend.

*Artikel werden nicht zugesandt.

Nur Freitag

Fleisch

Ochsenfleisch . . . Pfund 1.—
Filet im Ganzen, ungeschält 1.—, ausgeschält 1.40
Roastbeef Pfund 95 Pf., ohne Knochen 1.40
Pökeltzunge . . . Pfund 1.25
Schinken im Ganzen . . . Pfund 85 Pf.
Schweinekamm u. Schuff Pfund 95 Pf.
Schweine-Kotelettes . . . Pfund 1.05
Schweinebauch . . . Pfund 80 Pf.
Eisbein Dickbein Pfund 60 Pf.
Rückenfleisch 65 Pf., Liesen Pfund 75 Pf.
Kalbskamm u. -Bug Pfund 80 85 Pf.
Kalbsbrust Pfund 85 Pf., Spitze Pfund 1.—
Hammelkeule . . . Pfund 80 Pf.
Hammelrücken im Ganzen, Pfund 65 Pf.
Hammelkotelettes . . . Stück 10 Pf.
Dicke Rippe . . . Pfund 70 Pf.
Hammeldünnung . . . Pfund 60 Pf.
Casseler Rippespeer Pfund 85 Pf., 1.—

Hirsch und Wildschwein
Keule Rücken Blatt
Pfund 1.10 Pfund 85 Pf. Pfund 75 Pf.

*Geflügel

Gänse . . . 58 68 75 Pf.
Gänserümpfe . . . 2.30 bis 4.50
Enten . . . 1.55 bis 3.15
Junge Hühner . . . 55 Pf. bis 1.20
Brathühner . . . 1.25 bis 2.—
Suppenhühner . . . 1.25 bis 2.50

Wurstwaren

*Rotwurst . . . Pfund 55 85 Pf.
*Landleberwurst . . . Pfund 1.—
*Pasteten-Leberwurst . . . Pfund 1.15
*Feine Leberwurst . . . Pfund 1.20
*Jagdwurst . . . Pfund 1.05
*Teewurst . . . Pfund 1.30
Bauernmettwurst . . . Pfund 1.25
Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 1.35
Westf. Zervelat- u. Salamiwurst 1.75
Rollschinken ca. 6-8 Pfd. schw. Pfund 1.55
Landschinken ca. 8-12 Pfd. schw. Pfund 1.45
Mausschinken ca. 2-3 Pfd. schw. Pfund 1.40
Schinkenspeck in Stück, v. 1 1/2-4 Pfd. Pfund 1.25
Gänsebrust i. ganz. u. halb. Brüst. Pfund 1.60
Magerer Speck . . . Pfund 1.—
Fetter Speck . . . Pfund 90 Pf.
Fleischsalat, Jägersalat } Dose
Schweinskopf, Delikatessätze } 55 Pf.

Kolonialwaren

Neue Viktoria-Erbisen Pfund 18 Pf.
Neue glasierte Erbsen Pfund 24 Pf.
Neue grüne Erbsen Pfund 18 Pf.
Neue Linsen Pfund 23, 28 Pf.
Java-Reis Pfund 24, 30, 36 Pf.
Rangoon-Reis Pfund 18, 20 Pf.
Bruch-Reis . . . Pfund 15, 16 Pf.
Reisflocken . . . Pfund 28 Pf.
Reisgries, Reismehl Pfund 18 Pf.

Hartgries . . . Pfund 22, 25 Pf.
Weizengries . . . Pfund 19 Pf.
Budapester Mehl . Pfund 28 Pf.
Olympia-Auszug-Mehl . Pfund 24 Pf.
Kaiser-Auszug-Mehl . . Pfund 20 Pf.
Weizenmehl 000 . Pfund 17 Pf.
Kartoffelmehl Pfund 16, 18 Pf.
Weizenpuder . . . Pfund 28 Pf.

Bouillon-Würfel

Olympia-Bouillon-Würfel	Dose 10	20	50	100	500 Stück
	28 Pf.	55 Pf.	1.35	2.60	12.40
Globus-Bouillon-Würfel	Dose 25	50	100	500 Stück	
	43 Pf.	85 Pf.	1.65	8.00	
Hühner-Bouillon-Würfel	Dose 10	20	50	500 Stück	
	42 Pf.	80 Pf.	1.90	18.00	

Nur Freitag

*Fische

Kabeljau ohne Kopf, i. ganz. Fisch, Pfund 11 Pf.
Seelachs o. Kopf in ganz. Fischen, Pfund 11 Pf.
Schellfisch . . . Pfund 14 Pf.

Rotzungen . . . Pfund 20 Pf.
Lachs . . . in ganzen Fischen Pfund 63 Pf.
Lebende Aale Pfund 65 85 1.— 1.15
Lebende Karpfen . . . Pfund 85 Pf.
Lebende Krebse Mandel 25 Pf. bis 4.—

*Butter u. *Käse

Kochbutter 1.10 Tischbutter 1.20
Tafelbutter Pfund 1.30 1/2-Pfd-Paket 65 Pf.
Schmalz . . . Pfund 70 Pf.
Marmelade leicht gefärbt . . Pfund 33 Pf.

Emmentaler . . . Pfund 1.10
Bayerischer, Schweizer Pfund 88 Pf.
Holländer Käse . . . Pfund 75 Pf.
Limburger . . . Pfund 45 Pf.
Ramatour . . . Stück 26 Pf.
Brie-Käse vollfett . . . Pfund 75 Pf.
Camembert . . . Stück 20 Pf.
Faust- u. Spitzkäse . . . 3 Stück 25 Pf.
Kuh- u. Landkäse . . . 2 Stück 35 Pf.
Speise-Quark . . . Stück 10 Pf.

*Obst

Ananas . . . Pfund 68 75 Pf.
Thüringer Pflaumen . . . 2 Pfund 10 Pf.
Goldtrauben . . . Pfund 20 Pf.

Bordeaux-Weine

inkl. Flasche 1/2 Fl., bei 10 Fl.

1909 Lou Bessanos . . . 90 88 Pf.
1909 Crü du Marin . . . 1.05 1.02
1909 Crü de la Rose . . . 1.15 1.10
1907 Boycheulle . . . 1.35 1.30
1907 Chät. Duhart Milon . . 1.55 1.50
1907 Chät. Caloz Ségur . . 1.70 1.65

Moselweine

inkl. Flasche 1/2 Fl., bei 10 Fl.

Obermoseler . . . 65 63 Pf.
Womeldinger . . . 75 73 Pf.
1911 Remischer Riesling 95 92 Pf.
1909 Eitelsbacher . . 1.10 1.05

Südwein

inkl. Flasche 1/2 Fl., bei 10 Fl.

Tarragona . . . 82 80 Pf.
Feiner alter Tarragona 1.— 97 Pf.
Douro-Portwein . 1.20 1.15
Alter Douro-Portwein . 1.85 1.80
Sherry . . . 1.20 1.15

Wer Möbel braucht, lese dieses!

Was ich will!

Ich will Sie davon überzeugen, daß mein Möbelmagazin im Norden von Berlin das bedeutendste ist und Ihnen die größten Einkaufsvorteile bietet.

Was ich kann!

Ich kann, wenn Sie einmal bei mir kaufen, bestimmt damit rechnen, daß Sie mein Magazin gern weiterempfehlen, denn Tausende tun das heute schon!

Was ich biete!

Ich biete Ihnen nur gediegene Qualitäten, denn nur dadurch erhalte ich mein Renommee. Ich biete Ihnen auch größte Preiswürdigkeit, da „großer Umsatz, kleiner Nutzen“.

Was ich leiste!

Ich leiste auch in Kulanz Vorbildliches! Obwohl mein Magazin kein Kredithaus ist, gewähre ich jedem gern Teilzahlungen. Diese erhöhen bei mir aber nicht die Preise.

Otto Piehl **Möbelmagazin** Berlin N. Brunnenstraße 120 **Otto Piehl**

Für **Brautleute**
Extra-Angebot.

1 Stube, 1 Küche, 1 Schlafzimmer } nur 262.50 M.
1 Vertiko, 1 nußb. Spiegel, 1 nußb. Spiegelspind, 1 Ausziehtisch, 6 nußb. Stühle, 1 Kleiderschrank, 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Diwan und 1 komplette Küche.

1 bess. Stube, 1 Schlafzimmer } nur 378.50 M.
1 Küche

— **Gratis: ein Teppich** —

Für **Umziehende**
Sonder-Offerte.

Bettstellen m. M. v. 32,— M. an
Kleiderschränke „ 38,— „ „
Ankleideschränke „ 95,— „ „
Ausziehtische . . . 15,50 „ „
Büfets . . . 125,— „ „
Metallbettstellen . . 28,— „ „
Trumeaus . . . 32,— „ „
Vertikos . . . 38,— „ „
Schreibtische . . . 48,— „ „
Stühle . . . 2,— „ „

Sehr **billige Preise**
für Polstermöbel.

Garnituren . . . v. 110,— M. an
Umbausofa . . . 52,— „ „
Muschelsofa . . . 68,— „ „
Walzen-Diwan . . . 52,— „ „
Schlafsofa mit Auszug . . . 75,— „ „
Chaiselongues . . . 21,— „ „
Matratzen . . . 19,— „ „
Ledersofas . . . 220,— „ „
Klubsessel . . . 95,— „ „

Vorteilhafte **Ausnahmeofferte**
für einzelne Zimmer.

Wohnzimmer in Nußb. 235,— M.
Mod. bunte Küche v. 48,— „
Schlafzimmer, Eiche, „ 295,— „
do. Mahagoni, „ 300,— „
do. amer. Ndb. „ 425,— „

Speisezimmer, Nußbaum, v. 320,— M.
do. Eiche, „ 495,— „
Herrenzimmer, Nußbaum, „ 315,— „
do. Eiche, „ 490,— „

Großartige Ausstellungen: ca. 600 Quadratmeter Brunnenstraße 120 sowie im Fabrikgebäude.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Vierter Verhandlungstag.

Zena, den 18. September 1913.

Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender **Bos** eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr. Zur Verhandlung kommt Punkt 4 der Tagesordnung

Arbeitslosenfürsorge.

Die dazu vorliegenden Anträge 102, 105 und 106 werden zurückgezogen. Es bleibt also nur noch die Resolution **Timm** Nr. 108 übrig.

Referent **Timm-München**:

Wenn der diesjährige Parteitag zu der Frage der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge erneut Stellung nimmt, so deshalb, weil der Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit das schlimmste für den kommenden Winter befürchtet läßt. Für uns handelt es sich nicht mehr darum, uns erst über die Frage und ihre Lösung klar zu werden. Unsere sozialpolitische Pflicht ist es vielmehr, von dieser Stelle aus die Öffentlichkeit und die herrschenden Gewalten auf die zunehmende Not

hingzuweisen und Abhilfe von ihnen zu fordern. Das soll einleitend unseren sozialpolitischen Gegnern gegenüber hervorgehoben werden, die, wie besonders das Zentrum, uns anzurempeln versuchen, weil wir wieder diese bedeutsame sozialpolitische Angelegenheit auf unserem Parteitag verhandeln. Das führende Organ der Zentrums-Partei in Bayern, die „Augsburger Postzeitung“, schreibt von einer Verfahrtheit der Sozialdemokratie in dieser Frage. Gerade das Zentrum, das bisher in dieser wichtigen Frage vollständig verjagt hat, hat es nötig, solche Vorwürfe gegen uns zu erheben! (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie ist sich theoretisch und praktisch völlig klar über das Problem der Arbeitslosigkeit und seine Lösung. Die Sozialdemokratie vertritt die Auffassung, daß die wirtschaftlichen Krisen untrennbar mit der kapitalistischen regellosen Produktionsweise verbunden sind. Die Verwandelung des kapitalistischen Privateigentums und der Produktionsmittel im Gesellschaftseigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird auch die Ursache des Elends der Arbeitslosigkeit beseitigen. Die Arbeitslosigkeit als das notwendige Produkt der kapitalistischen Gesellschaft wird endgültig erst mit der Umwandlung dieser Gesellschaft in die sozialistische verschwinden. Nach allen Anzeichen wird die herausziehende Wirtschaftskrise eine ungewöhnlich große Ausdehnung annehmen. Die Arbeitslosigkeit ist die Folge der Ueberproduktion der vorhergegangenen Jahre, des Balkankriegs und anderer wirtschaftlicher Erschütterungen. In Budapest sind zurzeit nicht weniger als 80 000 Arbeitslose vorhanden, in ganz Ungarn 200 000. Die Massenabwanderung der Arbeitslosen aus Oesterreich-Ungarn und anderen durch den Balkankrieg in erster Linie in Mitleidenschaft gezogenen Ländern trägt wesentlich zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Deutschland bei. Nach der „Aöln. Volkszeitung“ sind zurzeit etwa 1 Million ausländische Arbeiter in Deutschland beschäftigt. Der Kapitalismus zieht überall die billigen und die in der Not befindlichen Arbeiter heran, um die einheimische Arbeit zu drücken. In den deutschen Großstädten war selten eine solche

Krise im Baugewerbe

wie jetzt, und zwar infolge des Tiefstandes des Baukredits infolge der wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen. Die Münchener Arbeitslosenzählung der Gewerkschaften, die wir vom 1. bis 15. Juli veranlaßt haben, ergab, daß von den 70 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften 6084, gleich 8,5 Proz., arbeitslos waren, davon 1824 bereits über 6 Wochen. (Hört! hört!) Von den gesamten Arbeitslosen entfällt die Hälfte auf das Baugewerbe und ein guter Teil ist bereits seit dem 1. Oktober 1912 arbeitslos, ohne selbst bei größter Anstrengung irgendwie Arbeit erhalten zu können. Der Mitgliederstand aus dem Baugewerbe bei der Münchener Ortskrankenkasse ist vom Juli 1911 bis zum Juli 1913 von 25 226 auf 15 065 gefallen, also in zwei Jahren um 10 161. (Hört! hört!) Die 31 284 M. freiwilliger Sozialunterstützung des Bauarbeiterverbandes an seine Arbeitslosen und selbst die 90 000 M., die die Stadt München hergibt (vom 20. Januar bis 15. März 1913) erwiesen sich gegenüber dem Massenelend als viel zu gering. Nach einem Bericht des Reichsrats-Griese an den Armenpflegeschlüssel in München liegt die Zahl der dauernd unterstützten Erwachsenen in den letzten 10 Jahren halbjährig um 65, im Jahre 1913 aber um mehr als 100, und während früher im Halbjahr 30 Leute Erziehungsbeträge empfangen, waren es im ersten Halbjahr 1913 mehr als 300! Bis Juli dieses Jahres gab die Armenpflege 260 000 Anweisungen auf Wittagsloft in der städtischen Suppenanstalt aus, in der gleichen Zeit des vorigen Jahres 198 000 Anweisungen. Der dem Zentrum angehörende Reichsrat-Griese erklärt, daß es sich nur ahnen und nicht zählen läßt, wieviel Hunger und Entbehrung der Armenunterstützung vorausgang, wieviel Kummer und Verzweiflung der Zukunft entgegenarrt. Herr Griese, einer der wenigen Zentrumsmänner, die nicht bloß schöne Sprüche für die Arbeiter haben, sondern ehrlich helfen wollen, fordert die Erhaltung der Arbeitslosen als eine Aufgabe der Wirtschaftsordnung. Ich fürchte, wir werden diese Worte den politischen Freunden des Reichsrats-Griese noch sehr oft in die Ohren rufen müssen, ehe wir die Arbeitslosenversicherung im großen Stil erlangen. (Sehr richtig!)

Nicht minder wie in München besteht das Arbeitslosene- lend gegenwärtig in allen deutschen Großstädten. (Sehr wahr!) In Nürnberg haben selbst die Siemens-Werke seit langem keinen so schlechten Geschäftsgang gehabt; die Nürnberger Gewerkschaften haben bereits 6000 Arbeitslose. Bei dem partiitischen Holzarbeiterstreik in Berlin waren Anfang August 5000 Arbeitssuchende vorgemerkelt, 1500 mehr als in der schlimmsten Zeit des Jahres 1908. In zehn Holzarbeiterkrankenkassen Berlins und Reutahns ist die Zahl der Versicherten vom Juni 1912 bis zum Juni 1913 auf 39 137 gegen 43 141 zurückgegangen. Während die Andrangsziffern der deutschen Arbeitsnachweise im Januar 1913 um 21 Punkte geringer war als 1912, steht sie im Mai 1913 bereits um 10 Punkte höher als im Vorjahre; auf 100 offene Stellen kamen im Juni 127 Arbeitssuchende gegen 118 und 110 in den beiden Vorjahren, und im Juli waren es bereits 135,7. (Hört! hört!) Der Eisenbahnarbeiterstreik, die Berichte der Industriellen, die Ziffern der Krankenlisten — alles deutet auf eine große schwere Krise in allen Gewerben hin. Dem Proletariat steht schlimmes bevor und das Elend wird um so drückender werden als die Arbeitslosigkeit in eine Zeit außerordentlicher Teuerung aller Lebensmittel, Meizen und Gebrauchsgegenstände fällt. (Sehr richtig!) Als die betretenen Vertreter der Interessen der gesamten deutschen Arbeiterschaft fordern wir daher von den herrschenden Gewalten wirksame Hilfe gegen das Massenelend. (Weisfall!) Wir verlangen nicht Notstandsarbeiten unter billigeren Löhnen, sondern zu Tarif- oder mindestens üblichen Verdiensten, wo Tarife nicht bestehen. Der Zustand der Arbeitslosigkeit darf nicht durch den Verzicht auf Lohnrücklässe ausgeglichen werden, sonst wird das Lebensniveau des Volkes herabgedrückt.

Hier muß eine

Öffentlich-rechtliche, auf breiter Basis aufgebaute Arbeitslosenunterstützung

sozial ausgleichend das Uebel einzudämmen versuchen. Seit 1891 haben die deutschen freien Gewerkschaften ihre arbeitslosen Mitglieder mit 68 Millionen Mark unterstützt, 1912 allein mit 8,9 Millionen Mark. (Hört, hört!) Einer solchen Krisis gegenüber, wie es die gegenwärtige ist, verlagert aber die Selbsthilfe der organisierten Arbeiterschaft, und die Gewerkschaften, die so außerordentliches geleistet haben, können verlangen, daß endlich Reich, Einzelstaaten und Gemeinden ihre Pflicht den Arbeitslosen gegenüber tun. (Sehr richtig!) Unsere deutsche Sozialgesetzgebung hat zwar eine schwache Fürsorge für Kranke, Unfallverletzte, Invaliden, aber die Opfer der Arbeitslosigkeit sind bisher selbst überlassen. Und doch war es kein Geringerer als Bismarck, der 1884 im Reichstag ausführte: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist.“ Als damals Eugen Richter Bismarcks zur Eindämmung der Sozialdemokratie unternommene Sozialgesetzgebung als eine Einmischung in das freie Spiel der Kräfte zurückwies, erwiderte Bismarck: „Dem Staat kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen können.“ Und heute? Die leitenden Personen ergeben sich fortgesetzt darin, alle möglichen Schwierigkeiten gegenüber unseren Forderungen vorzuschützen. Auf der Generarbeitslosienkonferenz meinte Dr. Jacher vom Statistischen Amt des Reichs, daß das Problem nur durch eine Zwangsversicherung nach berrlicher Gliederung gelöst werden könne. Gleichzeitig aber verurteilte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß die bisherigen Versuche, die Arbeitslosen vor der äusseren Not zu schützen, mehr oder weniger verjagt hätten, die Gemeinden und die Verbände hätten überwiegend nur Mißerfolge erzielt. Wo immer es gilt, den kapitalistischen Profit zu wahren, da tritt die Kaubtiernatur des Kapitalismus kraß in Erscheinung, und so ist das Scharfmachertum gegenwärtig befreit, sich für die Zukunft billige Lohnsklaven zu sichern. Die kapitalistische Presse schreibt von einem übertriebenen Arbeitslosengeschrei, von einer Vermehrung der Simulanten, Arbeitslosenfürsorge sei ein heller Wahnsinn. (Hört! hört!)

Die Arbeitslosigkeit ist immer die Ursache gewesen, um die Arbeiter willfährig und hörig den Unternehmern gegenüber zu machen, die ihre mäßigen Gewinne nicht irgendwie geschmälert sehen wollen. Die Industriefabrikanten haben sich mit den Agrariern verbunden, um den deutschen Arbeitern aufs neue die Lebensmittel unerhöht zu verteuern. (Hört! hört!) Um einen mäßigen Ausgleich zu finden, müssen die Arbeiter sich rühren, und deshalb schreiben die Scharfmacher nach Juchthaus ausgezogen. (Hört! hört!) Wir aber müssen verlangen, daß die bestehenden Massensonderrechte gegen die Arbeiterklasse endlich beseitigt werden (Sehr richtig!), da wir genau wissen, daß die ganze bisherige Gesetzgebung in erster Linie auf die Wahrung der Interessen der Industriellen und des Agrariertums zugeschnitten ist und daß deshalb um die Erreichung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung noch ein ungeheurer Kampf auszufechten sein wird. Mit den Scharfmachern verbündeten die Agrarier die Arbeitslosen, die sie die Arbeitslosen der Großstadt nennen. Die „Deutsche Tageszeitung“ regt an, den Rücklauf arbeitswilliger Arbeitsloser auf das Land zu organisieren. In Bayern aber erklärt die bürgerliche Presse, daß auch die Landwirtschaft keine Arbeitslosen mehr aufnehmen könne, weil bereits ein Ueberangebot im Sommer vorgelegen habe. Soweit die Landwirtschaft Arbeitskräfte überhaupt aufnehmen kann, handelt es sich nur um einen bis zwei Monate im Sommer, im Winter braucht sie keine Kräfte. Das ist auch durch die amtliche Statistik bewiesen. Die Großgrundbesitzer und Großbauern brauchen Saisonarbeiter, die sie im Winter fortschicken können und die dann das Heer der Arbeitslosen in den Städten vermehren. Die Arbeitslosenversicherung wird den Juchz einbüßen. Aber für die Reichsregierung sind bekanntlich nur die Gründe der Industriellen und Großagrarien ausschlaggebend und sie drückt sich um die Lösung dieser Frage herum, wie es Staatssekretär **Deßbrück** bei der Staatsberatung im Reichstag machte. Reich, Bundesstaaten und Gemeinden schieben sich die Lösung des Problems gegenseitig zu. Wir aber fordern, daß gleichzeitig und sofort sowohl das Reich, wie die Einzelstaaten und Gemeinden, einen organisierten Angriff auf das Massenelend der Arbeitslosigkeit unternehmen. (Weisfall.)

Bei uns streitet man über den Instanzenzug — in Dänemark müssen seit 1907 Arbeitslosenfakten, wenn sie gewisse Bedingungen erfüllen, vom Staate und sie können auch von den Gemeinden unterstützt werden. Der Staat, der nur halb so viel Einwohner wie Bayern hat, zahlte 1910/11 766 834 M., die Gemeinden 349 948 M. Arbeitslosenunterstützung aus. 59 Proz. der männlichen, 21 Proz. der weiblichen Industriearbeiter sind in Dänemark gegen Arbeitslosigkeit versichert. Dieser Erfolg war nur möglich durch die starke Entwicklung der Arbeiterorganisationen in Dänemark.

In wahrhaft großzügiger Weise hat England das Problem gelöst. Die dort 1912 eingeführte Zwangsversicherung umfaßt 2 1/2 Millionen Personen. Arbeiter und Arbeitgeber zahlen wöchentlich 20 Pf. Beitrag, der Staat 15 Pf., bei hohen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung aber auch mehr. Die Unterstützung beträgt 6 bis 7 M. pro Woche auf die Längsdauer von 15 Wochen im Jahre. Die Gewerkschaften verwalten die Versicherung für ihre Mitglieder. Die Zwangsversicherung kann sich also vorzüglich mit dem gewerkschaftlichen Prinzip der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherungskörperschaften vertragen. Die Verantwortung für die Unsurftbarkeit Deutschlands auf diesem Gebiet tragen die bürgerlichen Parteien, besonders das Zentrum. Als das Zentrum die ungeheuerliche Reichsfinanzreform im Galopp tempo durchbrachte, erklärte der Abgeordnete **Wieser**, es seien noch keine Grundlagen vorhanden, um die Arbeitslosenfrage lösen zu können. Die Belastung der Arbeiter aber konnte im Handumdrehen gemacht werden. Jetzt erklärt die Zentrums-Presse, die notwendige Grundlage müsse ein paritätisch geleiteter Arbeitsnachweis sein. 1910 lehnte das Zentrum beim Stellenvermittlungsgesetz den sozialdemokratischen Antrag auf Unterlagung aller nichtparitätischen Arbeitsnachweise ab. (Hört! hört!) Die verschlagene Jesuitentaktik des bayerischen Zentrums in dieser Frage muß öffentlich gebremst werden. Als 1908 im Landtag u. a. von einem Liberalen eine Denkschrift über den Umfang der Arbeitslosigkeit verlanzt wurde, erklärte der Referent Zentrumsabgeordneter **Gras v. Westaloga**: „Wenn heute der deutsche Arbeiter in Not ist, hat er gar nichts von einer Denkschrift, und wenn sie noch so schön ist, sondern nur von klingender Münze.“ Eine Münchener Konferenz von Behörden, Selbstverwaltungsinstitutionen und Gewerkschaften nahm einen Antrag des Zentrumsabgeordneten **Oswald** auf staatliche Unterstützung der gemeinlichen Arbeitslosenversicherung an. Und als wir im Landtag die Durchführung dieses Antrags forderten, besloß das Zentrum Bedenken und schließlich lehnte es den Antrag ab. (Hört! hört!) Wehliche Streiche hat das Zentrum auch in den von ihm beherrschten Gemeinden, wie der Redner ausführlich und namentlich an dem Beispiel von **Regensburg** darlegt, wo derselbe Zentrumsführer **Peld**, der im Landtag ein Vorgehen der Gemeinden gegen die Arbeitslosigkeit verlangt hatte, in der Stadtvertretung erklärte, man müsse eine abwartende Haltung einnehmen.

(Hört! hört!) In nächster Zeit wird das Zentrum Worte bekennen müssen, denn der Prinzregent Ludwig hat den Minister v. Soden unter Betonung der Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung mit der Ausarbeitung bestimmter Vorschläge beauftragt. Ueberdies hat **Fhr. v. Hertling** selbst in einer Schrift 1897 die Krisenversicherung verlangt. Nächstens kann er seinen Wunsch erfüllen, die Sozialdemokraten werden ihn unterstützen, ob auch das Zentrum, werden wir ja sehen. Aber das eine wissen wir alle, daß die Sozialdemokraten in der Frage der Arbeitslosenfürsorge die

Anwälte aller Arbeiter,

auch der Christlichen, sein werden. Die christliche Gewerkschafts-Presse klagt sehr beweglich über die zunehmende Arbeitslosigkeit, aber das Zentrum — das ist etwas ganz anderes! Mögen die christlichen Arbeiter aller Schattierungen von dieser Stelle die Versicherung entgegennehmen, da sie in dieser Frage, in der sie die Unterstützung ihrer Parteien nicht finden, sich auf die deutsche Sozialdemokratie verlassen können, die unangefochten für eine durchgreifende Arbeitslosenfürsorge gekämpft hat. (Lebhafte Zustimmung.) Mit allen Waffen und aller Schärfe werden wir diesen Kampf weiter führen, und neidlos werden wir uns freuen, daß die Früchte unseres Kampfes allen Arbeitern, auch den Christlichen, zugute kommen werden. (Sehr richtig!)

Der Redner stellt dann fest, daß auch in den anderen süddeutschen Staaten die sozialdemokratischen Anteile auf Einführung des Center Systems von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden, und er verweist dann auf Sachsen und Preußen, auf den Einfluß der Schwerindustrie und auf die Rede des sächsischen Königs vor den in Leipzig versammelten Scharfmachern des Zentralverbandes der Industriellen. Da ist uns klar, was wir zu erwarten haben von dem guten Willen der Herrschenden. (Sehr wahr!) Unsere Genossen in allen Bundesstaaten müssen noch sehr viel auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung tun. Daß die Bundesstaaten Geld haben, betonen sie bei der letzten Wehrvorlage! Für landwirtschaftliche Genossenschaften und Viehversicherung ist auch überall Geld vorhanden. Es wird ja bei der Arbeitslosenversicherung immer geltend gemacht, sie läme den Gewerkschaften zugute und diese umfassen nicht alle Arbeiter. Es steht aber fest, daß in Deutschland beinahe die Hälfte aller Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Von der Entwicklung der Arbeitslosenversicherung in den Gemeinden erwähne ich nur kurz, daß bisher 11 deutsche Städte eine Arbeitslosenunterstützung hauptsächlich in Anlehnung an das Center System eingeführt haben. Wir können den Einwand nicht gelten lassen, daß die Städte zu warten haben, bis die anderen Körperschaften vorangegangen sind. Aus der Statistik ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit eine hauptsächlich großstädtische Erscheinung ist und daß deshalb auch die Städte zum Eingreifen verpflichtet sind. Wir können den Einwand nicht gelten lassen, als hätten die Städte keine Mittel, sie haben doch die Möglichkeit, durch eine Erhöhung der Umlagen das Elend der Arbeitslosigkeit soweit als möglich zu mindern. (Sehr richtig!) Wenn wir von den Städten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordern, dann selbstverständlich mit dem Vorbehalt, daß irgendwelche Hemmnisse für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Bewegung nicht eintreten dürfen. Solche Versuche sind mehrfach gemacht worden. Eine besondere Enttäuschung ging kürzlich durch die bürgerliche Presse, als es hieß, in **Charlottenburg** hätten die Sozialdemokraten die Einführung einer Arbeitslosenfürsorge verhindert. Tatsächlich aber hatte die liberale Mehrheit eine vernünftige Vorlage des Magistrats abgelehnt, die sich an das Center System anlehnte und für die unsere Genossen eintraten. Einige Monate später brachte der Magistrat eine neue Vorlage ein, aus der aber die Zuschüsse für die Gewerkschaften herausgestrichen waren. Der Magistrat erklärte selbst, daß dies der wichtigste Teil seiner ersten Vorlage war, daß er aber dem Drängen der Mehrheit nachgegeben habe. Auch diese Vorlage wurde abgelehnt, und zwar vereinigten sich diejenigen, die überhaupt nichts von einer kommunalen Arbeitslosenversicherung wissen wollen, hierbei mit den Sozialdemokraten, die um so weniger Grund hatten, der Vorlage zuzustimmen, als sie durch einige andere Bestimmungen direkt zu einer Vorlage gegen die Gewerkschaften gestaltet war und die Gefahr bestand, daß durch die Gesamtversicherung Gelde gezüchtet werden könnten. Wo solche Bestrebungen vorhanden sind, werden wir natürlich dagegen stimmen. (Sehr richtig!)

Ich habe einleitend betont, für uns Sozialdemokraten ist die Frage längst entschieden. Ich werde mich entschieden dagegen, wenn man sagt, wir müssen erst statistische Erhebungen veranstalten. Die Sozialdemokratie, die stets den sozialpolitischen Fortschritt am wirksamsten gefördert hat, wird auch hier die Aufgabe übernehmen, die Widerstände zu beseitigen. Vereinen wir unseren Willen dahin, daß wir geschlossen daran arbeiten, für unsere Arbeitslosen die Fürsorge zu schaffen, die sie notwendigweise von der heutigen Gesellschaft beanspruchen können. Die gemeinsame Taktik für diesen Kampf werden wir hier auf diesem Parteitag selbst festlegen können, wohl aber werden wir unseren Willen dahin ausdrücken, daß die Aktion der Massen hinter den Forderungen unserer Vertreter im Reich, in den Einzelstaaten und in den Kommunen zu stehen hat. Als selbstverständlich nehme ich an, daß unser Parteivorstand als Vollstrecker des Willens des Parteitages überall die Aktionen einleiten wird, und daß alle unsere Organisationen die Pflicht in sich fühlen, diese Bewegung zu unterstützen. Ich denke nicht bloß an Arbeitslosenversammlungen, die große Masse der Arbeiter ist zurzeit an keiner Frage so sehr interessiert, wie an dieser. (Lebhaftes Sehr richtig!) Haben doch allein die Holzarbeiter in München in neuerer Zeit sich einen Extrabeitrag von 20 Pf. auferlegt, um ihre arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. (Bravo!) Es handelt sich nicht um eine Frage der Arbeitslosen, sondern um eine

Frage der gesamten Arbeiter.

(Sehr richtig!) Der Kampf muß planmäßig organisiert werden. Was von unserer Seite getan werden kann, ist niedergelegt in der Resolution, die ihnen neuerdings in etwas geänderter Form unterbreitet worden ist. Die frühere Resolution kann zurückgezogen

*) Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schnelle Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Löhnen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Welen ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine unentbehrliche Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise; nur sie wird erst mit der Einführung der sozialistisch organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung

werden. Selbstverständlich ist auch in der neuen Resolution nicht im einzelnen ausgeführt, wie die Organisationen den Kampf unterstützen sollen, aber wir sind überzeugt, mit Eifer und Energie werden überall die Massen in den Kampf gegen das Elend eintreten. (Bravo!) Wir verlangen eine allgemeine, alle Arbeiter und Angestellten umfassende Arbeitslosenversicherung, wir verlangen aber auch, daß die Gewerkschaften berücksichtigt werden. Es wird keine Simulation auf diesem Gebiete geben, die Gewerkschaften selbst werden dafür sorgen, daß durch die Mithilfe der Arbeiter die Versicherung auch ihre Aufgabe erfüllt. Die Resolution ist auf dem Boden der Resolution des Dresdener Gewerkschafts-Kongresses und des internationalen Kongresses von Kopenhagen aufgebaut. Wir glauben, daß damit alles gesagt ist. Wenn wir zum Schluß betonen, daß durch den Beitritt der Arbeiter zu den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter am wirksamsten der Kampf unterstützt wird, so müssen wir diesen Appell erneut an die unorganisierten und an alle uns fernstehenden Arbeiter richten. Wenn wir vereint im Sturm und mit unserer ganzen Kraft den

Ruf nach Brot und Arbeit

für das Proletariat erheben, und wenn wir diesem Kampfe eine planmäßige Richtung geben, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Wir alle aber, die wir die Führer dieser Bewegung sein werden, haben das stolze Bewußtsein, eine wichtige Kulturarbeit für die Arbeiterbewegung zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Herr Teitlitz, daß ein Antrag Kagenstein - Berlin eingegangen ist: „Dem Parteivorstand wird empfohlen, das Referat des Genossen Timm im Sonderabdruck herauszugeben“. Ferner werden noch zur Debatte gestellt neben der Resolution Timm die Anträge 6 und 105**).

Der Antrag 26 wird zurückgezogen.

Darauf wird in die Diskussion eingetreten.

Frei Subell-Berlin:

Als wir im Januar 1902 im Reichstag wegen der Arbeitslosigkeit interpellierten und dabei den zehnständigen Maximalarbeitsstag mit dem Hinblick auf den Achtstundentag, ein Reichsarbeitsamt, die Ausdehnung der Arbeiterbeschäftigung und die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung verlangten, stellte sich der damalige Staatssekretär Graf P o s a d o w s k y auf vollkommen ablehnenden Standpunkt. Die Arbeitslosenversicherung, meinte er, sei nicht Sache des Reichs, sondern der Einzelstaaten und der Kommunen. Er gab den Arbeitern den billigen Rat, aufs laose Land zurückzuziehen. Auch die bürgerlichen Parteien nahmen fast ausnahmslos einen ablehnenden Standpunkt ein. Daher sind meine Hoffnungen gering, daß wir im Reichstag eine Mehrheit finden werden, wenn wir in der nächsten Session ein entsprechendes Gesetz einbringen. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Sommer in einer Weise ausgedehnt, wie wir es seit 10 Jahren nicht erlebt haben. Wie soll das erst im Winter werden. Es sieht geradezu trostlos aus in der Textilindustrie und noch trostloser auf dem Baumarkt. Allein 28 Proz. der Bauarbeiter in Berlin sind arbeitslos, in anderen Berufen 10—16 Proz. In Breslau wurden im August 10 000 arbeitslose Bauhandwerker gezählt. Wir haben schon einmal in Berlin bei einer starken Arbeitslosigkeit kennen gelernt, was geschieht, wenn die Not im Volke so groß ist. Auf das Reich, auf die Einzelstaaten können wir nicht warten. Wir müssen unseren ganzen Einfluß in den Kommunen geltend machen. Wir in Groß-Berlin sind mitten in der Arbeit und haben die Gemeindeführer gezwungen, auf diesem Gebiet vorzugehen. Der Oberbürgermeister von Berlin hat eine Vertreterkonferenz aller Gemeinden einberufen müssen, dort mußten auch diese Herren zugeben, daß eine Arbeitslosigkeit existiert und im Winter noch zunehmen wird, der auch sie mit Schreden entgegensehen. Gelingt es, diese Auffassung auch in den anderen Kommunen zu verbreiten, so bleibt zu hoffen, daß wir dann zu besseren Einrichtungen kommen. Deshalb bitte ich alle Parteigenossen, ihr ganzes Augenmerk auf die Kommunen zu richten. (Beifall.)

Kiß-Ragdeburg:

Wir können dem Parteivorstand dankbar dafür sein, daß er noch vor dem Zusammenritt des Parteitages diese wichtige soziale Frage auf die Tagesordnung zu setzen beschlossen hat und daß er wenigstens in diesem Falle das Ohr für die feinen Regungen der Volkstimme bewiesen hat, das gestern noch an ihm vermisst wurde. Ich bin überzeugt, daß wir in der gegenwärtigen Situation eine unüberwindliche Fehlleistung begangen hätten, wenn wir nicht die Frage der Arbeitslosigkeit und der Fürsorge für die Opfer der kapitalistischen Gesellschaft gewissermaßen in den Mittelpunkt unserer Diskussion gestellt hätten. (Sehr richtig!) Wie dem Parteivorstand, muß ich aber auch einer hier viel angegriffenen Einrichtung meine Anerkennung aussprechen, das ist die Zeitungs-Korrespondenz des Genossen St a m p f e r, der zur richtigen Zeit dafür gesorgt hat, daß auch in den Parteiblättern neben den Diskussionen über den Massenstreik und die Steuerfragen die Frage der Arbeitslosenunterstützung in aller Ausführlichkeit zur Besprechung gelangte. Wir haben hier und vor dem Parteitag wiederholt von der Notwendigkeit der Massenaaktionen gesprochen. Jede Massenaaktion aber muß ein scharf umrissenes festes Ziel haben. Hier ist uns ein solches Ziel gesetzt. In der gegenwärtigen Situation läßt sich am einleuchtendsten nachweisen, welche Schäden die kapitalistische Produktionsweise für alle die Arbeitsschichten aufweist. In der Zeit der Teuerung, in der Zeit des Zollwuchers, in einer Zeit, wo immer neue Millionen und Milliarden in den Taschen des Militarismus geworfen werden, läßt sich an diesem einen Beispiel ganz besonders und immer aufs neue nach-

muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit tatkräftig zu mildern. Die öffentlich rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des nächsten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 und des internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen 1910 fordern.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

In diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschüssen verlangt werden. Die Förderung der öffentlich rechtlichen Arbeitslosenunterstützung ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen. Timm.

*) G. Ragdeburg: Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und infolgedessen unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Sozialpolitik geschuldete allgemeine Teuerung noch verschlimmert wird; angesichts ferner der empfindlichen Untätigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen diese die Arbeiterschaft bedrohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nochhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten.

105. Den dritten Absatz der Resolution Timm wie folgt zu fassen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen, um die weitesten Kreise des arbeitenden Volkes für eine wirksame Arbeitslosenunterstützung aufzurufen, sich in Versammlungen, Erklärungen und Petitionen zu vereinigen und dadurch die Anträge unserer Vertreter im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden mehr und mehr zu unterstützen. So und mehr als 20 Genossen.

weisen, daß die kapitalistische Gesellschaft zwar Reichtümer auf Reichtümer häuft, aber daß diejenigen, die die Reichtümer schaffen, unter einem ständigen Druck leben müssen, daß sie ständig bedroht sind von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit. Ich halte es für zweckmäßig, wenn Sie zu dem Antrag des Genossen Timm den Antrag 26 annehmen, weil ich es für wünschenswert halte, daß unsere Genossen im Lande eine Richtschnur für die Art ihrer Agitation gegeben wird, daß wir uns nicht auf Massenversammlungen beschränken, sondern mit unserer Agitation für die Arbeitslosenunterstützung hineingehen in die weitesten Kreise des Volkes, nicht nur in die Kreise, die wir gewöhnlich in unsere Versammlungen bekommen. An den Schäden der Arbeitslosigkeit sind nicht allein die Arbeitslosen, nicht allein die arbeitenden Kollegen beteiligt, es sind daran auch beteiligt alle kleinen Geschäftleute, alle Handwerker, deren Geschäft nachläßt, wenn der Arbeiter nicht mehr zahlungsfähig ist. Ich schreibe dem Parteivorstand ans Herz legen, daß er bei diesen Flugschriften und Flugblättern von unserer gewohnten Schablone ein wenig abweicht. Die Frage der Arbeitslosigkeit und der Not, die durch sie herbeigeführt wird, ist nicht eine solche, die lediglich mit verstandemäßigen Gründen behandelt werden kann. Da kommt es darauf an, vor allen Dingen das Gefühl zu wecken, an die Seele der Menschen zu appellieren. Soweit die Worte dazu nicht ausreichen, möchte ich dringend bitten, den Zeichenstift unserer größten und besten Künstler für diese Sache dienstbar zu machen. Eine Künstlerin von den Fähigkeiten und dem Ruf einer Käthe Kollwitz darf für diesen Zweck für uns nicht unerreichbar sein. (Sehr wahr!) Ich bitte dringend, daß wir die Not der Arbeitslosen bildnerisch darstellen lassen, um so einen größeren Eindruck durch unsere Schriften herbeizurufen. Wenn wir, vorübergehend natürlich, alle Kräfte ansammeln und auf diese eine Forderung konzentrieren, dann beweisen wir damit aufs neue und aufs beste, daß wir nicht nur eine Partei der Massenstreiker sind, sondern eine Partei der Arbeitswilligen für des Volkes Wohlfahrt und den Fortschritt der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Eduard Schmid-München:

Wir Münchener danken dem Vorstand, daß er der Anregung die Arbeitslosenversicherung zu behandeln, die von München ausgegangen ist, so erfreulich Rechnung getragen hat. Aus Timms Daten können wir ersehen, daß in München-Capua nicht alles stimmt in Bürgerglück und Wohlstand, und daß die sogenannte große Gemütlichkeit die Gegenläufe sehr wohl auskommen läßt zwischen Kapital und Arbeit. Leider findet sich die gegenteilige Behauptung auch in der Parteipresse. Darunter leidet zu einem guten Teil das Ansehen unserer Tätigkeit. Gerade in München ist jetzt die Arbeitslosigkeit außerordentlich groß. Im Hochsommer 1913, in der Zeit der sonst günstigsten Arbeitsgelegenheit, zählten wir 7000 organisierte Arbeitslose. Ueberhaupt sind wir durch diese Zustände nicht worden, wir haben darauf zur rechten Zeit hingewiesen. Schon 1906, bei der ersten Münchener Gemeindefraktion für die Arbeitslosen, zeigte sich, daß die Gewerkschaften die Träger der Arbeitslosenversicherung sein müssen. Der Magistrat sprach den Münchener Gewerkschaften die Anerkennung für ihr opferfreudiges, geschichtliches Arbeiten im Dienste der Arbeitslosen aus. (Hört! Hört!) Ein billig ausgearbeiteter Entwurf auf Einführung des Genter Systems wurde von den bürgerlichen Parteien zum Scheitern gebracht. Und so ging es mehrmals. Einmal gab die bayerische Regierung den Städten Geld — Papier, nämlich Militärleistungen für die Arbeitslosenversicherung. Der Stadtrat erklärte, der Staat müsse 50 Proz. der Kosten hergeben; aber es kam nichts zustande, als daß der Amtsschimmel zwischen Gemeinden und Regierungen hin- und hergetrieben wurde bis zur Verwirklichung. Mehrmals mußte die Stadt München je 100 000 M. für die Arbeitslosen hergeben. Im Landtag legte bei einer Debatte über die Arbeitslosenversicherung der Zentrumminister S o d e n das traurige Geständnis ab, er wisse nichts von der Arbeitslosenversicherung, er sei heute nur auf die Rindvieh-Steuer- und Kautschuk-Steuer präpariert und dabei ist der Mann Minister des Innern! Die Arbeitslosigkeit in München und das Elend wären noch viel schlimmer, wenn die Gemeinde nicht wieder auf unseren Antrag Rahmungs-mittel verteilt hätte. So ist es auch in anderen Orten Bayerns geschehen. Die Arbeitslosenversicherung muß eingeführt werden, entweder durch das Reich, durch den Staat oder die Gemeinde. Die Affenskomödie des Zentrums muß ein Ende nehmen. Früher sagte es, der Staat muß es machen, jetzt, wo es die Wahrheit im Landtag hat, heißt es, das Reich muß die Arbeitslosenversicherung einführen. Rein, alle Faktoren haben die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise über Wasser zu halten. (Bravo!)

Barth-Zwidau:

Ich bedaure, daß der Referent alle die anderen Dinge, die neben der Arbeitslosenversicherung geeignet sind, nicht nur die Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosigkeit selbst zu mildern, so ganz beiseite gestellt hat. Ich verweise besonders auf einen Punkt, den die Genter Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausführlich behandelt hat und der in einer Resolution des neuen bolländischen Arbeitsministeren T r e u b dahin zusammengefaßt worden ist, man solle die öffentlichen Arbeiten dazu verwenden, die Arbeitslosigkeit in den Depressionsperioden einzubäumen. Bis jetzt werden die öffentlichen Arbeiten völlig planlos, ohne Berücksichtigung des Arbeitsmarktes vergeben. Und doch besitzt ein sehr großer Teil von ihnen genügend Elastizität, um auf eine längere Reihe von Jahren vorbereitet, am ehest in dem Augenblick in Ausführung gegeben zu werden, wo der Arbeitsmarkt erschüttert ist. Das gilt vor allen Dingen für die Arbeit des B a u g e w e r b e s. Die Genter Resolution verlangt, daß die einzelnen Nationen K e m i e r schaffen, die planmäßig den Arbeitsmarkt beobachten und gewissermaßen ein Arzibarometer aufstellen. Mit Kostbararbeiten allein kommen wir nicht durch. Durch die Zurückhaltung der Arbeitsvergebung könnte man das Heftempo in der Hochkonjunktur vermindern. Redner beipflichtet die Arbeitsnachweisfrage und wendet sich gegen die Unternehmer-nachweise, die das verschärfte System der schwarzen Listen darstellen. (Bravo!)

Winnig-Hamburg:

Der Kampf für die Arbeitslosenunterstützung ist eine gute und große Sache und er ist eine eble Sache. Das wird uns besonders augenfällig, wenn wir der kulturzerstörenden Wirkung gedenken, die die Arbeitslosigkeit auf ungezählte Tausende von Arbeitern ausübt. Es ist der Ruhmestitel der Arbeiterbewegung, durch solidarische Selbsthilfe für Hunderttausende eine Hebung des Lebensniveaus erreicht zu haben. Wir nehmen jedenfalls das Verdienst für uns in Anspruch, daß wir für die Arbeiter viel erreicht haben, indem wir ihr Leben leichter und sonniger gemacht haben. Alles das, was dem einzelnen gestattet, mehr Mensch zu sein, seine Lebenshaltung mehr der Lebenshaltung eines Kulturmenschen anzunähern, das wird im einzelnen Falle und in vielen Tausenden von Fällen dadurch herbeigeführt und gesichert, daß der einzelne Arbeiter, wenn er sich herausgearbeitet hat aus dem Schlamm des Elends, durch die Arbeitslosigkeit wieder heruntergehoben wird in den tiefsten Sumpf der Not und Entbehrung. Ungeheuer viel Kulturwerte gehen dadurch verloren. Es steht fest, daß wir zur Sicherung der Früchte unserer Tätigkeit das, was wir durch die Selbsthilfe im schweren Kampfe erreicht haben, wenigstens zum großen Teil durch eine Fürsorge für die Arbeitslosen festhalten müssen. Wir werden in der Diskussion mit den Gegnern mit diesen Argumenten operieren müssen. Wir werden nachweisen müssen, daß dieser Kampf ein Kampf für das Wohl des ganzen Volkes ist. Die alljährlich wiederkehrende große Arbeitslosigkeit, diese mit jeder Krise wiederkehrende große Welle der Beschäftigungslosigkeit, führt zur Entartung des Volkes. Viele Arbeiter können sich nicht so ernähren, wie sie es müßten, um ihrem schweren Berufe gewachsen zu sein. Das kann auch der Wehrkraft des Volkes nicht zum Vorteil sein. So

können wir mit guten, großen Argumenten auftreten, um unsere Gegner zu zwingen, dieser Frage ernsthaft näherzutreten. Allerdings sind wir als Vertreter der Arbeiter, als Vorführer der von der Arbeitslosigkeit Geschlagenen, doppelt daran interessiert. Die höchste Errungenschaft, die die Arbeiterbewegung aller Länder erzielt hat, ist, daß sie in dem Arbeiter das Selbstbewußtsein gefärbt hat, das Bewußtsein, daß er seinem Unternehmer als Gleicher gegenübersteht, daß er im Staate das gleiche Recht verlangen kann, daß er weiß, daß er sich eine Menschenwürde zu wahren hat, und daß er das Recht auf Einwirkung in allen öffentlichen Angelegenheiten hat. Aber dieses Selbstbewußtsein wird immer wieder untergraben durch die Furcht, arbeitslos zu werden. Es ist keine Frage, daß der Arbeiter, der weiß, daß er, wenn er hier an einer Stelle entlassen wird, wochenlang, vier, fünf, sechs Monate herumlaufen kann, ehe er eine andere Beschäftigung findet, daß er nicht instande ist, seine Würde als Mensch und Arbeiter gegenüber den Zumutungen der Unternehmer so zu wahren, wie wir es wünschen, und wie es für den Fortschritt unserer Bewegung notwendig ist. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, als wäre eine Arbeitslosenunterstützung der Arbeiter, der mit einem Schläge aus Anechtseelen Ränner schaffen könnte. Aber eine Stärkung ist es, wenn der Arbeiter weiß, daß er auch im Falle der Entlassung den Strudeln des Lebens nicht ganz preisgegeben ist. Mit diesen Gründen müssen wir in der Öffentlichkeit operieren.

In Ermangelung einer ausreichenden Statistik fehlt uns eine genaue Uebersicht über den Grad der Arbeitslosigkeit. Es steht aber fest, daß die Kurve der Konjunktur sich gegenwärtig wieder entschieden nach unten senkt. Jede Industrie steht entweder mitten drin in der Krise, oder sie ist nahe daran: Besonders trifft das für das B a u g e w e r b e zu, für das die Frage der Arbeitslosenunterstützung eine größere Rolle spielt, als für die meisten anderen Gewerbe. Die Bauarbeiter waren infolge der Eigenart ihres Gewerbes bisher zum größten Teil nicht in der Lage, durch Selbsthilfe Sicherung gegen die zerstörende Wirkung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Sie sind jetzt aber auf dem besten Wege dazu, allerdings durch Auferlegung sehr großer Opfer.

Aus den Hochkonjunkturberichten, die wir im Bauarbeiterverband aus etwa 120 Orten eingeholt haben, schließen wir, daß in dieser Zeit, die sonst eine Zeit gesteigerter Bautätigkeit ist, wo die Hauptbelegung eintritt,

18—20 Proz. der ganzen deutschen Bauarbeiter ohne Beschäftigung sind. (Lebhafte Hört! Hört!)

In Hamburg, wo man in der Bauarbeiterorganisation eine gute Kontrolle über die Arbeitslosen führt, haben sich in den letzten Monaten von 11 000 Arbeitern im Durchschnitt 2700—3000 pro Monat arbeitslos gemeldet. (Lebhafte Hört! Hört!) In Berlin sind die Zustände nicht besser, ebenso nicht in Kiel, Lübeck, Hannover, Breslau, München, Nürnberg, Regensburg und vielen anderen Städten. Ueberall herrscht eine Arbeitslosigkeit von einer Wucht, wie wir sie seit 1908 nicht gehabt haben, um nicht in spätere Zeiten zurückzugehen. Bei uns an der Zentralstelle im Bauarbeiterverband kommen mandmal Briefe ein, die von der Art, bezüglender Verzweiflung an, die uns an das Wort erinnern: „Wenn Ihr wüßtet, was ich weiß, dann würdet Ihr viel weinen und wenig lachen!“ Viele Tausende leben in bitterer Not, während das ganze Land in Jubelfeiern schwelgt. (Sehr richtig!)

Ueber die Art der Abhilfe sind wir uns klar. Bei dem Kampfe in den Parlamenten dürfen wir uns nicht dadurch irritieren lassen, daß die Gegner die Frage der Arbeitsnachweise in die Diskussion werfen. Diese Frage muß davon ganz getrennt bleiben. Verknüpfen wir erst die Arbeitslosenfrage mit dieser Frage, dann können wir die Erfüllung unserer Wünsche auf dem Sanftmückerleinstag hinauschieben. Das Genter System kommt in Frage, d. h. die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung an die Gewerkschaften, die die Gewerkschaften in die richtigen Hände kommt. Die Gewerkschaften sind ja gezwungen, eine gute ausreichende Kontrolle zu führen. Darin sollen auch die Behörden, die Gemeinden, die Städte eine ausreichende Gewähr sehen, daß nicht Leute der Arbeitslosenunterstützung teilhaftig werden, denen es in Wirklichkeit nicht zukommt. Wenn wir die Arbeitslosenunterstützung erst einmal im großen Umfang haben, dann wird auch das Interesse der herrschenden Gewalten an der Regelung der Arbeitsnachweisfrage ganz anders sein. Wenn die Arbeitsnachweise der Großindustriellen, der Metallindustriellen die e m p d r e n d e s t e n Dinge darüber können, ohne daß eine Staatsgewalt einschreitet, dann werden wir von dem Augenblick an, wo die öffentlichen Haushalte für die Opfer der Arbeitslosigkeit aufkommen müssen, ganz anderes Interesse finden. Dann wird dort das Interesse an einer öffentlichen rechtlichen Regelung der Arbeitsnachweisfrage lebendig sein, weil es sich um materielle Interessen handelt.

Ich sehe eine gewisse Gefahr darin, daß die Gegner in dem Bestreben, unseren Kampf zu vereiteln, immer zu dem Mittel greifen werden, unsere Bestrebungen als parteipolitisch zu verächtigen. Daß sie sagen werden: das Ganze ist nur eine Agitations-mache, es fehlt der Sozialdemokratie wieder einmal an einem guten, zündenden Agitationsstoff, deshalb beschäftigt sie sich jetzt damit. Wir dürfen diesen Bestrebungen keinen Vorhang leisten. Wir müssen in der Agitation alles vermeiden, was den Gegnern recht geben könnte, unsere Bestrebungen in dieser Weise zu diskreditieren. Wir müssen vor allen Dingen immer betonen, daß es sich gar nicht um eine Parteisache handelt, daß die Vinderung der Not eine Sache des ganzen Volkes ist, die hoch über allem Parteigetriebe steht. Wir appellieren nicht an die politische Ueberzeugung des einzelnen, sondern an das Kulturgewissen und das menschlich-sittliche Empfinden. Dort, wo überhaupt ein Funken von sozialem Verständnis ist, wo man sich durchgerungen hat zu der Erkenntnis, daß der Staat die Pflicht hat, für die Opfer der Wirtschaftsordnung aufzukommen, dort hoffen wir, daß wir Unterstützung finden werden. Wir allein können es so nicht machen. Es kommt nicht darauf an, Agitationsstoff zu schaffen, sondern Brot für die vielen Tausenden von Arbeitslosen. (Lebhafter Beifall.)

Wittger-Mannheim:

Zu den wenigen Landesregierungen, die in der Arbeitslosenfrage aus dem Stadium theoretischer Erwägungen zur praktischen Betätigung übergegangen sind, gehört neben Bayern auch Baden. Das soll kein Kompliment sein, sondern nur die Feststellung einer selbstverständlichen Tatsache. In einer Denkschrift der Regierung, die das Produkt einer Konferenz der verschiedenartigsten Interessengruppen ist, macht die Regierung eine Verbeugung vor dem sozialdemokratischen Parteiprogramm, indem sie das anerkennt, was wir in unserem Parteiprogramm festgelegt haben und zugibt, daß die Ursachen der periodisch auftretenden Arbeitslosigkeit zum Teil in der privatkapitalistischen Produktionsweise begründet sind. Wir betätigen uns praktisch in der Arbeitslosenunterstützung. Der letzte Landtag hat die Regierung beauftragt, 100 000 M. in den Etat einzustellen als Zuschuß für unsere Gemeinden, die bereits die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Neben dem Zentrum haben die Vertreter der christlichen Gewerkschaften und die wenigen Konservativen im babilischen Landtag gegen den Antrag gestimmt. Auch in den Städten haben diese Parteien die Arbeitslosenunterstützung zu verhindern gesucht, auch unsere V o l d - b r ü d e r, die Nationalverbände, haben sich zum größten Teil dagegen erklärt. In Mannheim sollten wir uns mit einer sogenannten Sparvereinigung begnügen, die außerdem noch die Arbeitslosen unter die Schutzirte des industriellen Arbeitsnachweises beugen wollte. Dagegen sind wir vorgegangen und zwar mit Erfolg, so daß die Bahn für die Einführung einer modernen Arbeitslosenunterstützung frei war. Auch die Kontrolle, ob der betreffende Arbeitslose bezugsberechtigt ist oder nicht, ist in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre gelegt worden. Ich empfehle Ihnen die Resolution und den Antrag hoch zur Annahme. Die Massen müssen mit schweißiger Faust an die Türen der Rathäuser pochen und ihr Recht verlangen. (Beifall.)

Kreu-Nürnberg:

Der Parteitag dürfte wohl einig sein, daß die endgültige Lösung der Arbeitslosenversicherung nur Sache der Reichsgesetzgebung sein kann. Die bürgerlichen Parteien müssen endlich einmal gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Jetzt wird mit den Interessen der Arbeitslosen geradezu Schindluder getrieben. Aber wenn wir auch im Reichstag eine Mehrheit finden, so ist noch immer wenig erreicht, denn die Regierung würde so wie wir sie kennen, sehr lange Zeit brauchen, ehe sie praktische Arbeit leistet. Da schnelle Hilfe notwendig ist, kommen jetzt nur die Gemeinden in Betracht. Dadurch kann die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigt, aber gemildert werden. In einzelnen Städten sind schon Anfänge da, es handelt sich nur darum, die Mittel flüssig zu machen. Es ist schwierig festzustellen, ob die Liberalen oder das Zentrum in dieser Frage leitend sind. Bei uns in Nürnberg wollte sogar ein sogenannter Linksliberaler die Frage der Armenpflege überweisen und so den armen Opfern der heutigen Gesellschaftsordnung ihre wenigen politischen Rechte noch tollends rauben. Ein anderer Freisinniger wollte, daß die Gewerkschaften ihre Millionen für diesen Zweck verwenden sollen. Dasselbe fordert ja auch die „Kreuzzeitung“. Trotzdem ist es in Nürnberg gelungen, 90 000 M. als Grundstock einzustellen. Die Liberalen haben zugestimmt unter der Bedingung, daß die Summe nur dann verwendet werden darf, wenn der bayerische Landtag die gleiche Summe zur Verfügung stellt. Nach der Rundgebung des bayerischen Prinzregenten werden die bürgerlichen Parteien hoffentlich dafür sorgen, daß dieses Königswort eingelöst wird. Unsere Prozentpatrioten stehen ja sonst auf dem Standpunkt, daß an einem Königswort nicht gedreht und nicht geändert werden darf. Unsere bürgerlichen Parteien sollen jetzt einmal zeigen, daß man bei solchen Dingen nicht nur den Mund speien, sondern auch pfeifen muß. (Beifall.)

Dr. Luersd-Brandenburg a. M.:

Mein Wahlkreis hat um sich einen Kranz von Fabrikkästen, die in der Zeit der Krise ihre arbeitslosen Elemente nach Frankfurt schicken und dort die Arbeitslosigkeit steigern, so daß es selber bereits zu großen Arbeitslosenunterstützungen gekommen ist. Trotzdem hat die Stadt in dieser Frage nichts getan. Selbst Staatsbehörden haben diese Unbilligkeit der Gemeinde kritisiert. Natürlich sammeln sich die Arbeitslosen in solchen Verkehrscentren mit Vorliebe in den Wartehäusern der Bahnhöfe. Die Regierung hat nun eine Vereinbarung mit der Polizei getroffen, daß wer zum zweiten Male arbeitslos ohne Fahrtkarte in den Hallen angetroffen wird, ohne weiteres wegen Hausfriedensbruch bestraft werden soll. (Hört! hört!) Leute ohne Haus und Wohnung werden von vornherein zu Hausfriedensbrechern getrieben. (Hört! hört!) Ich erkundigte mich noch dem Grund für dieses rigorose Vorgehen und erhielt von der Eisenbahnverwaltung die Antwort, daß man nur ungern zu diesem Mittel gezwungen habe, aber das Zusammenströmen sei so groß, und im übrigen sei es doch auffällig, daß ein großer Teil dieser Arbeitslosen als direkten Grund ihres Aufenthalts angebe, daß die Stadt keine Vorkehrungen für Arbeitslose getroffen habe. (Hört! hört!) Das ist also aus dem Munde einer preussischen Behörde die denkbar schärfste Kritik einer Kommunalverwaltung. Das muß in der Agitation gebührend benutzt werden. Natürlich darf der Staat auch nicht in denselben Fehler verfallen, wie die Gemeinden. Aber der Staat hat auch allen Anlaß, die Gemeinden anzufeuern, er ist ja auf anderen Gebieten nicht so zimperlich, wenn es sich um Gemeinden, namentlich in Preußen, dreht. Die Arbeitslosenunterstützungsfrage hat eine große prinzipielle Bedeutung. Sie löst sich nicht ohne Mithilfe der freien Gewerkschaften lösen. Das zeigt das Mißgeschick aller Versuche, die ohne die Gewerkschaften unternommen werden sollten. Hoffentlich vollzieht sich auf diesem Gebiete eine Entwidlung ähnlich wie auf dem Gebiete der Rechtsprechung. Da haben wir ja glücklicherweise unter reger Mithilfe unserer Partei die Arbeitergerichte durchgeführt. Greifen wir auch hier in der Arbeitslosenversicherung mit verdoppelter Kraft ein. Hier kann mit der Versicherungsburkauftriebe wenigstens zu einem kleinen Anfang ausgedrückt werden; mit dieser Versicherungsburkauftriebe, die darin besteht, daß die ganze Organisation unserer Arbeiterversicherung, wenn nicht gegen, so doch mindestens neben den freien Organisationen der Arbeiter organisiert ist. Die Arbeitslosenversicherung kann nicht gemacht werden ohne die Zuziehung der Arbeiterorganisationen. Sie wird zu einem Element der Umwälzung unserer ganzen Versicherungsorganisation, wenn wir sie richtig anfassen. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Winter wie ein Sturm durch die deutschen Gänge jagen. Bemühen wir diesen Wind und benutzen wir die Tatsache, daß durch die Arbeitslosigkeit die herrschenden Gewalten zwischen Schula und Charabbi kommen. Sie müssen helfen, ob sie wollen oder nicht. Sorgen wir dafür, daß die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland aus diesem Dreck nicht ohne Erschütterung ihrer alten bürokratischen Einrichtungen und nicht ohne wesentliche Zustandsveränderungen die Arbeiterchaft herauskommt. (Bravo!)

Wollenkuhre:

Ich will mich hier gegen den Antrag 105 wenden. In der Resolution Timm ist bereits gesagt, daß die Organisationen alles aufwenden sollen, was auf dem Gebiete der Agitation getan werden kann. Einer besonderen Vereinbarung mit der Generalkommission bedarf es darum nicht. Es ist nicht Aufgabe der Generalkommission, die eine unpolitische Körperschaft ist, bei der Agitation der sozialdemokratischen Partei mitzuwirken. Dazu ist die politische Partei da, und der Parteivorstand wird nichts versäumen, um die Agitation so nachdrücklich und nachhaltig zu gestalten, wie es nötig ist. Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist nicht, wie Genosse Winnig meinte, lediglich eine Kulturfrage, sondern eine Frage, die einen Widerstreit der Klassen hervorruft, wie er schärfer nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig!) Die Kapitalisten haben ein besonderes Interesse daran, daß die Arbeitslosenversicherung nicht eingeführt wird, denn eine große Arbeitslosenarmee ist für sie das eigentliche Werkzeug, die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung herunterzudrücken. Umgekehrt hat die Arbeiterklasse das entgegengegesetzte Interesse, all diejenigen Dinge zu beseitigen, die ein fürchterliches Wuchermittel in den Händen der Kapitalisten sind. Daneben besteht natürlich auch ein allgemeines Kulturinteresse, daß nicht Massen von Menschen verhungern. Die kapitalistischen Staaten selbst hätten eigentlich ein sehr großes Interesse daran, diesem Elend und Hunger entgegenzuwirken, denn die Arbeitslosigkeit kommt ja in den Staaten und Gemeinden gar nicht ganz billig zu stehen. Wenn der Arbeitslose schließlich in der Not zum Bettler oder auf die Bahn des Verbrechens getrieben wird, dann verursacht das der Gesellschaft doch große Kosten. Bei einer Zusammenziehung dieser Ausgaben würden Summen herauskommen, die bei rechtzeitiger Anwendung so manchen Davor bewahren könnten, ein überflüssiges Glied der Gesellschaft zu werden. (Lebhafte Zustimmung.) Richtig ist es auch, wenn man die Arbeitslosenversicherung und -fürsorge als eine reine Kulturfrage anwenden will. Das ist sie ebensowenig, wie die Krankenversicherung eine Epidemienfrage ist. Wir haben doch eine chronische Arbeitslosigkeit, die sich überall bemerkbar macht. Die Statistik unserer Unfallversicherung zeigt, daß im Jahre 1903 ein Rückgang von 100 000 Vollarbeitern gegen 1907 eingetreten ist. Die 12 Volksgewerkschaften haben allein einen Rückgang von etwa 140 000 Vollarbeitern aufzuweisen. Wir haben in der Schöneberger Gemeindeverwaltung einen kleinen Anfang von Arbeitslosenversicherung dadurch gemacht, daß wir städtische Zuschüsse zu den Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften und Sparvereine zahlen. Jetzt haben wir angeregt, die Sache für Groß-Berlin einheitlich zu machen, und der Magistrat hat erklärt, daß er sich unserem Antrag anschließt und mit den anderen Städten eine Petition an den Reichstag vorbereiten will. Auf die Dauer, glaube ich, kann die Reichsregierung sich dieser Forderung der Arbeitslosenversicherung nicht widersetzen. England ist als Pionier auf dem Gebiete der

Arbeitslosenversicherung vorangegangen; man kann jetzt nicht mehr sagen, wie bisher immer: es geht nicht. Deshalb heißt es: nachdrücken! (Beifall.)

Böble-Strasbourg:

Wenn in Strasbourg schon 1906 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wurde, so war das nur möglich, weil wir damals eine parte sozialdemokratische Fraktion im Rathaus hatten, die einen Antrag nach dieser Richtung stellte. Wir im Elsass stehen natürlich auch nicht auf dem Standpunkt, daß nur die Städte Mittel für die Arbeitslosenfürsorge bereitzustellen sollen. Ich glaube, im Rahmen der gesamten sozialdemokratischen Landtagsfraktion Elsass-Lotharingens erklären zu können, daß wir in diesem Winter mit aller Energie an die Frage einer staatlichen Regelung herangehen werden. Es kommt dabei lediglich auf die Haltung des Zentrums an, das mit uns in der Zweiten Kammer die Mehrheit hat. Den Antrag Hoch halte ich für überflüssig. (Beifall.)

Silberschmidt-Berlin:

Nicht auf dem ganzen europäischen Kontinent tritt gegenwärtig die Arbeitslosigkeit in gleichem Maße auf. Sondern ihre Stärke hängt von der jeweiligen Politik des betreffenden Staates ab. Die ungeheuerlichsten Wirkungen finden wir in der Nähe des Balkans, während Staaten mit etwas vernünftigerer Politik weniger von der Arbeitslosigkeit erfaßt werden. In England ist die Beschäftigung noch beinahe gut, und in Dänemark und anderen Ländern beobachten wir nicht die trassen Wirkungen, wie sie die Folgen der Sozialpolitik sind. Unter Umständen also kann das Uebel, das am Marne des Volkes zehrt, auch durch ungeschickte und ungeeignete politische Regierungsmaßnahmen verschärft werden. Wir als Deutsche haben in dieser Hinsicht schwere Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben. (Sehr richtig!) Namentlich leidet Berlin unter der Arbeitslosigkeit, und hier wieder ganz besonders das Baugewerbe. In einer Zeit, wo sonst die Arbeitslosigkeit am niedrigsten ist, waren über 23 Proz. der Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes arbeitslos. (Hört! hört!) Keineswegs gilt für die Holzarbeiter und andere Gewerbe. Die Wirkungen dieser Arbeitslosigkeit sind geradezu verheerend. Eine große Summe von Lebensglück und von Familienglück geht dabei verloren, die Widerstandskraft der Arbeiter im Kampfe wird geschwächt, denn ihre Trachten ist naturgemäß zuerst auf die Befriedigung des Hungers gerichtet. Sonst kräftige, mutige, lampfeslustige Männer verlieren durch den Hunger und die Entbehrungen das Vertrauen in die eigene Kraft. (Sehr richtig!) Wir Berliner haben nicht über das heimtückische und hinterlistige Zentrum zu klagen, sondern wir haben mit dem Kommunalstreik zu kämpfen. Aber glauben Sie nicht etwa, daß der der Situation Verständnis entgegenbringt, und daß etwa von ihm eine weit ausschauende Politik zu erwarten wäre. Die Rückständigkeit, die Angst vor der Verlastung des Portemonnaies trifft man in Berlin genau so an, wie in anderen Kommunen. (Sehr wahr!) Es sind eben die ökonomischen Ursachen, die den Menschen leiten, und als ökonomische Gegner hat Freisinn, Zentrum und Konservative im Grunde genommen gleich. Wir müssen weiter verlangen, daß auch im preussischen Landtag die Frage der Binderung der gegenwärtigen Not mit größerem Verständnis behandelt wird. Unsere kleine Fraktion wird sich das besonders angelegen sein lassen. Es hätte dafür gesorgt werden sollen, daß umfangreiche Arbeiten in Angriff genommen und beschleunigt werden, daß in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigt werden. Wir müssen ferner die Förderung des Kleinwohnungsbaues verlangen und dafür sorgen, daß in dieser Zeit der äußersten Not die Lebensmittel nicht noch weiter verteuert werden. Es muß auf Herabsetzung der Zölle und auf Beseitigung der Einfuhrschranken hingedrängt werden. Die Agitation ist nicht der Hauptzweck dieser Aktion, aber wir haben doch auch die Aufgabe, auf die Kreise derer einzuwirken, die müßlos in die Zukunft blicken, wir müssen sie aufrufen zur Mitarbeit und ihnen klar machen, wer der legitime Vertreter der Arbeit ist, die deutsche Sozialdemokratie und die mit ihr in Verbindung stehenden Arbeiterparteien und Organisationen. Wir werden die Massen aufrufen und ihnen auch bei dieser Gelegenheit zeigen müssen, wer ihr Freund ist. (Bravo!)

Giesel:

Genau ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge keine reine Krisenfrage. Aber besonders im Augenblick der Krise ist das Verständnis, das Interesse und die Anteilnahme der Massen an dieser Frage sehr viel größer. Deshalb muß der gegenwärtige Augenblick ganz besonders ausgenutzt werden zur Förderung der Arbeitslosenversicherung. Wir müssen suchen, in den Gemeinden einen Wundbruch zu bekommen für die reichsgerichtliche Lösung. Unsere Reichsarbeiterversicherung kam erst dann zur Einführung, als in den Gemeinden die Ausgaben für erkrankte und unfallberlehte Arbeiter im Armenetat ganz gewaltig anstiegen. Aus diesem Grunde möchte ich Sie ersuchen, Sturm zu lassen gegen unsere Gemeindeverwaltungen und mit diesen gemeinsam die Regierung zur reichsgerichtlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge zu drängen. Dabei dürfen wir die weiten Schichten der Privatangestellten nicht übersehen, die ebenso wie die Handarbeiter an der Lösung dieser Frage interessiert sind. Es ist der Ausdruck des entsetzlichen Elends, wenn man Tag für Tag lesen muß, daß Angestellte aus Verzweiflung über die monatelange Stellenlosigkeit zum Selbstmord greifen, weil sie keinen andern Ausweg mehr aus diesem kapitalistischen Jammerthal sehen. Auch die Angestellten sind nicht in der Lage, von ihren großen Gehältern für die Zeit der Stellenlosigkeit vorzusorgen. Wir haben leider kein authentisches statistisches Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit bei den Angestellten; aber das dürftige Material aus den Stellenanzeigen zeigt schon, in welcher erschreckendem Maße in den letzten Monaten diese Arbeitslosigkeit um sich gegriffen hat. Allein im zweiten Vierteljahr dieses Jahres sind 33 000 hollenslose Mitglieder der verschiedenen Angestelltenverbände hinzugekommen zu den rund 80 000, die arbeitslos gelieben sind aus dem 1. Quartal. (Hört! hört!) Das sind nur die Zahlen der Organisationen mit etwa 600 000 Mitgliedern, die höchsten 90 Proz. der Angestellten aufmachen. Etwa 60 000 Stellenjuchenden fanden nur etwa 25 000 Stellen zur Verfügung. Unsere Gemeindevertreter möchte ich darauf hinweisen, daß ein sogenannter Verband deutscher gemeinnütziger Schreibstuben besteht, der sich angebotlich die Versorgung der Angestellten bei Arbeitslosigkeit zur Aufgabe gemacht hat. Er wirkt aber nur löhndrücken für die Angestellten im Interesse der Prinzipale, genießt jedoch vielfach Unterstützung von den Kommunen. Ich bitte daher die Gemeindevertreter, darauf zu achten, daß der Passus der Resolution Timm, daß auf tarifmäßige Zahlung geachtet werden soll, auch auf die Angestellten anzuwenden ist. Wenn so Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam für die Lösung der Frage kämpfen, wird es damit auch vorwärts gehen. (Beifall.) Ein Schlußantrag, den Brüdnere-Berlin beschwört und gegen den Pfäfer-Württemberg spricht, wird angenommen.

Timm (Schlußwort):

Die Debatte hat eine wertvolle Ergänzung zur Frage der Arbeitslosenversicherung gegeben. Alle Redner haben betont, daß diese Frage jetzt in den Vordergrund des ganzen öffentlichen Interesses gestellt werde. Wenn ich auch nur das Zentrum kritisiert habe, so bin ich mir doch klar, daß die übrigen bürgerlichen Parteien in gleicher Weise gegen eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge sind. Aber das Zentrum nimmt bekanntlich für sich in Anspruch, auf dem Gebiete der Sozialpolitik voranzumarschieren, da muß einmal öffentlich festgestellt werden, wie gerade das Zentrum in dieser wichtigen Frage verfaßt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum hat es mitverschuldet, wenn praktische Ergebnisse bisher nicht erzielt sind. Wir haben gehört, daß in den Gemeinden dagegen, wo die Sozialdemokraten eine ausfallgebende Bedeutung haben, auch die bürgerlichen Parteien auf die Dauer sich gegen unsere Forderungen nicht sträuben. (Sehr richtig!) Das bietet

eine Aussicht für die Zukunft, wenn wir geschlossen unsere Aktion führen. Mit Recht hat Kreu auf die Haltung der Liberalen in Nürnberg verwiesen und Silberschmidt den Berliner Kommunalstreik geschildert. Auch in Augsburg hat ein Liberaler das trasse Prinzip aufgestellt, es müsse immer eine genügende Anzahl von Arbeitslosen für die Industrie vorhanden sein. (Hört! hört!) Sie sollen also als Lohnbrüder dienen. (Hört! hört!) Der politischen Gerechtigkeit wegen aber möchte ich doch erwähnen, daß die Liberalen im bayerischen Landtag unseren Anträgen zugestimmt haben, natürlich nicht aus gutem Herzen, sondern weil die Verhältnisse dazu sie zwingen. Der Liberalismus ist unter dem allgemeinen Wahlrecht auf weite Kreise des Volkes angewiesen. So werden die bürgerlichen Parteien durch uns mehr und mehr zur Sozialpolitik gezwungen.

Winnig meinte, die Arbeitslosenfrage müsse hoch über dem Parteigetriebe stehen. Wie macht sich die Sache praktisch? Kürzlich fand eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit statt. Aber auf diesen bürgerlichen Kongressen werden tiefgründig theoretisch alle möglichen Probleme erörtert und neue Schwierigkeiten aufgeschichtet. Nach einigen Jahren hört man nichts mehr davon. Ich habe noch kein organisiertes Vorgehen gegen die Widerstände vernommen, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu überwinden sind. Politische Parteien müssen Stellung nehmen. Ich hätte es begrüßt, wenn die katholischen Arbeiter auf dem Katholikentag in Reg eine einheitliche Aktion zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung unternommen hätten. Wieder ist es allein die Sozialdemokratie, die innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung mit allem Nachdruck betont, welche Aktionen notwendig sind, um die bürgerlichen Parteien zu zwingen, auf diesem Gebiet voranzugehen. (Sehr richtig!) Da gehen wir uns nicht. Wir wissen, daß dieser Kampf kommt und daß wir ihn aufnehmen müssen, um einen Erfolg zu haben. Das mußte betont werden, damit wir nicht in falsche elegische Wägen kommen. (Sehr richtig!)

Barth hat vernichtend Vorschläge zur besseren Vorbereitung öffentlicher Arbeiten und zur Regelung der Arbeitsnachweisfrage in der Resolution. Ich habe die Wichtigkeit der Arbeitsnachweisfrage betont, aber ich will diese Frage nicht als Hindernis aufstürzen. Wir wollen doch nicht in das Fahrwasser der bürgerlichen Parteien geraten, die es immer verkehrt anspähen, indem sie neue Schwierigkeiten aufhäufen. (Sehr richtig!) Das Wichtigste in diesem Augenblick ist eine großzügige Agitation zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden. (Sehr wahr!) Die planmäßige Organisation der öffentlichen Arbeitsvergebung und die Regelung der Arbeitsnachweisfrage werden dann ganz von selbst kommen als notwendige Mitbedingung. (Sehr richtig!) Kollektur hat recht, daß die Arbeitslosenfrage keine Krisenfrage ist. Sie ist mit der heutigen bürgerlichen Ordnung untrennbar verbunden und eine chronische Erscheinung, die wir durch Einführung der Arbeitslosenversicherung nach Möglichkeit gemildert wissen wollen. Darüber sind wir uns vollständig klar. Wir sind uns auch darüber klar, daß alle Instanzen mitzuwirken haben. Das ist genügend betont in meiner Resolution, die im übrigen von dem Gesichtspunkt aus gestellt ist, daß wir uns auf diesem Parteitag möglichst zu einer einheitlichen Aktion vereinigen wollen. Theoretisch und praktisch sind wir uns über diese Frage klar. Wir brauchen nur zu handeln, und ich halte es für selbstverständlich, daß wenn der Abtag 3 meiner Resolution angenommen wird, der Parteivorstand die Aktion einleiten will. Deshalb habe ich gebittet, Hoch würde seinen Antrag zurückziehen. Vielleicht wartet er noch auf eine bestimmte Erklärung des Parteivorstandes, so daß dann nur noch meine Resolution vorliegt, die uns die Bahn zu einer einheitlichen Aktion ebnet. Wir verkünden der halben Million Arbeiter, die gegenwärtig arbeitslos sind, wir verkünden den Arbeitern, die verürzt arbeiten müssen, die in der nächsten Zeit das gleiche Schicksal erleiden, wie ihre arbeitslosen Brüder, wir verkünden sämtlichen Angestellten, daß die Sozialdemokratie die Partei ist, die mit voller Macht und mit voller Kraft, wie in allen anderen Fragen, so auch in dieser, das Interesse der gesamten Arbeiterschaft wahrnimmt. Wenn Sie dies durch Annahme der Resolution bekunden, dann haben wir unsere Pflicht getan, unsere Pflicht im Dienste der deutschen Arbeiterbewegung. (Lebhafte Beifall.)

Vorländer hat erklärt, daß der Parteivorstand gewillt ist, im Sinne der Resolution zu wirken. (Bravo!)

Infolge dieser Erklärung wird die Resolution Hoch zurückgezogen, es liegt also nur noch die Resolution Timm vor, die einstimmig angenommen wird.

Auch der Antrag Rabenstein, der dem Parteivorstand empfiehlt, das Referat von Timm als Sonderdruck herauszugeben, wird angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Nachmittagsitzung:

Vorländer schlägt vor, die wichtige Steuerfrage, der ein möglichst großer Raum in den Verhandlungen gewidmet werden soll, der Kaiserfrage voranzustellen. Der Parteitag stimmt zu.

Die Steuerfrage.

Dazu liegen vor die Anträge 20 bis 25, 92, 98, 112 bis 114 und Leisäge und Resolution Wurm*).

*) 20. Magdeburg-Breslau Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg (Breslau) erklärt an, daß die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Besitzsteuern nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm steht, sondern den Beschlüssen der internationalen Kongresse und den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht.

21. Kassel-Melsungen: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Kassel-Melsungen erklärt:

Der Kampf gegen den kulturfeindlichen Militarismus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Beratung der unerhörten Rüstungsvorlagen in der schärfsten Weise geführt hat, darf nicht ruhen, sondern muß von allen Parteigenossen schärfer denn je geführt werden, denn die wahnsinnigen militärischen Rüstungen bedrohen immer mehr den Frieden der Völker, und der Militarismus enthält sich mehr denn je als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft zur Niederhaltung der nach Freiheit und Kultur strebenden Arbeiterschaft.

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, immer weitere Schichten der Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es allein dem riesenhafte Wachstum der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn die enormen Kosten der neuesten Rüstungsvorlage nicht wieder durch Steuern auf den Konsum der Massen gedeckt werden, sondern durch direkte Steuern, die im wesentlichen die Wohlhabenden und Reichen treffen.

Durch erhöhte Werbetätigkeit müssen alle Parteigenossen dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den nächsten Wahlen noch viel stärker in den Reichstag wiederkommt.

Nur dann ist damit zu rechnen, daß der Ausbau der unter Mitarbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geschaffenen Besitzsteuern zu dauernd durchgreifenden Reichseinkommens-, Reichsvermögens- und Reichscharaktersteuern erfolgt, die sobald als möglich an Stelle der für die ärmeren Volksschichten in der sanftmütigsten Weise belastenden indirekten Steuern treten müssen.

Die Generalversammlung erkennt an, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zum Wehrbeitrag und zur Reichsvermögenssteuer, die die Wehrkosten belasten, im Interesse des arbeitenden Volkes gehandelt und zur Stärkung des Vertrauens der Massen zur sozialdemokratischen Partei mit Erfolg beigetragen hat.

22. Hessische Landeskonferenz: Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Dedungs-

Entsprechend den Parteitagebeschlüssen von 1911 und 1912 steht diesmal die Steuerfrage auf der Tagesordnung. Ich habe über unsere Stellung zur Steuerfrage und zu den Deckungsfragen vom theoretischen Standpunkt aus zu sprechen, während Südekum über die Entwicklung der Steuer im Reich und die Stellung der Sozialdemokratie zur letzten Steuerfrage referieren wird. Eine frühere Veröffentlichung meiner Vorträge und Resolutionen, als vor drei Wochen, war mir infolge des späten Reichstagsabschlusses und unauffschiebbarer Parteiarbeit nicht möglich. Ich hoffe, daß mir zu einer Klärung der Frage kommen, die um so notwendiger ist, als wir in unserer Parteiliteratur bis heute eine nur ganz spärliche theoretische Erörterung der Steuerfrage besitzen. Das ist um so wunderbarer, als seit 50 Jahren unsere Agitation auf den theoretischen Untersuchungen Ferdinand Lassalles in seinem „Arbeiterprogramm“ begründet ist, Gedanken, die dann in das 1875er und in das Erfurter Programm von 1891 übergegangen sind. Zwar hat Kautsky 1896 in seiner „Agrarfrage“ einen kurzen Abriss unserer Stellung zu den Steuern vom marxistischen Standpunkt aus gegeben — die Parteipresse ist bei der Debatte, wahrscheinlich aus Unkenntnis, nicht darauf eingegangen — und 1902 hat er in seiner „Sozialen Revolution“ auf einige Punkte hingewiesen. Eine zusammenhängende größere Arbeit ist Karl Renner-Wien: „Das arbeitende Volk und die Steuern“. Seine Schlussfolgerungen stehen im Widerspruch mit dem, was wir bisher festgelegt haben, es ist aber wenigstens eine theoretische Betrachtung vom marxistischen Standpunkt aus. Dann kommt noch in Frage die „Akkumulation der Steuerfrage“ von Rosa Luxemburg, Broschüren von Hilferding, Bernstein, Kautsky und mir und unser Bremer Kommunalprogramm.

Es ist kein Zufall, daß eine zusammenhängende Untersuchung fehlt, denn für unsere bisher geführten Kämpfe reichte Lassalles „Arbeiterprogramm“ aus. Der Gegensatz zwischen mobilem Handels- und Industriefaktum und dem immobilien Kapital, dem Grundbesitz, war bis jetzt in bezug auf Steuerfragen im Reichstag nicht vorhanden; mobiles und immobilies Kapital vereinigt sich dort zur Abwälzung aller Steuerlasten

vorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.

23. Niederbarnim: Die Generalversammlung des Kreises Niederbarnim spricht ihr lebhaftes Bedauern aus über die Stellungnahme der Reichstagsfraktion in der Deckungsfrage und erwartet, daß der Parteitag Richtlinien schafft, die in Zukunft eine Stellungnahme gewährleisten, welche mit unseren Grundgedanken in Einklang stehen.

24. 13. sächsischer Wahlkreis: Die Versammlung billigt als programmatischen Grundgedanken die Abtünlichung der Reichstagsfraktion für die Steuervorlagen, die zur Deckung der Militärvorlage dienen, nicht; sie erwartet daher vom Parteitag eine dem Parteiprogramm entsprechende klare und entschiedene Anweisung für die Stellung der Reichstagsfraktion bei künftigen Steuervorlagen.

25. Halle a. S.: Der Parteitag zu Jena bedauert die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem einmütigen Mehrbeitrag sowie zu dem Vermögenszuwachssteuergesetz als einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundgedanken, als einen schweren politischen Mißgriff. Er erwartet unbedingt, daß die Anwendung einer besseren Politik in Zukunft die Fraktion vor ähnlichen Entgleisungen bewahren wird.

26. Berlin IV: Da der heutige Militarismus das Mittel der herrschenden Klasse ist, um das Volk niederzuhalten, bedauert der Parteitag, daß die Reichstagsfraktion die Deckungsvorlagen bewilligt hat.

28. Arnstadt: Die am 30. August in Arnstadt tagende Versammlung der Parteioorganisation, die von circa 100 Mitgliedern besucht ist, erklärt sich mit der Stellungnahme der Reichstagsfraktion bei der Erledigung der Deckungsvorlagen für die letzte Militärvorlage einverstanden. Sie erklärt in der Erledigung der Deckungsvorlagen den wachsenden Einfluß der Arbeiterbewegung, der erreicht, daß die arbeitende Bevölkerung von neuer indirekter Belastung verschont wurde. Sie sieht in der Zustimmung der Fraktion zu den Besitzsteuern keinen Verstoß gegen das Programm, sondern erkennt an, daß durch die Zustimmung das erstmalig in größerem Maßstab unsere Forderung auf Einführung von Besitzsteuern durchgeführt werden konnte. Die Fraktion hat im Kampf gegen die Wehrvorlage ihren Mann gestanden. Wenn trotzdem die Annahme der Wehrvorlage nicht verhindert werden konnte, dann trifft daran die Fraktion nicht die geringste Schuld. Galt es aber bei den Deckungsvorlagen einen anderen Standpunkt eingenommen, dann hätte das nicht im Interesse der Arbeiterklasse gelegen. Der Parlamentarismus darf für uns nicht allein Mittel sein, die Klagen der Arbeiterschaft der Öffentlichkeit zu unterbreiten, sondern muß auch dazu benutzt werden, alle ohne Verletzung des Programms zu erreichenden Vorteile für die Arbeiterklasse durchzusetzen.

112. Der Parteitag erklärt: Für Besitzsteuern, die zur Deckung von Militärausgaben dienen, können unsere Vertreter nur dann eintreten, wenn die Annahme dieser Steuern

- 1. nicht eine Bedingung für die Annahme der Militärvorlage ist, und
- 2. die Annahme einer für die Arbeiterklasse ungünstigeren Steuer verhindert.

113. Die Worte im drittelten Absatz von „es sei denn, daß“ ab bis zum Schlusse, sowie die beiden folgenden Absätze zu streichen. Geher und mehr als 20 Genossen.

114. Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaat, ob Formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Wie immer das Steuerwesen ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatsausgaben decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht.

Die Abwälzung des größten Teiles der öffentlichen Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen durch das System der indirekten oder Verbrauchssteuern ist aber eins der wirksamsten Mittel der herrschenden Klassen, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und ihren sozialen und geistigen Aufstieg zu hemmen.

Der Parteitag fordert deshalb gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms: „Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht; Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft; Abschaffung aller indirekten Steuern, Rölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“

Kerner erklärt der Parteitag: Der Militarismus ist als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen auf das äußerste zu bekämpfen. Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.

Für sonstige Steuervorlagen ist die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion durch Punkt 10 des Parteiprogramms vorgeschrieben: bestehende indirekte Steuern sind durch direkte zu ersetzen. Geher und 50 Genossen.

Die Resolution Wurm ist unseren Lesern aus dem „Vorwärts“ bekannt.

auf die arbeitenden Klassen durch Verbrauchsabgaben. In den Landtagen spitz sich der Kampf zwischen mobilem und immobilien Kapital noch mehr zu. Das aufkommende Bürgertum wehrte sich gegen gewisse Belastungen durch die Grundherren. Die Parteien des Kleinbürgertums, die Fortschrittspartei, Teile der Nationalliberalen und des Zentrums, nahmen direkte Steuern auf das Kapital auch in den Landtagen bewilligen, so daß wir heute die Teilung haben: im Reich fast nur indirekte Steuern, in den Bundesstaaten auch Steuern auf das bewegliche und unbewegliche Kapital, direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen. Während die Vertreter des mobilen Kapitals, Fortschrittler und Nationalliberale es bisher im Reichstage nur vorübergehend zu einer Stellung gegenüber den Konfessionspartien und dem Zentrum bringen konnte, die ihnen ermöglichte, die Interessen ihrer Anhänger zu wahren, ist jetzt durch die Stärke der Sozialdemokratie in steigendem Maße die Sache dahin verschoben, daß es von uns abhängt, wer im Streit zwischen mobilem und immobilien Kapital siegt. Dabei bestätigt sich die Richtigkeit des Lassalleschen Satzes: „die herrschende Klasse gibt auch dem Steuerwesen ihr Gepräge“; wer die Macht hat, legt die Steuerlasten auf den Machtlosen, mag es der Großgrundbesitz sein, der das Bürgertum belastet, mögen Großgrundbesitz und Bürgertum zusammen die Arbeiterklasse belasten. Daraus folgt, daß, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erlangt, auch für sie die Stunde kommt, wo sie bei dem unüberbrückbaren Interessengegensatz zwischen mobilem und immobilien Kapital ausschlaggebend wird im Kampf. Sie muß daher die Steuerfrage sehr gründlich studieren, weil das Dilemma, daß wir vor der Lösung scheinbar noch nicht aufgeworfener Fragen stehen, sich wiederholen wird und muß. Die Steuerbelastung bildet einen Teil der Ausbeutung der beherrschten Arbeiterklasse durch die politische und wirtschaftlich herrschenden Klassen.

Wir fordern gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle, auch im Steuerwesen, und da die heutige Gesellschaft wirtschaftlich ungleiche Klassen enthält, so kann die Gleichheit nur dadurch geschaffen werden, daß die Steuern sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Besteuereten richten. Im letzten Bande seines „Kapital“, den Marx noch selbst herausgegeben hat, schildert er die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital, und die Grundeigentümer, deren Einkommensquelle Arbeitslohn, Profit, Grundrente sind. Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer bilden also die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft. Das Ergebnis des Produktionsprozesses zerfällt in Lohn, Unternehmerprofit und Grundrente. Das Einkommen des Arbeiters dient zu seiner Erhaltung, zu seinem Verbrauch, es ist sein Konsumtionsfonds; was die Kapitalistenklasse für ihre Erhaltung braucht, ist ihr Konsumtionsfonds, und was darüber hinausgeht, ist ihr Produktionsfonds. Selbstverständlich sind wir gegen jede Steuer auf das Arbeitseinkommen in der kapitalistischen Gesellschaft, gegen jede Belastung des Konsumtionsfonds der Arbeiter, denn in der kapitalistischen Gesellschaft ist das Einkommen der Arbeiter unter der Grenze, die zu einer menschenwürdigen Lebensführung im weiteren Sinne für ihn als Kulturmenschen notwendig ist.

Nach Marx ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskräfte die Voraussetzung für den Aufstieg der Arbeiterklasse, die nur dann eine höhere Gesellschaftsordnung, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist, bilden kann, wenn eine gewisse Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte erreicht ist. Wir können also keinerlei Hinderung dieser Entwicklung billigen, und eine solche Hinderung ist es, wenn das zur Ausdehnung der Produktion aufgewendete Kapital verbraucht wird zu Zwecken, die nicht wiederum der Erweiterung der Produktion, der Entwicklung der Produktivkräfte dienen. Der Konsumtionsfonds der Kapitalisten könnte infolgedessen durch Steuern vollständig konfisziert werden, als die Kapitalisten als Klasse selbst in der kapitalistischen Gesellschaft bereits überflüssig geworden sind, denn die Produktion wird nicht mehr von den Kapitalisten geleitet, sondern vollzieht sich nur noch kraft seines Kapitals. Die Staatsunternehmungen und Aktiengesellschaften beweisen die Überflüssigkeit der Person des Kapitalisten für den kapitalistischen Betrieb. Der zur Entwicklung der Produktion notwendige Akkumulationsfonds muß aber selbst in der sozialistischen Gesellschaft erhalten bleiben, weil sonst diejenige Entwicklung der Produktion, Technik und Distribution, welche notwendig ist, um die menschliche Arbeit so ertragreich zu gestalten, daß sie jedem Individuum volle und freie Entwicklung gewähren kann, aufhört. Schon heute ist der Kapitalist bedroht, falls er nicht zugrunde gehen will, keineswegs unbeschränkter Herr über den Mehrwert, den er aus dem Unternehmen zieht. Würde er seinen ganzen Lebenszweck verbrauchen, so würde er von den anderen niederkonkurriert. Würde also der ganze Mehrwert durch Steuern konfisziert, so müßte auch die Arbeiterklasse darunter leiden.

Man sagt uns oft, was wollt Ihr, von den Rüstungsausgaben haben ja die Arbeiter Verdienst, bei der Fabrikation von Kanonen, beim Schiff- und Festungsbau. Während aber bei den Kunst- und Luxusgegenständen, die der Kapitalist für seinen persönlichen Verbrauch erwirbt, meistens Handwerker und gelernte Arbeiter tätig sind, arbeiten in der Großindustrie, der Rüstungsindustrie überwiegend Maschinen mit sehr wenig Arbeitern; dort sind große Summen als konstantes Betriebskapital und sehr wenig als Lohnkapital angelegt. Wandern die bisher zur Deckung persönlicher Bedürfnisse der Kapitalisten aufgewendeten Summen hinaus in die Großindustrie, so werden verhältnismäßig weniger Arbeiter beschäftigt als bisher, wo sie in großer Anzahl in der Kunst- und Luxusindustrie beschäftigt waren. Schon eine solche Abwanderung des Kapitals in eine andere Produktion wird Arbeitslosigkeit hervorrufen.

Auf die Frage, wann wir überhaupt im kapitalistischen Staat Steuern bewilligen können, lautet die volkswirtschaftliche Antwort: nur dann, wenn sie verwendet werden zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskräfte oder zur Erhaltung der für die Gemeinwohl erforderlichen Arbeitskräfte, nicht aber, wenn sie für arbeitserneuernde Zwecke verwendet werden. (Sehr richtig!) Als Partei der Kultur, die wir allen Menschen zuteil werden lassen wollen, stellen wir an die Gesellschaft so große Anforderungen, wie sie bisher noch nie gestellt sind, wir brauchen deshalb keineswegs zu knapsen, der Gemeinschaft Gelder zu bewilligen, wenn sie in richtiger Weise volkswirtschaftlich genommen werden, ohne die Produktion und die Rolle der Arbeiter zu schädigen und wenn sie verwendet werden für Zwecke der Arbeiterklasse. Die Grundlage ist: Verwendung für Zwecke der Arbeiterklasse, Belastung des wirtschaftlich Starben!

Hiergegen hat sich in der Presse, in Versammlungen und hier in der Resolution 114 ein Widerspruch erhoben, der sagt: Was kümmert Ihr Euch darum, ob die Steuern so oder so sind, zuletzt tragen die Arbeiter doch alle Steuern, die Arbeiter schaffen alle Werte. Wenn der Satz 1 der Resolution 114 einen Sinn haben soll, so kann ich ihn nur mit einem negativen Vorzeichen versehen und als Unsinn bezeichnen. (Sehr richtig!) Da heißt es: „Alle öffentlichen Steuern“ — geheime Steuern kennen wir nicht, selbst die Parteisteuern sind keine geheimen Steuern! Wenn der so beginnende Satz, der ausführt, daß alle Steuern, ob auf Besitz oder auf Arbeitsverdienst gelegt, ob direkt oder indirekt erhoben, in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht werden, da diese allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen, wenn dieser Satz nichts weiter sagen soll, als daß der Mehrwert der unbegahlte Lohn des Arbeiters ist, dann sagt er absolut nichts Neues und gehört nicht hierher. (Sehr richtig!) Wir Marxisten sind uns klar darüber, daß die Arbeiter allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen, aber es geht den Arbeitern so, wie jenem Landmann, von dem Frey Neuter sagt: „Pflaumen und Äpfel sind ein schön Gerischt doch habe, id dem et nich.“ (Feiterleit.)

Einen Teil des von den Arbeitern geschaffenen Reichtums bekommen sie als Lohn, einen Teil bekommt der Unternehmer als Mehrwert, und nachdem an dieser Teilung nicht mehr zu rütteln ist, da kommen die Steuern, und dann soll es gleichgültig sein, von wem sie genommen werden, ob vom Mehrwert oder vom Arbeitslohn. (Sehr gut!) Oder soll dieser Satz etwa gar bedeuten: Macht, was ihr wollt, wenn ihr die Steuern auf den Mehrwert legt, dann zwingen sie die Unternehmer den Arbeitern doch wieder heraus. Wenn das wahr ist, dann können wir eigentlich jetzt den Parteitag schließen, dann brauchen wir auch nicht in den Reichstag oder Landtag zu gehen (Sehr richtig!), dann brauchen wir auch keinen Massenstreik für das preussische Wahlrecht zu machen. (Wiederholte lebhafteste Zustimmung.) Wenn die Arbeiterklasse so bankrott am Boden liegt, daß das Unternehmertum mit ihr machen kann was es will, was hat dann eine Wahlreform, was hat Arbeiterschutz für einen Sinn, wozu dann die ganzen Anstrengungen der Arbeiter. (Sehr gut!) Vielleicht müssen wir dann warten, bis wieder einmal der Jar nach Berlin kommt, um dann mal zu schreiben, vielleicht hilft das! (Feiterleit.) Wir bekämpfen, daß alles Einnahmearbeit ist, dafür sind wir Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Gegen die allen Arbeitern aus langer Arbeitszeit, aus Kinderarbeit in Fabriken bekannte Tendenz, soviel wie möglich Mehrwert einzuhemmen, ist eben die Gegen Tendenz des Proletariats erwacht, der organisierte Widerstand der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!)

Das Schröpfen der Arbeiterklasse durch den Mechanismus der indirekten Steuern, um daraus die Stütze der kapitalistischen Staatsmaschinerie zu erhalten, läuft einfach auf eine Vergrößerung des Mehrwerts, und zwar des konsumierenden Teils des Mehrwerts hinaus. Nur daß diese ergänzende Teilung zwischen Mehrwert und variablem Kapital post festum nach vollendetem Austausch zwischen Kapital und Arbeitskraft geschieht.“ So schrieb Genossin Luxemburg 1913 in der „Akkumulation des Kapitals“. (Große Feiterleit.) Wie da der Name Luxemburg unter die Resolution 114 kommen kann, — dazu reicht mein Verstand nicht aus. (Sehr gut!) Rosa Luxemburg: Das glaube ich! Genossin Zetkin hat sich in der „Gleichheit“ gegen die angebliche Ueberschätzung der Bedeutung der Besitzsteuern durch die Fraktionsmehrheit auf einen Artikel von Karl Marx in der „Rheinischen Zeitung“ aus dem Jahre 1849 bezogen, worin er die Steuerreform als ein Spezifikum aller spekulierender Reformen hinstellt. Aber in demselben Artikel steht auch, daß das Proletariat durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt wird. (Hört! hört!) Während Genossin Zetkin im Eifer des Gefechts nicht den ganzen Artikel von Marx abgedruckt, sondern sich auf eine frühere teilweise Wiedergabe zu anderen Zwecken in der „Neuen Zeit“ beschränkt hat, lesen wir in dem von Mehring herausgegebenen Marx-Nachlaß, daß Marx in jenem Artikel weiter geschrieben hat: „Uebrigens hat die Steuer auf das Kapital als einzige Steuer ihre Vorzüge. Alle Oekonomen, namentlich Ricardo, haben die Vorteile einer einzigen Steuer nachgewiesen. Die Kapitalsteuer als einzige Steuer beseitigt mit einem Schlage das zahlreiche und kostspielige Personal der bisherigen Steuerverwaltung, greift am wenigsten ein in den regelmäßigen Gang der Produktion, Zirkulation und Konsumtion und trifft allein von allen Steuern das Luxuskapital.“ Der Marxische Artikel wendet sich gegen ein Buch von Emile de Girardin: „Le socialisme et l'impôt“, und Marx beschäftigt sich mit dem Unsinn Girardins, der das ganze Glend der Menschen auf die Steuern zurückführt und erklärt, daß die Abschaffung der Steuern alles zu besserer Ordnung werden würde. So steht es mit dem Marx-Zitat, das uns Marxisten totschlagen sollte. Wenn die Resolution 114 sagt, daß selbst das der Arbeiterklasse günstigste System von Besitzsteuern den auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruhenden Grundcharakter des Kapitalismus nicht ändert, so brauchen wir doch nicht eine Steuerdebatte, um dies A B C kennen zu lernen. (Lebhafteste Zustimmung.) Im Gegensatz dazu steht unter anderem Ricardo, der sagt, daß die Arbeiter sich gegen belastende Steuern wehren und schließlich die Abwälzung auf den Kapitalprofit durchsetzen werden.

Es ist aber doch nicht gleichgültig, ob wir diese Arbeiter erst belasten, damit sie sich durch schwere Kämpfe wieder entlasten, oder ob wir sie von vornherein freihalten. Ich glaube, die Anschauung, daß Steuerreform und Steuerart für die Arbeiterklasse gleichgültig sind, wird keinen Widerhall auf dem Parteitag finden. Von Lassalle her sind wir gewohnt, gegen indirekte Steuern zu sein. Das war damals voll berechtigt, weil damals alle indirekten Steuern abgewälzt werden konnten auf die weniger Wohlhabenden, vor allem auf die Arbeiter, selbst die Grundsteuer. Das hat sich durch die großen weltwirtschaftlichen Umwälzungen geändert, und deshalb können wir nicht streng an der Formel: gegen indirekte und für direkte Steuer stehen bleiben, wenn wir das nur auf die Form der Steuererhebung beziehen, d. h. ob die Steuer von dem, der sie zahlt, auch wirklich getragen wird, oder ob man sie abwälzen kann auf die Konsumenten. Die Biersteuer z. B. zahlt die Brauerei. Getragen wird sie vom Konsumenten. Nur dann, wenn es der Arbeiterklasse hier und da gelingen kann, durch Bierboykott die Ueberwälzung der Steuer abzumägen, dann muß die Brauerei sie bezahlen. Gerade bei der Biersteuer hat der Beschäftigte im Interesse der Kapitalistenklasse Einrichtungen getroffen, die die Abwälzung fast unmöglich machen. Manchmal will der Beschäftigte, daß die Steuern überwälzt werden, z. B. vom Brauer auf den Trinker. Die Ueberwälzungsmöglichkeit der Steuer wechselt nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsklassen, so daß wir genau prüfen müssen, wie jederzeit die Wirkung einer Steuer ist. Es gibt direkte Steuern der Erhebungsform nach, die wir bekämpfen müssen, und es gibt indirekte Steuern der Erhebungsform nach, für die wir eintreten können.

Steuern auf Einkommen und Vermögen sind direkt nach Form und Wirkung. Sie können nicht abgewälzt werden. Die Einkommensteuer aber kann nur die physische Person treffen, was nach unserer Ansicht nicht zulässig ist. Ihre Ausdehnung auf die Genossenschaft ist ein Wahnsinn. Denn was diese an Einkommen besitzt, ist nur das, was der Arbeiter über den Wert der Ware für sie gibt. In Preußen wird die Rückvergütung der Konsumvereine besteuert. Da der Arbeiter von seinem Einkommen Steuern bezahlt, weiter von dem Einkommen, den er an den Konsum zahlt, und endlich wieder von der Rückvergütung, so haben wir

eine dreimalige Besteuerung seines Vermögens!

(Hört! hört!) Das Existenzminimum, das heute in den deutschen Staaten zwischen 500 und 800 M. (Schwarzburg-Rudolstadt, Preußen, Baden, Bremen, Hamburg) liegt, muß bedeutend erhöht werden. Die preussische Regierung wollte es 1883 schon auf 1200 M. erhöhen. Der Landtag lehnte es ab. Auch das 1500 M. Existenzminimum des Lohnbeschlagnahmengesetzes von 1899 ist zu gering. Die Steuer muß progressiv gesteigert sein, welche ursprünglich Kleinbürgerliche Forderung unter dem stärksten Widerspruch von Großfinanz und Agrarierkapital in das Gesetz hineingekommen ist. 1875 erklärte Graf Bethusy duc, daß die kommunalistische Forderung der progressiven Einkommensteuer durch das Sozialistengesetz getroffen werden mußte. Und noch 1900 erklärten die Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern die direkte Reichseinkommensteuer als den Anfang der Expropriation des Vermögens.

Infolge dieser Angst, daß die Kapitalisten wirklich getroffen werden könnten, sind die Progressionen zu gering und die Höchstsätze zu niedrig. Sie betragen in Preußen mit dem Stenerzuschlag nur 5 Proz., in Hamburg und Bremen scheinbar 8 Proz. Infolge des Fehlens von Kommunalzuschlägen sind es aber hier nur 4 Proz., denn in Preußen werden 100 und mehr Prozent Kommunalsteuer erhoben. Wir dürfen nicht für Steuern auf den Arbeitsertrag, den Lohn, das Gehalt, die Besoldung eintreten. Wir müssen für eine Besitzsteuer eintreten.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Wann (Berichterl.): Eine Wehrsteuer auf Dienstunfähige, wie in Oesterreich und der Schweiz, lehnen wir ab, denn ein Unfähiger hat zwar nicht die Lasten des Dienstes, aber er ist vielleicht weniger erwerbsfähig. Nicht durch solche Maßnahmen, sondern durch eine gesunde Progression und eine richtige Veranlagung kann man mit einer Einkommen- und Vermögenssteuer genügend Erträge schaffen. Das Einkommen aus Vermögen muß höher besteuert werden als gewöhnliches Einkommen. Allmählich hat sich die Kapitalistenklasse zu diesem Grundgedanken bekehrt. Beim Wehrbeitrag wird das Vermögenseinkommen höher besteuert wie das Arbeitseinkommen. Eine Gegenströmung sieht darin eine große Gefahr für die ganze politische und wirtschaftliche Entwicklung.

Für Steuern auf Leihzins, Dividenden, Aufsichtsratsanteile usw. können wir eintreten. Aber sie können immer nur eine Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer sein. Die Agrarier pausieren diese Steuern, weil sie nur das mobile, nicht das Agrarkapital treffen. In ausreichender Gerechtigkeit sind wir bereit, beide gründlich zu paßen. Der Vermögenszuwachssteuer können wir zustimmen, wenn sie sowohl das mobile wie das immobile Kapital trifft. Finanzminister Dr. Voss hat diese Steuer eine Prämie auf Verschwendung und Leichtsinng genannt. Wenn man will, kann man das annehmen. Aber es sind Einzelfälle, wo der Unternehmer leichtsinnig sein Kapital verschwendet. Im wohlverstandenen Selbstbehaltungsinteresse wird er vielmehr sein Kapital kumulieren, um seine Produktion auf hoher Stufe zu halten, weil sie sonst zugrunde geht. Wir brauchen nicht Angst zu haben, daß der Kapitalist wegen dieser Steuern lieber Jehnlaufen vermag, als daß er 1000 R. Steuern zahlt. Man macht uns zum Vorwurf, daß das eine schlechte Steuer sei, weil sie die großen Kapitalisten zu wenig und die kleinen Kapitalisten verhältnismäßig zu viel treffe. Ja, mögen sich die Kapitalisten deshalb gegenseitig die Haare ausziehen. (Sehr richtig!) Was die Kapitalisten sonst der Arbeiterklasse getan haben, geschieht eben jetzt den kleinen Kapitalisten durch die großen. Wägen sich die kleinen Kapitalisten, wenn ihnen die Steuern auf die großen noch nicht genügen. Es ist übertrieben und Wespensticherei, zu sagen, daß der Produktionsprozeß aufgehoben wird, wenn diese Steuern die kleinen Kapitalisten an der Akkumulation hindern. Wir haben doch alle Ursache, zur Uneinigkeit der verschiedenen Kapitalistenklassen untereinander beizutragen. Solange wir in der Minorität sind, können wir nur durch die Gegenläufe innerhalb der Kapitalistenklasse etwas erreichen. Aus Liebe zur Arbeiterklasse wird uns nichts zuteil, sondern nur, wenn wir, die wir in der Minorität sind, eine Mehrheit durch Koalition mit anderen bilden. (Sehr richtig!)

Bei den ungeheuren Schwierigkeiten einer wirklich genauen Veranlagung müssen wir einen Weg finden, der eine Kontrolle der wirklichen Einkommen und Vermögen ermöglicht. Dazu dient die

Erbschaftsteuer

und deshalb wird sie von den Großkapitalisten bekämpft. Die Steuerhinterziehungen sind kein leeres Wort. Professor Delbrück hat das festgestellt, und ebenso beweisen es zahlreiche Prozesse. Die Erben des Herrenhausmitgliedes Wächter haben Millionen Mark Strafe für Steuerhinterziehung bezahlen müssen. Die Wertzuwachssteuer auf Gebäude und Baupläne bekommt durch die Konzentration des Bankkapitals in den Terringesellschaften ein ganz anderes Gesicht. Wo diese Gesellschaften stark sind, so daß sie die Zeiten, in denen das Wohnungsangebot größer ist als die Nachfrage, durchhalten können, schreiben sie die Steuern einfach mit auf die Geschäfte und schlagen sie bei nächster Gelegenheit auf die Preise. Die Großfinanz, das Bankkapital ist eng liter mit dem toten Kapital. Die deutsche Banken besitzen 13 Milliarden Mark Boden- und Baupläne; die Hälfte davon entfällt auf 8 kartellierte Großbanken. Da muß man sich sehr überlegen, ob die Wertzuwachssteuer ohne weiteres anzuwenden ist, denn bei Wohnungsbauten kann sie auf die Käufer, Pächter und Mieter abgewälzt werden. Deshalb ist diese Steuer nur dort einzuführen, wo sie nicht um ihre Wirkung gebracht werden kann; sie ist also durch Gemeindefiskus eingeführt. Aber in den Gemeinden herrschen die Hausbesitzer. Das gibt es also nicht, daß wir von vornherein sagen könnten: für diese Steuer habe ich zu stimmen und für jene nicht. (Sehr richtig!) Das gibt es weder in der Gemeinde, noch im Landtag, noch im Reichstag.

Die Wehrsteuer auf das mobile Kapital, Stempelsteuern auf Kaufverträge, Cautions-, Wechsel-, Prachturkunden-, Fahrkartensteuern usw. sind alle Erweiterungen des Verkehrs und damit der kapitalistischen Entwicklung; deshalb lehnen wir sie ab. Wohl aber können Steuern auf den Spekulations- und Gründergewinn und dem auf Umwandlung von Privatgesellschaften in Aktiengesellschaften in Erwägung gezogen werden, da hierbei große Werte entstehen, die sich der Einkommen- und Vermögenssteuer entziehen. Unser Freund Kerner in Oesterreich sieht eine notwendige Ergänzung unseres Steuerprogramms in den Ertragssteuern auf Grundbesitz, Gebäude, Leihkapitalien und Gewerbe.

Die Grundsteuer auf landwirtschaftlichen Ertrag wirkt nur dann nicht auf den Konsumenten der Bodenprodukte, wenn mehr Getreide auf den Markt kommt, als gebraucht wird. Die Konkurrenz verhindert die Abwälzung der Steuer. Solange wir in Preußen eine Überproduktion an Getreide hatten, waren die Agrarier die größten Feinde jeder Grundsteuer, der Adel protestierte, als Preußen in der höchsten Not die Grundsteuer erhöhen mußte. Als aber durch billige Dampfschiffverkehre Anfang der sechziger Jahre das preussische Getreide nach England ging, hörte der agrarische Widerstand gegen die Grundsteuer auf. Jetzt wird der Höchstpreis für Getreide (Weltmarktpreis für das Voll) für den Agrarier voll ausgenutzt. Sie mühten jede Grundsteuer wieder tragen und sind darum die Grundfeinde der Grundsteuer überhaupt.

Vassalle bekämpfte die Grundsteuer, weil sie in die Zeit der Abwälzungsumwälzung fiel. Wir haben heute keine Ursache dazu, zumal im Weltmarktpreis für das Voll sehr wenig Grundsteuer steckt, auch die Hauptexportländer für Getreide Amerika und Rußland, haben keine oder nur sehr niedrige Grundsteuer. Fürst Salm hat doch im Dezember erklärt, die Grundsteuer müsse beseitigt werden, sie komme einer Konfiskation seines Vermögens sehr nahe. Heute ist die Grundsteuer eine den Gemeinden zugewiesene Steuer auf das agrarische Grundkapital und sie geht und umföhere an, als wir in den Gemeinden öfter ausschlaggebender sind als im Staat. Sie hat aber sehr große Mängel und man muß selbstverständlich, wenn man sie kürzlich in Bayern die Wahl hat, der Einkommen- und Vermögenssteuer den Vorzug geben. Für eine gerechte Grundsteuer nach dem Verkaufs- und nicht nach dem Ertragswert haben wir einzutreten, obwohl wir in Vassalles Zeiten gegen sie hätten sein müssen. Vor einigen Jahren triffen wir in der Partei über den Ozean, nun aber wird die

Gebäudesteuer aufgehoben in einer Zeit der Wohnungsnot und der Uebermacht des Hauskapitals, dann ist sie ein Geschenk an die Hausbesitzer und der Konsument hat nichts davon. Mit Baupolitik und Gebäudesteuer treibt man überhaupt keine Wohnungspolitik, sondern nur durch Beeinflussung von Angebot und Nachfrage, durch gemeinnützige Einrichtungen und Bauten, Gerade diejenigen Parteien, deren Parteischiff träge dahingieht, benutzen die Steuerpolitik zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen z. B. die Gewerbesteuer zur mittelständlerischen Bekämpfung des Großkapitals, was aber den Rückgang des Kleinerverbes nicht hindert. Die Gewerbesteuer sind zu roh, um den Unterschied zwischen Betriebskapital und Einkommen fassen zu können. Deshalb lehnen wir sie ab.

Am März 1911 war aus einem Artikel des Handelsblatts des „Berliner Tageblatts“ zu erkennen, daß die Kapitalisten trotz allen Geschreis gegen Kapital- und Wertzuwachssteuer diese Steuern nicht fürchten, weil schließlich doch die Konsumenten ebenso wie bei der Warenhaussteuer die Lieferanten sie aufbringen müßten. Seit Vassalles Zeiten wird uns einig, daß die Verbrauchsabgabe unweigerlich vom Konsumenten getragen werden muß, weil er machtlos ist. Wo das nicht war, hat die moderne Gesetzgebung dafür gesorgt, daß durch die Begrenzung der Produktion die freie Konkurrenz der Produzenten ausgeschaltet wurde, so daß die gesamten Steuerlasten auf den Konsumenten abgewälzt wurden, wie z. B. die Branntweinsteuer. Vassalle schildert auch in seinem Arbeiterprogramm, warum die herrschenden Klassen Verbrauchssteuern so gern sehen, weil sie nämlich das Volk im Unklaren über die Höhe seiner Besteuerung lassen. Sagte doch Bismarck 1875 ausdrücklich, er wolle möglichst viel solcher indirekter Steuern, denn sie würden weniger gefühlt und es sei schwer zu berechnen, was der einzelne zu zahlen hat. Wir wissen aus der Praxis, daß selbst in Großstädten manchmal ungläubiges Staunen entsteht, wenn man den Leuten vorrechnet, wie jeder mit Steuern belastet ist und welche Summe das ausmacht. Weil sie nicht bar zahlen, glauben sie nicht daran. Einer sagte, man bezahle keinen Pfennig, denn er habe nie eine Steuerentlastung bekommen. (Heiterkeit.) Viele meinen, es sei wirtschaftlich und finanztechnisch nicht mehr möglich, neue indirekte Steuern zu bringen. Das ist nicht der Fall. Wenn es nicht möglich war, so nur deshalb, weil die Besteuerung abhängig ist von der politischen Macht. Mitunter sind Luxussteuern als letztes Mittel vorgeschlagen worden. Da halte ich es mit Vassalle, der sagte: Entweder sind Luxussteuern keine, d. h. sie treffen die anderen, oder sie sind es wirklich, dann bringen sie nichts. Die eine Luxussteuer, die wir haben, die Champagnersteuer, bringt ganze 10 bis 11 Millionen Mark. Will man den Luxus treffen, so treffe man ihn an der Quelle, am Einkommen und Vermögen. Das große Vermögen ist ein Luxus, das soll man treffen.

Eine neue Form von Steuern ist die der Staatsmonopole, bei denen der Staat den Preis der Waren bestimmen kann, also in verkappter Form Steuern erhebt. Glücklicherweise haben wir das beim Petroleummonopol verhindert. (Beifall.)

Neben dieser wirtschaftspolitischen Erwägungen bestehen für uns auch parteipolitische. Damit komme ich zu meiner Resolution. Es genügt nicht mehr für eine große Partei, daß sie nur sagt, wir wollen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Wir sind gezwungen, tagtäglich Stellung zu nehmen zu dem, was heute im kapitalistischen Staate an Steuern vorliegt. Punkt 10 des Erfurter Programms hat mit der Deckungsfrage nichts zu tun. Diese Auffassung hat mir Kautsky, der Vater des Programms, bestätigt. Ferner fordere ich, daß der Bedarf der Bundesstaaten durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken ist, also umgekehrt wie bisher. Dann komme ich zu dem springenden Punkt, bei dem ich hoffe, daß nicht allzu viele aus der Haut fahren. Man hat schon gegenüber meinen Ansichten Ausdrücke gebraucht von schwammig und verkommen bis zu revisionistisch. (Heiterkeit.) Ich erkläre: für die Bewilligung von Steuern ist nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck. Es ist eine kleine Richtung, die sagt: der Verwendungszweck geht mich nichts an, wenn die Steuer wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Aber da die Steuer ein politisches Kampfmittel ist, muß auch die politische Situation in Betracht gezogen werden. Wir sind vorläufig eine Partei der Minorität, was wir erreichen können, hängt ab von unserer politischen Macht. Wir würden nichts erreichen können, wenn uns eine einheitliche geschlossene Kapitalistenklasse gegenüber stehen würde. Aber sie ist wohl einseitlich in Bezug auf Schaffung des Mehrwertes auf Kosten der Arbeiter, aber zerrissen in Bezug auf die Verteilung des Mehrwerts. Ueberall zeigen sich da Gegensätze, die unsere Aufgabe ermöglichen. Wir müssen uns entscheiden zwischen dem größeren und kleineren Übel. Die Wege, die scheinbar neue sind, sind in Wirklichkeit ausgefahrene Gleise, wie die praktischen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts hier zeigen.

Zum erstenmal kamen wir in die Lage, dazu praktische Stellung zu nehmen in Bayern bei der Budgetabstimmung. Daher der bayerische Budgetstreit und die Münchener Resolution 1908. Der wohlüberlegte Beschluß lautete: Wir wollen zwar der gegenwärtigen Regierung kein Budget bewilligen, denn sie ist arbeiterfeindlich, aber wir wollen uns nicht ausschalten lassen, nicht einfach uns prügeln lassen, wo wir uns wehren können, sondern wir wollen, wenn die Wahl zwischen einem besseren und einem schlechteren Budget ist, dafür eintreten, daß das für die Arbeiter günstigere Budget angenommen wird. Denn wenn auch in dem günstigeren Budget die Arbeiterinteressen geschädigt werden, so fällt es nicht für uns die Verpflichtung, daß wir die Arbeiterinteressen noch mehr schädigen müssen, indem wir dafür sorgen, daß das schlechtere Budget angenommen wird. Wir waren zuerst nicht ganz darin einig, allmählich aber sind wir einig geworden. Gerade diese Resolution ist auch von linksstehenden Genossen gerühmt worden dafür, daß sie nicht lauschartig sei. Deswegen habe ich sie als vorbildlich beibehalten und gesagt: Was dem Budget recht ist, ist der Steuerfrage billig. (Kautsky ruft: Sehr richtig!)

Nun kam im Reichstago die Entscheidung über die Steuern. In der Wissenschaft sucht man neue Wege dadurch zu finden, daß man vom Bekannten zum Unbekannten übergeht. Das Bekannte war unsere Stellung zum Budget, das zu Ende unsere Stellung zur Steuerfrage. In meiner Resolution heißt es nun: In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bestmöglichen Vorlage nicht hindern und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.“ Also die Regel ist die Ablehnung, die Ausnahme ist die Zustimmung unter bestimmten Bedingungen. Wenn also die Militärvorlage angenommen ist, dann müssen wir für diejenige Steuer stimmen, die die Arbeiter nicht außerordentlich schädigen, auch noch mit der Steuerlast bedrückt. Andere Genossen sagen: „Rein, wir dürfen keinen

Pfennig Steuer für Zwecke des Klassenstaats bewilligen.“ Die Bourgeoisie wird immer imperialistischer, jede noch nicht geborene Militärvorlage wird von ihr angenommen. Was tun wir nun, nachdem die Militärvorlage angenommen worden ist? Wir bekämpfen den Militarismus durch Aufklärung und sagen: Geschicht mir ganz recht, warum lauft mir mein Vater keine Hand- schuhe nicht (Heiterkeit). Und sollen wir sagen: Nun guter Vater Staat und Reichheitspartei, nun seid so gut, nun wollen wir auch noch bezahlen. Das würden wir sagen, wenn Sie der Ueberzeugung wären, daß wir ohnmächtig am Boden liegen, daß die ganze Sozialdemokratie ein riesiger Humbug ist, die ganze gemerkschaftliche Bewegung eine leere Redensart, daß die Arbeiter sich alles gefallen lassen müssen.

In der „Gleichheit“ wird gesagt: „Auch wenn wir die direkten Steuern abgelehnt hätten, würde man doch nicht gewagt haben, neue indirekte Steuern zu bringen.“ In demselben Artikel heißt es aber weiter unten: „Die bewilligten direkten Steuern sind ein handiger Anreiz für den Kapitalismus, neue indirekte zu fordern.“ Was ist nun richtig? Diese Beweisführung findet sich auch in der „Leipziger Volkszeitung“ und ist A. V. gezeichnet. Selbst wenn ein solcher Anreiz vorhanden wäre, müssen wir dann, weil wir künftig einmal Prügel bekommen könnten, jetzt gleich den Prügel hinhalten, wenn direkte Steuern ohne unsere Zustimmung eine Mehrheit finden bei einer Vorlage, die wir bekämpfen und deren Zweck wir nicht billigen? Dann haben wir gegen diese Steuer zu stimmen, denn dann bewilligen wir durch die Zustimmung den Zweck. Darum bin ich gegen die Zustimmung zum Wehrbeitrag aufgetreten, während die Mehrheit der Fraktion sagte: Stimmen wir gegen den Wehrbeitrag, dann reichen sich Zentrum, Konservative und ein Teil der Nationalliberalen die Hände und sagen, nun haben wir die Sozialdemokratie rein hineingefügt, nun stimmen sie nicht für die direkten Steuern, nun sind sie schuld, wenn indirekte kommen! (Sehr gut!) Als die Mehrheit unserer Fraktion sich für diesen Standpunkt entschied, haben wir uns gefügt und sind für den Wehrbeitrag eingetreten.

Andero liegen die Dinge bei der Wehrsteuer. Dort war es sicher, daß, wenn wir gegen die Wehrsteuer stimmen würden, die andere mit Jubel diese Steuer fallen ließen und daß dann eine Mehrheit für indirekte Steuern gefunden würde. (Lebhafter Widerspruch bei den Genossen Emmel und Hoch.) Aber wie dem auch sei, es handelt sich bei meiner Resolution nur darum, zu zeigen, daß nicht eine Frage des Prinzips, wie wir uns in solchem Fall zu verhalten haben, sondern eine Frage tatsächlicher Erwägungen gegenüber der Steuer vorliegt. (Sehr richtig!)

Die Militärvorlage war angenommen, es handelte sich nur noch darum: Verbünden wir eine die Arbeiter belassende Steuer oder verhindern wir sie nicht. Wir sind in allen Parlamenten vorläufig doch noch keine Mehrheit, sondern eine Minorität, die in politischer Notwehr handelt und in der Notwehr erlaubt sogar das Strafgesetzbuch, von Mitteln Gebrauch zu machen, die man sonst nicht gebrauchen darf. Soll ich Ihnen die ganze Liste vorlesen, wie die deutsche Sozialdemokratie in der Notwehr gehandelt hat?

Beim Caprivischen Handelsvertrag waren wir bei der Frage: 5 oder 3 Mark Getreidezoll? Die Ausschlaggebenden, und obwohl wir nicht Anhänger irgendeines Getreidezolls waren, sind wir die Ketter der Handelsverträge gewesen, die zum Ruhen des Proletariats einen geringeren Zoll brachten. Ich will nicht im einzelnen ausführen, wie wir das Arbeiter- schutzgesetz nur dadurch bekommen haben, daß wir den Zwispalt zwischen mobilem und immobilem Kapital benutzten. Selbst eine der Unterzeichner der Gegenresolution, Geyer, hat in seiner Rede auf dem Leipziger Parteitag gesagt: „In dem Augenblick, wo wir eine große Last vom Volke abwägen können an indirekten Steuern, werden wir natürlich für direkte Steuern stimmen.“ (Heiterkeit und Beifall.) In der „Leipziger Volkszeitung“ sagt Kautsky, ich hätte mit meiner Resolution unsere Haltung vollständig abhänig gemacht von der jeweiligen Parlamentsmehrheit, und damit würden wir den marxistischen Boden verlassen. Zu meinem Trost lese ich in der „Kommunisten Praxis“ einen Artikel von Freund Krons. Er ist sehr unglücklich darüber, daß wir bei den Staatsabstimmungen unter Verhören abhängig machen von dem größeren oder kleineren Übel. Er hält es für unwürdig, daß unsere Stellungnahme zu einem Budget beschlossen wird im Praktikationszimmer der Konservativen. Also: der Marxist sagt, das ist nicht marxistisch, und der Revisionist sagt, es sei unwürdig, seine Haltung abhängig zu machen von den anderen. Am Himmel wollen, seit wann wird Krieg geführt, ohne daß man sich um das kümmert, was die Gegner tun! Wenn der Gegner ein Budget vorschlägt, das die Arbeiter schädigen muß, müssen wir es ablehnen. Und genau so ist es mit den Steuern. Es handelt sich darum: Sind wir in der Lage, zum Ruhen der Arbeiter zu wirken oder müssen wir barstehen wie dumme Jungen, die man austreten muß, weil sie nicht fähig sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. (Lebhaftige Zustimmung.)

Nach der Anschauung derer, die unsere Resolution bekämpfen, sind wir alle 110 — und Freund Ewald als 111, wird sicher gleichfalls dazu gehören — hartgesottene Verbrecher. Da erinnere ich Sie nur daran, daß wir am 14. Februar 1912 einen Antrag Kautsky eingereicht haben, wonach wir die bestehenden indirekten Steuern auf Streichhölzer, Petroleum usw. durch eine Reichseinkommensteuer ersetzen wollten. Liebe Freunde, was heißt denn das? Wenn Hundert des deutschen Reichsetats wird für militärische Zwecke verwendet, und wenn wir die indirekten Steuern durch direkte ersetzen wollen, so machen wir genau dasselbe, was wir jetzt tun. Wir sagen eben: der Verwendungszweck ist eine abgeschlossene Sache, an dem können wir nichts ändern. Andern können wir nur an der Art und Weise, wie die Kosten bezahlt werden. Und da ist es jedenfalls unsere Pflicht, die Kosten abzuwälzen auf die bestehenden Klassen. Von dieser Pflicht waren wir alle 110 durchdrungen und wir können Sie dann sagen, es komme auf den Verwendungszweck nicht an. Ja, da sind Sie human. (Heiterkeit.) Ich bin aber im Auftrage der Fraktion dazu gezwungen, nicht etwa weiter zu gehen auf neuen unbetretenen Wegen, sondern die Konsequenzen dieses Verhaltens zu ziehen. Wenn wir nach dem Antrag Albrecht bestehende indirekte Steuern durch direkte ersetzen wollen, dann können wir ebenso gut solche, die noch nicht da sind, aber sicher kommen werden, durch direkte ersetzen. (Sehr richtig!) Oder hole ich den Arzt erst dann, wenn der Kranke tot ist? Versuche ich nicht vielmehr, den Kranken zu heilen, bevor er gestorben ist? (Sehr gut! Lachen.) Was weiß nicht, was Sie an dieser Logik auszufragen haben. (Ausruf: Seid deutlicher! Ist das!) Die gesamte politische und wirtschaftliche Situation ist entscheidend für uns. Nicht was wir zu fordern und zu wünschen haben, haben wir in unserem Programm festgelegt, sondern was wir durchsetzen können.

Deshalb muß ich mich ganz entschieden gegen die gegenwärtige Resolution 114 wenden. Sag 1 darin hat jeden Sinn verloren, wenn er sich auf die Steuerdebatte bezieht. Er sagt nicht einen Funken darüber, was mit dem Reichtum, den die Arbeiter schaffen,

geschieht. Wir haben darum zu kämpfen, daß ihnen nicht von dem, was ihnen geblieben ist, noch mehr genommen wird. Deshalb ist es ganz überflüssig oder sinnverwirrend, weil er sagen will: „Gleich, wie die Steuern sind, Arbeiter, Ihr seid ohnmächtig. Ihr müßt sie doch bezahlen.“ Dazu steht dann der 2. bis 4. Absatz in vollständigem Widerspruch. Denn wenn wir eben ohnmächtig sind, werden wir auch nichts durch die Abschaffung der Verbrauchssteuern ändern. Dann dürfen wir auch das Erzurter Programm nicht mehr aufrechterhalten, wo es heißt, daß wir statt indirekter direkter Steuern haben wollen. Also diese Resolution ist voller Widerspruch. Sie gibt nicht den geringsten Anhalt dafür, wie wir uns in der entscheidenden Situation zu verhalten haben, weil sie den Verwendungszweck durcheinanderwirft, der nicht in unserer Macht steht, mit der Verteilung der Steuerlast, über die wir zu entscheiden haben, nämlich zugunsten oder zuungunsten der Arbeiterklasse.

Nach dem vom Antrag Hoch ab, der eine Vortänderung bringt, weil ich einfach unfähig bin, einen Unterschied zu entdecken, zwischen dem was er will und dem, was meine Resolution will. Dagegen will ein Eventualantrag, daß meine Resolution gestrichen werden soll vom dritten Absatz bis zum Schluß. Er will also den vierten Absatz streichen, wonach wir den Ertrag indirekter durch direkte Steuern zu fordern haben. Damit will er also, daß unser Antrag Albrecht und Genossen vom Jahre 1912 wieder zurückgezogen wird. Das haben die Herren im Eifer des Gefechts übersehen. Ich gratuliere zu einer solchen Resolutionsfabrikation. (Sehr richtig!)

Nun wird mir entgegengehalten, werden, die Veitstube und meine Resolution seien zu spät veröffentlicht worden, man habe keine Zeit gehabt, das gründlich durchzudenken und daher sei es besser, wir machten jetzt gar nichts. Ich warne Sie davor. Das könnte von denen, die wirklich andere Wege wandeln, als wir bisher gewandelt sind, ausgenutzt werden, indem sie sagen: Der Parteitag hat uns freien Spielraum gelassen, er hat erklärt, man könne keine Resolutionen fassen und jeder könne machen, was er will. Der Zweck meiner Resolution ist, zu zeigen, daß wir uns in der Steuerfrage genau so verhalten haben, wie die Sozialdemokratie sich von jeher verhalten hat, daß wir absolut keine neuen, sondern die alten Wege wandeln wollen, die dahin gehen, alles zu tun, was die Arbeiterklasse vor Ausbeutung schützt. Wie wir das auf wirtschaftlichem und sozialreformarischem Gebiet und im Kampf gegen den Militarismus tun, so auch auf dem Gebiet der Steuerfrage.

Wenn die Arbeiterklasse auch durch weniger Steuern sicher vom Joch des Kapitalismus nicht befreit wird, so spielt es im Leben der Arbeiter doch eine große Rolle, ob sie mehr oder weniger Steuern zu zahlen haben. Wir alle, die wir wissen, daß die Kämpfe der Zukunft nur gekämpft werden können durch eine tatkräftige, lebenskräftige Arbeiterklasse, haben alles zu tun, was die Arbeiterklasse schützt gegenüber der Ausbeutung. Daher haben wir, wenn es nicht anders möglich ist, das kleinere Übel zu wählen, damit die Arbeiter vor dem größeren Übel, vor der Vereindung geschützt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Resolution anzunehmen. (Langanhaltender fürchterlicher Beifall.)

Vorsitzender Oberst schlägt vor, das zweite Referat morgen früh entgegenzunehmen und heute noch den bei Beginn der Sitzung zurückgestellten Antrag Dr. Rosenfeld (den Fall Kadel an die Besonderekommission zu verweisen) zu erledigen, über den im Laufe des Nachmittags Verhandlungen stattgefunden hätten.

Müller-Berlin empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Alle den Fall Kadel betreffenden Anträge werden der Besonderekommission überwiesen, die dann dem Parteitag zu berichten hat.

Der Parteitag vertagt sich auf Freitag vormittag 9 Uhr.

Geburtenrückgang und Säuglingschutz.

(Telegraphischer Bericht.)

Breslau, 18. September 1913.

Der 4. Deutsche Kongress für Säuglingschutz in Verbindung mit der Mitgliederversammlung der Deutschen Vereinigung für Säuglingschutz ist am heutigen Donnerstag in Breslau unter Beteiligung von mehreren hundert Männern und Frauen aus allen Ständen zusammengetreten. Den Vorsitz führt Kammerherr v. Behr-Pinnow. Zur Begrüßung nimmt u. a. Oberbürgermeister Dr. Rating (Breslau) das Wort. Er schilderte, was Breslau auf dem Gebiete des Säuglingschutzes getan hat. Es hat ein Säuglingsheim errichtet. Es müsse auf diesem Gebiete etwas geschehen, denn infolge Unkenntnis würde in den Familien noch unendlich viel an den Säuglingen gesündigt. Am schwierigsten sei es, den Schutz für den unehelichen Säugling durchzusetzen, denn es gebe noch viele Kreise, die in der Unterstützung einer unehelichen Mutter oder eines unehelichen Kindes etwas Unfittliches sehen und die den Schutz nur mit großmütiger Güte dulden, weil man eben heutzutage in der Zeit des Geburtenrückganges auch die unehelichen Kinder unbedingt braucht. Der Säugling erfordere unendliche Mühe, Geduld und Geld. (Zustimmung.) Kommerzienrat Kohns wies auf das Interesse der Industrie an der Erhaltung einer gesunden Volkstiftung hin.

Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Geburtenrückgang und Säuglingschutz. Der erste Referent Prof. Dr. Julius Wolf war am Erscheinen verhindert, hatte aber sein Referat eingeschickt, das verlesen wurde. In dem Referat wird ausgeführt, daß seit den sechziger Jahren in Deutschland die Geburtenziffer ständig zurückgeht. Eine Regulierung der Geburten war zunächst nur den oberen Schichten vorbehalten. Aber diese Erscheinung hat immer weitere Schichten ergriffen, und heute sind es auch die Arbeiter, die vielfach die Regulierung der Geburten zum Gesetz der Ehe machen. Daß in dieser Beziehung ein Stillstand eintreten wird, ist mindestens als zweifelhaft zu bezeichnen. Für die oberen Klassen besteht bereits das Zweifelhinstem, und es ist durchaus wahrscheinlich, daß diese Gemohnheit sich auch auf die unteren Schichten ausdehnen wird. Eine Verminderung der Kinderzahl ist heutzutage für den Privathaushalt und für die Person der Frau zweifellos mit vielen Vorteilen verbunden. Eine ungünstige wirtschaftliche Konjunktur verschärft noch die Tendenz der Geburtenverminderung und eine darauffolgende günstige Konjunktur mildert diese Tendenz kaum. Allerdings gilt das nur für die Städte. Für das Land gilt ein anderes Gesetz. Dort können Kinder, zumal in einer Zeit der Arbeiternot, Kapital sein. Eine langsame Umkehr in der gegenwärtigen Entwicklung liegt in dem natürlichen Interesse der Nation. Rußlands Bevölkerungsvorprung vor Deutschland beträgt heute bereits 100 Millionen und wird im Laufe der Jahre auf 200 Millionen wachsen. Es ist nur ein Gebot nationaler Selbsterhaltung, wenn wir langsam den Rückgang der Geburtenziffer einzudämmen suchen. Eine ganze Reihe von Mitteln stehen uns dazu zur Verfügung. Man sollte kinderreichen Familien Bevorzugungen im Gehalt und bei der Steuer geben, man sollte dafür sorgen, daß die Kinder, welche bereits geboren sind, auch am Leben bleiben durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Säuglings- und Kinderschutzes und schließlich sollte man die Hindernisse aus dem Wege räumen, die heute den Eltern Veranlassung zur Einschränkung der Geburten geben. Alle diese Maßnahmen werden keineswegs den Geburtenrückgang abschaffen, aber sie werden ihn doch eindämmen. Eine solche Eindämmung ist nicht nur national erwünscht, sondern auch sozial kaum anfechtbar. Wir beziehen alljährlich Hunderttausende von Arbeitern aus dem Auslande, ein Beweis für die Tatsache, daß in Deutschland im allgemeinen es nicht an Arbeit, wohl aber an Arbeitern fehlt. Aller Voraussicht nach wird sich der Arbeitermangel, wenn das jetzt in viel geringerer Zahl geborene Geschlecht groß geworden ist, noch größer werden. Eine Qualitätsverschlechterung der Geborenen mit der Durchführung einer Eindämmung des Geburtenrückganges ist nicht

wahrscheinlich. Wir sind im Begriff, ein neues Jena zu erleben, wenn nichts geschieht. (Beifall.)

Als zweiter Referent erörterte Prof. Dr. Langstein, der Direktor des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Berlin, das Problem vom Standpunkt des Mediziners. Dafür, daß der Geburtenrückgang durch Rassen degeneration, Geschlechtskrankheiten oder Alkoholismus hervorgerufen sei, läßt sich sicheres Material nicht beibringen. Die Geburtenverminderung ist im wesentlichen auf die gewollte Beschränkung der Kinderzahl zurückzuführen. Die Bekämpfung des Geburtenrückganges muß daher auf dieser Erkenntnis sich aufbauen und wird daher, wenn überhaupt, nur durch wirtschaftliche Maßnahmen zu erreichen sein. Die Voraussetzungen für einen vollen Erfolg des Mutter- und Säuglingschutzes sind gegeben. Es läßt sich nachweisen, daß die höhere Gefährdung des Kindes in kinderreichen Familien keine Naturnotwendigkeit ist, und die Erfolge der Säuglingsfürsorge lassen sich zahlenmäßig feststellen. Darauf, daß mit höherer Geburtenzahl auch eine höhere Gefährdung des Kindes in einer Familie vorhanden zu sein scheint, weisen statistische Erhebungen in den verschiedensten Bevölkerungsschichten hin. Warum ist das der Fall? Ist diese erhöhte Sterblichkeit eine Notwendigkeit? Kommen die Kinder so minderwertig auf die Welt, daß sie überhaupt nicht lebensfähig sind? Grundlegende statistische Untersuchungen und die genaue Analyse des Schicksals der Kinder aus kinderreichen Familien durch Säuglingsfürsorge-ärzte geben darauf die Antwort, daß Kinderreichtum nur in den seltensten Fällen den Tod bedingen muß, daß bei weitem mehr als von der Zahl der Kinder ihre Sterblichkeit von der Art ihrer Pflege und Ernährung abhängt. Eine Erhebung hat gezeigt, daß in Familien, in denen alle Kinder mindestens 30 Wochen gestillt wurden, kaum ein Unterschied in der Sterblichkeit der Kinder zwischen den Familien mit kleinerer und denen mit größerer Kinderzahl besteht. Der Angelpunkt der ganzen Frage ist also die Ernährung. Die Brustnahrung kann auch die Folgen sozial ungünstiger Stellung überwinden. Das Stillen ist in erster Linie das Mittel zur Erzielung eines kräftigen Nachwuchses. Diese Tatsache, daß die Brustnahrung auch eine große Kinderzahl gesund und lebenskräftig zu erhalten vermag, stellt uns vor die Aufgabe, mit allen Mitteln der Säuglingsfürsorge den Weg zur natürlichen Ernährung zurückzuführen. Die Erfahrungen der Ärzte bezeichnen die Gefährdung des einzigen Kindes und die Gefahren und schweren Schäden des Zweikindersystems. Einziges Kind sein, bedeutet fast immer schon Krankheit an und für sich. In einer Bevölkerungsklasse, die das Einkindersystem bevorzugt, muß eine Verschlechterung der Rasse eintreten. Demgegenüber sei auf die in der Statistik zum Ausdruck kommende günstige Stellung des drittgeborenen Kindes hingewiesen. Die Anschauung, daß in Ländern mit hoher Säuglingssterblichkeit die Müttertauglichkeit eine bessere und die Tuberkulose weniger häufig sei, ist widerlegt. Dank den Vorschriften der Kinderheilkunde stehen wir auch der schlechten körperlichen Konstitution der Kinder keineswegs mehr so machtlos gegenüber wie früher. Durch eine individualisierende Ernährung und Pflege, durch gezielte Fürsorge können wir aus konstitutionell minderwertigen Säuglingen leistungsfähige Individuen heranzubilden.

Daß die Säuglingsfürsorge tatsächlich bereits Erfolge aufzuweisen hat, läßt sich heute schon beweisen. Angesichts der drohenden Gefahr aber muß die Säuglingsfürsorgebewegung verstärkt und nach einheitlichen Gesichtspunkten organisiert werden. Ferner brauchen wir eine Mutterschaftsversicherung großen Stils. (Beifall.)

In der Debatte verlangte Stadtrat Rosenfeld-Königsberg, daß Kinderzulagen nicht nur für Arbeiter, was jetzt schon gefordert, sondern auch für Beamten gegeben werden. — Frau Wegener-Breslau wies auf die Ungerechtigkeit hin, die darin liege, daß man bei dem verheirateten Mann das Einkommen von Mann und Frau zusammenziehe, wodurch in sehr vielen Fällen eine höhere Steuerstufe erreicht werde. Weiter wies sie auf das Elend der Beamtinnen hin, als einer bedenklichen Erscheinung. Schließlich betonte die Referent die Notwendigkeit eines Schutzes der schwangeren Frau vor Mißhandlung. — Geh. Medizinalrat Krohne-Berlin verteidigte die preussische Regierung gegen den Vorwurf, daß sie nichts tue. Freilich kann die Regierung heute noch keine positiven Maßnahmen vorschlagen, da die Materie sich noch im Stadium der Ermittlungen befindet.

Das zweite Thema des Kongresses lautete:

Die Stellung der Ärzte in der Säuglingsfürsorge.

Hierzu sprach als erster Redner Oberpräsident Dr. Dreyer-Ragdeburg: Daß es, wenn auch spät, doch endlich zum Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit in Deutschland gekommen ist, verdanken wir in erster Linie Ihnen und der medizinischen Wissenschaft im Bunde mit Nationalökonomie, Soziologie und Statistik, welche die entgegenstehenden mächtigen Hindernisse: Unwissenheit, Gleichgültigkeit, Jertum und Vorurteil, überwinden mußten. Nun heißt es: Sammlung und Formierung aller mitarbeitenden Kräfte, Schaffung eines Netzes von Arbeitsstätten über ganz Deutschland, wo es noch fehlt! Die äußere Organisation muß sich über ganz Deutschland erstrecken; die Reichszentrale ist in der Deutschen Vereinigung für Säuglingschutz gegeben. In den Bundesstaaten sind die Landeszentralen zum Teil vorhanden. Der Schwerpunkt der Mitarbeit der Ärzte liegt in der täglichen Fürsorgearbeit an Müttern und Kindern. In erster Reihe steht hier die dauernde und praktische Stillpropaganda der berufstätigen Ärzte. Die „Renaissance des Stillens“ ist das A und O aller Säuglingsfürsorge. Diese wichtigste Mitarbeit kostet dem Arzt keine besondere Zeit und Mühe, sie wird gelegentlich geleistet und hat nur seine eigene Ehre, durch keine noch so glänzende Reklame für künstliche Nahrungsmittel zu erschütternde Ueberzeugung von der Überlegenheit der natürlichen Ernährung zur Voraussetzung. Von nicht geringerer Bedeutung ist zugleich der dauernde Einfluß der Ärzte auf die Hebammen, die treifliche Mitarbeiterinnen der Stillpropaganda sein können. Sehr wichtig ist ferner die praktische Verwertung der Kenntnis und Erfahrung der Ärzte über das für die Kindererziehung so verhängnisvolle Wohnen der armeren Bevölkerung, sowie ferner ihre berufliche Verührung mit dem Kalkül der Waisenfürsorge. In dieser Art von Mitarbeit ist nicht einmal das besonders gefährdete soziale Bewußtsein oder Gefühl jedes Arztes nötig; es genügt die Erkenntnis der gesundheitlichen Notwendigkeit und die Benutzung der gebotenen Hilfsgelegenheit. Wo es sich aber um besondere Leistungen und Opfer des Arztes für die Säuglingspflege handelt, da muß er allerdings grundsätzlich angemessen honoriert werden, und dieser Grundgedanke muß in allen Organisationen anerkannt und festgelegt werden; denn es geht nicht an, die ärztliche Arbeit zu allerhand wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken unentgeltlich zu beanspruchen.

Als zweiter Referent betonte Professor Salge-Strasbourg ebenfalls dringlich die Notwendigkeit der Mitarbeit der Ärzte an der Säuglingsfürsorge. Aber die Ärzte sind hierfür heute nicht genügend ausgebildet; sie kennen die Physiologie und Pathologie des Kindes und besonders des Säuglings nicht. An einer Reihe von Unübersichtlichkeiten findet überhaupt kein ernst zu nehmender Unterricht in der Kinderheilkunde statt. Ebenso viel läßt die Ausbildung in der sozialen Medizin zu wünschen übrig. Deshalb ist zu fordern ein Ausbau des ärztlichen Studiums in der Kinderheilkunde.

In der Diskussion besprach Landrat Kadebacher-Gestemünde die Notwendigkeit der Mitwirkung der Hebammen namentlich auf dem Lande, wo ja meist zu Geburten ein Arzt nicht zugezogen würde. Er machte ferner auf eine Bestimmung der Reichsversicherungsordnung aufmerksam, wonach Wöchnerinnen Stillprämissen in Höhe eines halben Krankengeldes erhalten können. Diese Bestimmung habe er in seinem Kreise durchgeführt und das habe zu einer Verminderung der Säuglingssterblichkeit beigetragen. Morgen gehen die Verhandlungen weiter.

Soziales.

Die Keuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt einen Auszug aus dem Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, der dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt vorliegen wird.

Der aus fünfzehn Paragraphen bestehende Entwurf bestimmt im wesentlichen: Schließen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im allgemeinen an ersten Weihnachts-, Ojter- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen wie folgt beschäftigt werden: In den offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis zu drei Stunden zulässig. Die höheren Verwaltungsbehörden können für Orte, an denen die Bevölkerung aus der weiteren Umgebung an Sonn- und Festtagen die offenen Verkaufsstellen aufzusuchen genötigt ist, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband können durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbebezüge auf kürzere Zeit einschränken oder ganz untersagen. Die Polizeibehörde kann alljährlich für höchstens sechs Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen weiteren Geschäftsbetrieb erforderlich machen, in offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zulassen. — In den Kontoren und den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handels und Gewerbes kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch statutarische Bestimmung die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zur Dauer von zwei Stunden zulassen. Diese letztere Bestimmung gilt auch für die Angestellten der Speditionen, der Versicherungsunternehmer, der Versicherungsagenten und Makler, Annoncenexpeditionen, Stellenvermittler, Auskunftsstellen, Sparkassen und Konsumvereine. In Betrieben des Handelsgewerbes, die am Sabbath und an jüdischen Feiertagen gänzlich ruhen, dürfen Angestellte jüdischen Glaubens an Sonn- und Festtagen bis zur Dauer von fünf Stunden mit der Maßgabe beschäftigt werden, daß die Geschäftsräume für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben. — Weiterhin werden dann Ausnahmen festgesetzt für Arbeiter, die im Notfall oder im öffentlichen Interesse, für gesetzlich vorgeschriebene Inventuren, zur Verhütung des Verderbens für Rohstoffe oder zur Verhinderung des Wirtschens von Arbeitszeugnissen vorgenommen werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann auch für solche Gewerbebezüge, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder auf diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen von den Vorschriften über Beschäftigung in den offenen Verkaufsstellen, in Kontoren und in den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes zulassen. Endlich wird noch bestimmt, daß die Vorschriften einer weitgehenden Beschränkung des Gewerbebetriebes an Sonn- und Festtagen durch Landesgesetz oder landesrechtliche Verordnung nicht entgegenstehen. — Mit Geldstrafe bis zu 600 M. eventuell Haft wird jede Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften bestraft. — Auf den Verkauf von Arzneimitteln und Gegenständen der Krankenpflege in Apotheken und den von Speisen, Getränken und Genussmitteln in Gast- und Schankwirtschaften zum Genuß auf der Stelle, auf Musikaufführungen und Schauspielen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten sowie auf das Verkehrsgewerbe findet dieses Gesetz keine Anwendung.

Zusammenschluß der preussischen Arbeitsnachweisverbände.

Die preussischen Arbeitsnachweisverbände haben zu der Frage der Begründung eines preussischen Gesamtarbeitsnachweisverbandes Stellung genommen und eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Statuts beauftragt. Die Kommission, die unter Vorsitz des Landrats Dr. Freund, Vorsitzender des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise, hat sich einstimmig auf einen Statutenentwurf geeinigt. Es erscheint danach die Begründung eines preussischen Gesamtarbeitsnachweisverbandes gesichert. Hauptzweck des neuen Gesamtarbeitsverbandes soll die Förderung des Arbeitsnachweises im Königreich Preußen sein, ohne die Wirksamkeit des seit langen Jahren bestehenden Verbandes deutscher Arbeitsnachweise zu beeinträchtigen.

Urlaub und Entlassung. Vor dem Gewerbegericht lagte gestern Fräulein Adamsch gegen die Firma Rache Frères wegen kündigungloser Entlassung. Die Klägerin hatte vom 24. Juli bis 3. August Urlaub, wünschte aber einen Nachurlaub bis 10. August, und trat deswegen an den Geschäftsführer Hermann heran, der, obwohl er es jetzt bestritt, einverstanden gewesen sei, unter der Bedingung, daß die Klägerin eine zuverlässige Vertretung stelle. Fräulein Adamsch wiederum wollte nur dann den Urlaub verlängert haben, wenn die Witterung günstig ist. Das war nun der Fall. Rechtzeitig setzte sie die Firma und auch ihre Vertreterin in Kenntnis. Letztere kam auch am 4. August anstelle der Klägerin ins Geschäft. Die Firma hatte dagegen nichts eingewendet und erst vier Tage später sagte man ihr, „aus bestimmten Gründen“ würde sie ihr Gehalt von der Firma erhalten und nicht von der Klägerin. Das tat man, wie aus der Verhandlung deutlich wurde, um aus dem angeblich unberechtigten Fernbleiben der Klägerin einen Entlassungsgrund herleiten zu können. Jetzt behauptet nun auch der Geschäftsführer, von einem Einverständnis mit dem Nachurlaub könne keine Rede sein.

Das Gericht, unter Vorsitz des Magistrats Schulz, beurteilte die Firma mit Recht zur Zahlung des geforderten Monatsgehältes in Höhe von 60 M. mit dem Hinweis, daß in der widerspruchlosen Annahme der Vertreterin der Klägerin ein Einverständnis mit dem Nachurlaub zu erblicken war. Die sofortige Entlassung erfolgte demnach zu Unrecht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet S i n d e n s t r a ß e 69, vorn vier Treppen — S t e t s t u b l i —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

6. 87. Bismar wurde im Weltkrieglichen Frieden 1648 an Schweden abgetreten. Im Vertrage von Rains 1803 für 1 250 000 Reichstaler an Preußen-Schweden verpfändet unter der Bedingung, daß Schweden es nach hundert Jahren gegen Rückzahlung dieser Summe nebst 3 Prozent jährlicher Zinsen wieder zurücknehmen könne. Schweden verzichtete 1903 alljährlich auf seine Ansprüche.

6. 88. 100. Der Anspruch verjährt in 30 Jahren, falls Sie Rückzahlung fordern, müssen Sie mit einmonatiger Frist auskündigen. —

6. 89. 18. Durch entsprechende Eintragung bei Anlegung des Grundbuchs und durch Testament. — 6. 90. 39. Ihre Tochter kann nur für die vereinbarte Zeit den abgemachten Lohn beanspruchen. Eine Klage ist beim Gewerbegericht zu erheben. — 6. 91. 164. Rein. — 6. 92. 21. Es hätten alsdann sämtliche Kinder Anspruch auf das Erbe. — 6. 93. 99. Ja, ein Versuch ist angebracht. — 6. 94. 10. Eine Klage auf Herausgabe der Sachen ist ausgeschlossen. Zuständig ist das Amtsgericht Osnabrück. Die Adresse des Bezirksrichters erfahren Sie im Bureau des 4. Reichstagswahlkreises, Stralauer Platz 10/11. — 6. 95. 117. 1. Rein. 2. In der Regel ja und zwar die zur gelobtesten Wirtschaftsführung erforderlichen Sachen. 3. Die Frau kann den Ehemann der Verzeihung mit Aussicht auf Erfolg machen. — 1111. Derartige Sachen registrieren wir nicht. — 3. 3. 50. Sofern Ehevertrag seitens der Frau gestellt ist, kann Verzeihung erfolgen. — 6. 99. Der Junge muß auch die Progen beanfordern. — 6. 100. 44. Die Rechtsforderung von 1 M. wäre nur dann begründet, wenn ein Zahlungsversprechen gemacht ist. Verlangen Sie bei der Steuerbehörde Auskunft. — 6. 101. 10. Wenn der Ehemann den Nachweis erbracht, daß er seiner Frau in der gesetzlichen Vermögenssicherheit nicht begünstigt hat, so würde das Kind für unehelich erklärt werden können und Sie hätten die Alimentationspflicht. 2. Eine Verzeihung kann nur erfolgen, wenn aus dem genannten Anlaß die Ehe geschlossen ist und der Mann innerhalb 3 Monaten, von der Rechtskraft des Scheidungsurteils ab gerechnet, Eheantrag stellt. — 6. 102. 13. 1. Nur dann, wenn Sie einen weiteren Spiegel besitzen. Beweiser bei dem Vollstreckungsgericht (Amtsgericht). — 6. 103. 125. An das Amtsgericht in D. — 6. 104. 30. 150 M. bei Beschäftigung kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. — Wirksam, bei Bismar verlangen das von Ihrem Hauptverpflichteten. Die Frage wird demnach erstmals reichsrechtlich geregelt werden. — 6. 105

Theater.

Freitag, 19. September 1913.

Kgl. Opernhaus, Königsplatz. Kgl. Schauspielhaus, Schwanenweg.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.

Deutsches Schauspielhaus. Abends 8 Uhr: Sieben tolle Tage. Residenz-Theater. Im Ehekäfig.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreise: Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.

Passage-Panoptikum. Der Mann mit der eisernen Faust. Alles ohne Extra-Entree!

Metropol Theater. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Schiller-Theater O. Cyrano von Bergerac. Freiwild.

Metropol-Bar. Rendezvous der vornehmen Lebewelt. 2 Kapellen.

Neue Welt. Hasenheide 108/114. Freitag, den 19. September: Operetten-Gaßspiel.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Sonntag nachm. 3 Uhr: Familien-Vorstg.

Concordia-Festsäle. Inh.: M. Wendt & A. Schütze. 64 Andreasstr. 64. Jeden Sonntag: Militär-Streichkonzert.

Zirkus Alb. Schumann. Heute Freitag, den 19. Septbr., abds. 7 1/2 Uhr: Wiederholung des Rieseneröffnungs-Programms!

Trianon-Theater. Untreu. Täglich abends 8 Uhr: Vorher: Der abgerissene Glockenzug.

Casino-Theater. Lotte in der Str. 37. Täglich 8 Uhr. Einz. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballetten.

Berliner Humor-Quartett. W. Wutzky. Oderberger Str. 36.

Die CINES Theater. Heute in allen vier Theatern Premiere. CINES Apollo-Theater, CINES Nollendorf-Theater, CINES Palast am Zoo.

„Clou“ Berliner Konzerthaus. Grobes Doppel-Konzert! Berliner Konzerthaus-Orchester! Leitung: Komponist Frz. v. Blon.

Brauerei Friedrichshain. Blüthner-Orchester (60 Künstler) und des Männerchors Fichte-Georgina 1879.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 19. September, abends 8 Uhr: R. Weise's dreifache Bären zeigen eine Arbeit, wie sie bisher niemals auch nur annähernd in gleicher Weise vorgeführt worden ist.

Folies Caprice. Ritter Baldrian. Das Adoptivkind. Die Mißgeburt.

Voigt-Theater. Wohltäter der Menschheit. Schauspiel in 3 Akten v. Felix Vallardi.

City-Park. 50 Schaugeschäfte 50 Hörs Gr. Hippodrom-Noblesse und 10 Attraktionen.

Vereinigte Berliner Volksbühnen. Lützen-Theater. Die Allwörden.

Wahlkreise. Zentrum: Albert Dahnisch, Räderstr. 174, am Koppenplatz.

Wedding: J. Hönisch, Wälderstr. 64. Rosenfelder und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast.

Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Berimann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.

Tegel, Hirsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast.

Teltow: Wilhelm Donaw, Zeltow, Berliner Str. 16. Tempelhof: Joh. Krohn, Dorffstr. 62.

Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Heutchen, Miersdorfer Str. 14. Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Wollt scheuern Ihr sauber u. feste, nehmt Blendax denn das ist das Beste! Packete zu 10, 15 u. 20 Pfennig.

Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aannahme.

Reichel's Wanzen-Schwaben-Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle. Reichel's Spezialpulver „Poudre Martial“.

Todes-Anzeigen

Am 15. September verstarb plötzlich unser langjähriger Mitarbeiter, der Buchdruck- u. Hilfsarbeiter **2106**

Otto Iden

im Alter von 37 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt. Das Personal der Buchdruckerei **H. E. Hermann.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 3. Berl. Reichstagswahlkreis. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Otto Iden

Bezirk 151, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. **208/18** Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Buch- und Stein-druckerei - Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Am 15. September verstarb plötzlich unser Mitglied

Otto Iden

im Alter von 36 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 20. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Städtischen Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt. **28/10** Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am 17. September, vormittags 9 Uhr, nach längerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Restaurateur

Paul Thielmann

im 37. Lebensjahre. Dies zehnter Schmerztod an **Anna Thielmann geb. Fechner** nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der St. Hedwigs- und Vinz-Gemeinde in Berlin-Coblenzstraße, Berliner Straße 31/32, aus statt. **93a**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berlin. Reichstagswahlkreis Landberger Viertel. Bezirk 309 I.

Paul Thielmann

Landberger Viertel 44 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Vinz-Kirchhofes in Coblenz-Schönhaufen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Arbeiter-Athletenbund Deutschl. 4. Kreis.

Hans Borsdorf

(Verein „Hand in Hand“). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. M., um 3 Uhr, auf dem Luisen-Kirchhof, Westend, Hertenbrunner Weg, statt. **Der Vorstand.**

Ringsportverein Hand in Hand Moabit 06.

Hans Borsdorf.

Die Beerdigung findet Freitag, den 19. d. M., auf dem Luisen-Kirchhof, Westend, Hertenbrunner Weg, statt. **Der Vorstand.**

Dankfagung.

Sagen hiermit allen Bekannten und Kollegen für die Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Vannes, unseres guten Vaters **872**

Karl Haase

unseren besten Dank. Witwe Ernestine Haase und Söhne. **Beantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutlin.** Für den

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. Bezirk 195 I.

Gustav Burke

Obdilliger Str. 70, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Gustav Burke

Obdilliger Str. 70, im Alter von 45 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Reutlin, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer

Albert Münster

Gubener Str. 15, im Alter von 57 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Freitag, den 19. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein Niederbarnim. Bezirk Lichtenberg (Gruppe 54).

Hermann Morr

Reue Bahnhöfstr. 28 im Alter von 63 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Lichtstraße aus statt. Rege Beteiligung erwartet **Die Bezirksleitung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Lichtenberg.

Hermann Morr

Den Kollegen die trauernde Nachricht, daß unser Mitglied im 63. Lebensjahre verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nützenberger Gemeinde-Friedhofes, Aummelburger Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Gottlieb Kienitz

welcher im häßlichen Steindepot Treptow beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Reutlin, Hermannstraße aus statt. **25/8** Die Ortsverwaltung.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.

Otto Koppisch

nach langen, schweren Leiden an der Prostatalektomie verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** **44/5** Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Ablebens meiner lieben Frau, unserer guten Tochter, Schwester, Schwägerin und tante

Wilhelmine Kaczorowski

geb. **Anders** sagen wir allen Freunden, Genossen und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Um Namen der Hinterbliebenen **Wilhelm Kaczorowski.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Emil Vogt

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Emil Vogt** Gohthofstr. 4, am 16. d. M. an Daisleiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes, Reutlin, Hermannstraße, aus statt. Ferner starb unser Mitglied, der Maschinenflößer

Paul Wagner.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Ober-Schönweide, aus statt. **Ehre ihrem Andenken!** Rege Beteiligung erwartet **126/6** Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Julius Szukys

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter am 15. d. M. im Alter von 48 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Simon-Friedhofes, Weiz, Rudower Straße, aus statt. **68/4** Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Franzosen bei der Beerdigung meines lieben Vannes und Bruders

Paul Menzel

sagen wir allen, insbesondere dem Verband der Steinseher u. Plasterer Deutschlands, unseren innigsten Dank. **Ww. Auguste Menzel. R. Böttner.**

Danksagung. Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vannes **Adolf Tipke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma **Qahn**, dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Genossen des **Wahlvereins** und der **Christenkirche** zu Reutlin bei meinen herzlichsten Dank. **200/6** Im Namen der Hinterbliebenen **Fr. Auguste Wintler.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung des Genossen

H. v. Rein

sagen wir unseren herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen. **93/4**

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands Verwaltungsstelle Berlin.

Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter

Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr: bei **Freis Wille, Sedastianstr. 39.** Tagesordnung: 1. Kasbericht vom 2. Quartal 1913. 2. Verbandsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet **51/8** **Der Vorstand.**

Goldgeist!

mit Brot vermischt radikal Kademachers Goldgeist, gep. gesch. Nr. 75198. Geruch u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, befreit d. Haarwuchs, verhilft, Taugend v. Parasiten. - Wichtig für Sobalinder, Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 650 u. 100 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen: **Verkaufsstelle: Fritz Kratz, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 119. Engrosniederlage: A. Neumann, W. 57, Potsdamer Str. 65.**

Möbel-Cohn

1. Geschäft: **Gr. Frankfurter Str. 58**
2. Geschäft: **Grüner Weg 109**
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark **15** bis 25 **30** bis 45 **50** bis 70 **75** bis 100
Moderno
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke **Größte Rückzahl** bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Ueberkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 8-10 geöffnet.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.

E. G. m. b. H. Zentrale: **Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.** **Freitagnachmittag und Sonnabend** verkaufen wir in unseren 118 Läden:

Ess- und Mus=Aepfel. Ess- und Koch=Birnen. Weintrauben. Tomaten. Blumenkohl.

Am Montag, den 22. d. M., verlegen wir unsere 22. Verkaufsstelle (Lichtenberg) von Wismarplatz 3 nach **Wismarplatz 5.** 32. Kronprinzenstr. 1 nach **Finowstr. 2.** 75. (Ober-Schönweide) v. Luisenst. 12 nach **Mathildenstr. 5.** 78. (Erkner) von Königstr. 55 nach **Friedrichstr. 5.** **Neue Verkaufsstellen** eröffnen wir am 27. d. M. **Admiralstr. 28, am 1. Oktober Charitéstr. 3 und Neukölln Hertzbergstr. 22.** **Der Vorstand.**

Wasche mit **Henkel's Bleich-Soda.**

Reste
Damentuche 3 M. schwarz u. farb. Mtr. **3** an
Kostümfstoffe neueste englische Muster 2 Mtr. von **2** an
Seidenplüsch Volour du Nord 50 cm breit ... per Meter **4** an
Engl. Seal 120 cm breit ... per Meter **12** an
Astrachan 130-150 cm breit ... per Meter **5** an
C. PELZ
Kottbuser Str. 5

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr, in den Comenius-Festsälen, Memeler Straße 67:

Verfammlung für die Tischbranche.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Kingner**: „Aus der Krankenversicherung“. 2. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 21. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale von **Lausch, Bredowstraße 35:**

Bezirksversammlung d. Einsetzer für Moabit

Montag, den 22. September, abends 8 Uhr, im Lokale von **Kndrig, Na der Stralauer Brücke 3:**

Branchen-Verfammlung den Schirmnäherinnen und Schirmmacher

Tagesordnung: 1. „Die Lage der Schirmnäherinnen und Schirmmacher in Berlin und Umgegend.“ Referent: **H. König.** 2. Diskussion

Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im „**Gewerkschaftsbaus**“, Engelufer 15 (Saal 1 u. 2):

Branchenversammlung der Vergolder.

Tagesordnung: 1. „Die Volksfürsorge und die Schäden der privaten Versicherung.“ Referent: **Kollege Wilh. Mitschke.** 2. Verbandsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen. **89/1** **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 21. September, nachmittags 2 Uhr, im großen Saale des **Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:**

Allgemeine Mitglieder-Verfammlung.

Tagesordnung: 44/4

Kündigen wir die im Jahre 1903 mit den Unternehmern vereinbarten Bestimmungen über die Bezahlung des Zuschusses in Krankheitsfällen usw.? (Vereinbarung betr. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.) **Diskussion.**

Kollegen! Am 1. Januar 1914 tritt der Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft, der die Bestimmungen über die Krankenversicherung enthält. Die dadurch bedingte Abänderung der Krankenkassenstatuten in Bezug auf Gewährung von Krankengeld hat eine weitgehende Veränderung der bisher durch die Unternehmer auf Grund des § 616 B. G. B. zu leistenden Zuschüsse zur Folge. Diese Veränderung tritt im ganzen Groß-Berliner Zahlstellengebiet ein. Es ist darum notwendig, daß unsere Mitglieder zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen. Wir fordern deshalb unsere Mitglieder dringend auf, recht zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin. Bureau u. Arbeitsnachweis: **NO. 43, Beinftr. 8. Fernspr.: Königsplatz 6769.**

Freitag, den 19. September, abends Punkt 8 Uhr:

Große öffentliche gemeinschaftliche Versammlung

aller selbständigen Kürschnermeister und aller in der Pelzbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den „**Musiker-Sälen**“, **Raifer-Wilhelm-Str. 31.**

Tagesordnung: 1. Bericht über den gegenwärtigen Stand unserer Bewegung. Referent: **Kollege A. Rogge.** 2. Diskussion. 3. Bericht über **100/12**

Wir erwarten das Erscheinen sämtlicher selbständigen Kürschnermeister, ebenso das Erscheinen der in der Branche tätigen Arbeiter u. Arbeiterinnen. **Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) Berlin u. Umgegend. J. U. Feldmann, Sachfönder. Deutscher Kürschner-Verband (Filiale Berlin.)**

Gewerkschaftliches.

Das Programm der Scharfmacher.

Zerschmetterung der Gewerkschaften! — Das Sinnen und Trachten der Unternehmer auf die vorstehende, kurze und prägnante Formel gebracht zu haben, ist ein Verdienst des sattsam bekannten Herrn Bued, ehemals Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen. Und er erntete auch stürmischen Beifall und gewichtigere Anerkennung. Die Herren von Schlot und Hütte wissen zu danken, wenn man ihrem Haß gegen die Arbeiterbewegung Rechnung trägt. Seit der Proklamation des Bued'schen Programmes sind zirka zwei Jahre verflossen. Die Gewerkschaften sind noch nicht zerschmettert. Im Gegenteil, sie wuchsen, gediehen, erstarkten weiter. Das Zerschmettern der Gewerkschaften ist keine so einfache Sache wie z. B. die, unbehaglichen Ministern den Damm ins Auge zu drücken. Zu der Ueberzeugung sind nun auch wohl die Herren Zentralverbändler gekommen.

Vor einigen Tagen hielten sie wieder mal eine Delegiertenversammlung ab. In Leipzig war's; am Montag, den 15. September. Selbstverständlich beschäftigte man sich auch wieder mit der Arbeiterfrage. Von einer Dämpfung des Hasses gegen die Gewerkschaften war nichts zu spüren. Aber man hielt es für tattisch klug, dem Kinde einen anderen Namen zu geben. Mit gedämpfter Taktik will man zum Ziele gelangen. Dieses sollen harmloser klingende Forderungen verdecken. Der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Industriellen, Dr. Schweighofer, umschrieb das alte Programm also:

- Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung.
Einschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung.
Einschränkung der Streiks und Boykotts.

Der erste Satz gilt als Vorderatz zu den folgenden Forderungen oder er bezieht sich auf das wirtschaftspolitische Gebiet. Hier interessieren die beiden Nachsätze. Was man sich unter Einschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung denkt, verrät Herr Schweighofer nicht. Soll „nur“ ein Stillstand herbeigeführt werden oder denkt man an eine Rückwärtsreform?

Man erinnere sich nur des wütenden Sturmhaufes der Zentralverbändler gegen das bisherige Hüttenarbeiterlohn, gegen den — vollständig unzulänglichen Arbeiterinnenlohn, sowie ihres Kampfes für unbeschränktes Ausbeutungsrecht, und man weiß, wofin die Reife gehen soll. Daß gerade die Zentralverbändler, und sie gerade jetzt eine Verschlechterung in der sozialpolitischen Gesetzgebung ungeniert zu fordern wagen, zeugt von gemeingefährlichem Scharfmachertrotz. Die Eisenkönige, die Branden in der chemischen Industrie und die Kohlenfürsten hätten eine Veranlassung, die Kritik nicht herauszufordern.

Die Unzulänglichkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung in den ihnen unterstehenden Betrieben beweisen unumstößliche, jeden Versuch der Umdeutung standhaftende statistische Ergebnisse. Zunächst die hohe Krankenliste in den Fabrikkrankenkassen. Nach dem Reichsdurchschnitt, der sämtliche Krankenkassen umfasst, kommen auf je 100 Mitglieder im Jahre rund 40 Erkrankungsfälle, die Fabrikkrankenkassen dagegen verzeichnen bis zu 65 Fälle. Wie die Ermittlungen der Gewerbeinspektoren ergaben, ist das Durchschnittsalter der Fabrikarbeiter zurückgegangen, sie sinken früher ins Grab. Die Ursache ist Raubbau an der Arbeitskraft. Auch das Sprechen die königlichen Beamten aus. Weiter auch, daß die in furchtbar schwerer Arbeit in wenigen Jahren körperlich zerrütteten vielfach einfach aufs Pflaster geworfen werden. Sie mögen draußen sterben und verderben. Der künstliche Verjüngungsprozeß, das Abstoßen ausgemergelter, im Lebensmarke vergifteter Arbeiter läßt die Gesundheitsverhältnisse noch günstiger erscheinen, als in den Kranken-

ziffern der Fabriklassen in die Erscheinung tritt. Durch den Sinauswurf krank und elend gemachter Arbeiter aus ihren Betrieben und den Betriebskrankenkassen ersparen die Fabrikherren Beiträge, belasten andere Krankenkassen und die Invalidenversicherung. Und diese Praktiker schreien am lautesten über soziale Lasten — die sie anderen aufbürden. Die gemeingefährliche, ungeheuerliche Verschwendung von Arbeitskraft, der Raubbau am Lebensmarke des Volkes erheischt gesetzliche Schranken. Auch die Unfallstatistik bezeugt deren Notwendigkeit. Trotz aller Fortschritte in der Technik der Unfallverhütung steigt die Unfallquote. Nach den Angaben der gewerblichen Berufsgenossenschaften gelangten Unfälle zur Kenntnis:

Table with 3 columns: Year, Total (überhaupt), and per 1000 insured (pro 1000 Versicherte). Rows for 1899, 1908, and 1911.

Das sind die Folgen einer „überspannten“ Sozialpolitik. Die Scharfmacher fordern „Einschränkung“ — der Unfallverhütung. Ihrem Begehren stehen die Arbeiterorganisationen im Wege. Wären sie nicht vorhanden, die gesetzlichen Schutzbestimmungen würden kaum als Fessel empfunden — und beachtet. Darum, und um vor Lohnforderungen und Kämpfen geschützt zu sein, müssen die Gewerkschaften wehrlos, kampfunfähig gemacht werden. Die Knebel, die man zu diesem Zwecke bereit hält, nennt man Arbeitswilligensschutz. Aber auch in dieser Beziehung steckt der Wolf Scharfmacher ein harmloseres Schafsgesicht auf. Dr. Schweighofer verlangt „nur“ eine „Einschränkung der Streiks und Boykotts“. Die könnte man leicht haben; es wäre nur eine Verständigung mit den Gewerkschaften erforderlich. Aber das Verrentum in der Großindustrie will die Arbeitsverhältnisse diktatorisch bestimmen; gegen sein Gebot soll den Arbeiter keinerlei Abwehrmöglichkeit schlingen. Das Streikrecht soll praktisch vernichtet, die Organisation der Arbeiter zerschmettert werden.

Es ist gut, daß die Herren ihre Absichten enthüllen. Die Arbeiter wissen, was im Spiele ist. Sie werden sich nicht zerschmettern lassen.

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifbewegung der Kürschner.

Am Mittwochnachmittag hielten die selbstständigen Kürschnermeister eine überaus gut besuchte Versammlung aller Streikenden in den Auslieferung ab. Der Vorsitzende, Kürschnermeister Feldmann, gab den gegenwärtigen Stand der Bewegung bekannt. Wenn die Streikenden weiter wie bisher mit Zähigkeit aushalten, müssen sie zum Siege gelangen. Die Fabrikanten wissen in ihrer großen Verlegenheit nicht mehr ein noch aus und werfen mit Klauen umher, um nur Arbeitswillige heranzuziehen. Das ist der beste Beweis dafür, daß ihre Behauptung, sie hätten die Arbeit nicht so nötig, unwahr ist. — Es wurde eine scharfe Kritik an einige Arbeitswillige geübt. Die Stimmung der 238 anwesenden Kürschnermeister war eine so vorzügliche und die Beteiligung an der Versammlung eine so gut, daß von einem Abflauen der Bewegung keine Rede sein kann. In der Diskussion wurde lebhaft für den Tarif eingetreten und wiederum verlangt, daß ohne Demütigung des Tarifs der Kampf nicht abgebrochen werden dürfe.

Achtung, Gastwirtsgehilfen. Auf vielseitige Anfragen betreffs der Differenzen im Schultheis-Spezialauschuss (Jah. J. Sander), Städt. 39, ist mitzuteilen, daß die Differenzen fortbestehen. Herr Sander beharrt auf seinem Herrn-im-Hause-Standpunkt und verzichtet auf Organisierte in seinem Betriebe. Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt. Die dortigen Kellner sind nicht organisiert.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik bei der „Paragon-Kassablock“ A. G.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der in obiger Firma Beschäftigten dauert unverändert fort; alle Verhandlungsversuche

wurden seitens der Direktion abgelehnt. Die Haltung der Streikenden ist, obgleich der Ausstand schon zwei Wochen dauert und hauptsächlich nichtorganisierte Personen in Frage kommen, sehr gut zu nennen. Die Firma hat sich, um Ersatz für die Ausständigen zu erhalten, mit den Arbeitswilligenvermittlern K e i l i n g, Straßburger Straße 43, Seitenflügel II, und Adolf Koch, Berlin-Niederschönhausen, Kaiser-Wilhelm-Str. 65, in Verbindung gesetzt. Am Mittwoch früh zogen dieselben, mit Revolvern und Knüppeln bewaffnet, mit 22 der „nächtlichen Elemente“ in den Betrieb ein, um die Plätze der Streikenden zu besetzen. Daß dieses aber nicht durch jeden Arbeitswilligen möglich ist, die Verhältnisse bei der Firma aber auch nicht die besten sind, beweist der Umstand, daß von den 22 ein großer Teil am Donnerstag ebenfalls keine Beschäftigung nicht wieder antrat. Einen uns übermittelten Engagementszettel des Arbeitswilligenvermittlers Adolf Koch wollen wir unseren Lesern noch zur Kenntnis bringen:

Arbeitszettel.

Zwischen den Arbeitgeber Paragon Kassablock A. G. in Vertr. Adolf Koch, und den Arbeitnehmer Seger, wurde vereinbart:
Fester Wochenlohn von 28,— Mark.
Lohnzahlung Sonnabend.
Arbeitszeit von 1/8 Uhr bis 6 Uhr, Sonnabend bis Mittag.
Die Kündigung ist eine Stägige.

Bemerkungen.

Außer den obigen Lohnsatz erhält jeder Arbeitnehmer eine Gratifikation von 4 Mark pro Woche, wenn derselbe bis zur Beendigung des Streiks im Arbeitsverhältnis verbleibt, und gelangt diese dann durch Herrn Koch zur Auszahlung.

Jedem der Unterzeichneten wurde ein Exemplar ausgehändigt.

Berlin, den 17. September 1913.

Adolf Koch, Berlin-Niederschönhausen Kaiser-Wilhelmstr. 65.

Die Streikenden verlassen sich auf die Solidarität der übrigen Arbeiterchaft und erwarten, daß Arbeitsangebote der Firma „Paragon-Kassablock“ A. G. oder deren Vermittler zurückgewiesen werden.

Die Konjunktionsoffenschaft Berlin und Umgegend teilt uns mit, daß sie noch nie von der Firma „Paragon“ Kassablock A. G. in Oberhönoweide etwas bezogen hat und daß sie, sofern sie mit neuen Firmen in geschäftliche Verbindung tritt, bei den gewerkschaftlichen Organisationen sich erkundigt, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen als geregelt betrachtet werden können. Vereint die Gewerkschaft dieses, so werden die Offerten dieser Firmen nicht berücksichtigt.

Zum Streik der Stettiner Hafnarbeiter.

Am Mittwochabend wurden über 550 Streikende gezählt. Der Magistrat sucht in Stettiner Blättern Streikbrecher. Er verspricht ihnen genügenden Schutz, selbstverständlich auch guten Lohn. Mittwoch brachte die Feuerwehr mit ihren Autos Weiten, Strohsäcke, Tische und Stühle sowie Decken, damit die Hingebredten, die man schließlich erwartet, auch alles nach ihren Wünschen vorfinden. Daß für Bier, Schnaps, Zigarren und Zigaretten sowie für des Leibes Notdurft und Nahrung aufs beste gesorgt ist, versteht sich am Rande. Wenn die Arbeiter eine Aufbesserung ihrer prekären Lage verlangen, dann ist es unerhört, wenn man aber diesen Ausreißern neben doppeltem Lohn noch allerhand Benefizien gewährt, so ist dies selbstverständlich und entspricht durchaus dem Standpunkt der pommerischen Scharfmacher, die in dem Magistrat nur den Ausschuß zur Wahrung ihrer Profitinteressen erblicken. Man vergegenwärtige sich: Es wird behauptet, daß der diesjährige Etat mit einem Defizit von 600 000 M. abschließen wird. Die Unternehmer haben schon angekündigt, daß eine Verbilligung der Hafengebühren in ihrem Interesse absolut notwendig sei. Wenn man dann noch sieht, daß Tausende und Abertausende Mark aufgewendet werden müssen, nur damit die Arbeiter keine Aufbesserung erhalten dürfen, so kann mit Zug und Recht behauptet werden, daß hier mit den Mitteln der Allgemeinheit nicht richtig Haus gehalten wird. Der Standpunkt des Herrn-im-Hause wird dem Magistrat und seinen Auftraggebern noch recht unangenehm werden, denn die Hoffnung, die das offizielle Nachrichtenbureau im Rathaus

Kleines feuilleton.

Die Rache des Künstlers. Im Architektenhaus hängen die Entwürfe, zu denen der Wettbewerb um die Washingtoner Post eine ganze Schar von Bauleuten verlockte. Man trifft eine Reihe interessanter Arbeiten, deren beste an Schinkel und an den Peter Behrens, der jedoch fertig gewordenen Petersburger Postschiff mehr oder weniger stark erinnern. Es mag sein, daß keiner dieser Vorschläge reiflos brauchbar ist; unbedingt aber gibt es, den geistreichsten Schand einiger verpateter Gothen ausgenommen, hier keine schwächere Arbeit als die des Professors Bruno Möhring, die den ersten Preis bekam. Man steht vor einem Mosaik und weiß sich nicht anders zu helfen, als daß man anfängt über die Psychologie der Wettbewerber und der Preisrichter nachzudenken. Wie sind diese Herren Fachleute nur dazu gekommen, einen Entwurf zu krönen, den unsersinnlich lächelnd auf den großen Haufen geworfen hätte.

Es wird behauptet, daß der Grundriß, wie ihn Möhring vorschlägt, ganz ausgezeichnet sei. Davon ist nur richtig, daß der fleißigste Entwurf etwas leiser, was vielleicht selbstverständlich war: er legt die Plüsch der großen Festräume, Thronsaal, Speisefälle und Empfangszimmer an die Hauptfront. Es läßt sich natürlich darüber streiten, ob solche Selbstverständlichkeit wirklich selbstverständlich ist; es läßt sich auch eine andere Disposition vorstellen. Es ist aber sonnenklar, daß es Dilettantismus bedeutet, wenn ein Architekt als nicht fertig bringt, aus wichtigen Räumen andere Auswege zu finden, als einen, der durch die Speiseanrichte führt. Das ist kläglich. Die Frau Postschiffsterin wird gut tun, sich reichlich mit Benzin zu versorgen. Und der Herr Postschiffster, der, wenn er irgendeinem mißliebigen Besuch, der im Vorzimmer wartet, entgegen möchte, wird stets Kollonade bei sich haben müssen, um gefahrlos über das Barreil des Thronsaales klüchten zu können. Ein Grundriß, der solche Schikanen in sich birgt, ist kein guter und jedenfalls nicht so vortrefflich, daß er eine Betteluppe von Fassade wettmachen könnte.

Nicht als trübes Wasser, lauwarm und schal, hat aber Möhring in seiner verzögerten Judenzivilisations Kochgeburt nicht zu bieten. Es kann gewiß nicht bezweifelt werden, daß der Architekt Möhring von sehr anständiger Gesinnung ist, seine häßlichen Arbeiten haben uns oft erheitert; es wäre trotzdem ganz falsch, ihm mit doppelter Miße zu begegnen in einem Fall, wie dem hier vorliegenden. Es geht um ein Symbol der deutschen Art draußen in Amerika, um ein Wahrzeichen für das Können der deutschen Architekten im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Da heißt es hart sein, denn nur das Beste ist gerade gut genug.

Die Berliner Kritik, Karl Scheffter ausgenommen, war wieder einmal pflaumenweich. Es fand niemand den Mut, rund heraus zu sagen, daß der Möhring'sche Entwurf niemals ausgeführt werden darf, wenn Deutschland es nicht geradezu darauf ankommen lassen will, sich in Washington bis auf die Knochen zu blamieren. Am lustigsten hat Paul Westheim in der „Frankfurter

Zeitung“ das Rätsel des Wettbewerbsergebnisses zu lösen versucht; er meinte, daß zwar die meisten der Wettbewerber, aber nur nicht die Juroren den Sinn des Preisauswählens begriffen hätten.

Man kann auch noch einer anderen Meinung sein. Unter den Richtern sah Peter Behrens, ein Künstler. Nach dem gewaltigen Erfolge seines Petersburger Hauses hatte er freihändig den Auftrag bekommen, nun auch in Washington zu bauen. Dennoch kamen die bekannten unverantwortlichen Instanzen, es kamen allerlei Schiebungen und mit diesen der Wettbewerb. Es wäre nicht unwichtig, wenn der Künstler sich gerächt hätte, wenn er die schwächste der offiziellen Schleinbläse an die Oberfläche hätte tauchen lassen. Der Witz wäre gut, aber grausam.

Im übrigen, wozu braucht solch ein Postschiffhaus die Komplexität eines Thronsaales; solch byzantinisches Theater wird schwerlich dazu dienen, uns größeren Respekt zu gewinnen, besonders in Amerika. Ein Thronsaal tut freilich nicht, wohl aber das charaktervolle Werk eines aufrechten Mannes.

Der Reichstag, der ja die Baupläne zu bewilligen hat, wird dafür Sorge zu tragen haben, daß der Fehler dieses Preisgerichtes wieder wettgemacht wird.

Wie ein Dichter sein muß. Im Tagebuch der Zeitschrift „Deim“ garten“, (Verlag Lehmann, Graz) schreibt Peter Kosegger: „Ein Dichter kann nicht dumm genug sein,“ sagte ich im Gespräch einmal, worauf jemand rauh erwiderte: „Sie sind ein großer Dichter!“

Indessen ist es mein Ernst, das viele Denken zerstreut die Phantasie und die soll doch beim Dichter wichtiger sein als das Denken. Ferner meine ich, daß es für die Einfachheit und Leichtverständlichkeit des Stiles nicht günstig ist, wenn einer zu viel weiß, wenn sich zu viele Gedanken in die Feder drängen, die alle auf einmal auf Papier wollen. Ich glaube fast, daß der Begriffsstuppe eine klarere Schreibweise hat, als der Leichtfasser, der komplizierte Geist. Dieser macht zu gern auch seine Sätze kompliziert, während seiner noch eigenem Maßstabe immer mit Lesern rechnet, denen man alles deutlich, womöglich bildlich und beispielhaftig sagen muß, wenn sie es lassen sollen.

Nun, dumm genug zum Dichter wäre mancher, aber es fehlt ihm leider wieder was anderes.

Und Goethe? Man muß doch nicht allemal an Goethe denken, wenn man von unseren Dichtern spricht.

Theater.

Komödienhaus: „Das Paar nach der Mode“, Lustspiel von Raol Quernheimer. In dem verachteten Hause des Herrn Lohar, der dritten Wähne, die Reinhard und Bernauer, die Direktoren des Berliner- und Hebbel-Theaters, jetzt übernommen haben, wurde am Dienstag die Saison mit einer anspruchsvollen, aber wenig munteren Glauberkomödie des Wiener Raol Quernheimer eröffnet. Der Autor, der mit pariserischer parfümierten Einakter-Dialogen von etwas snobistischer Zalmieleganz debütierte, gibt sich in dem satirischen Geplänkel dieser neuen Szenen viel zwanglos-freier. Man hat den Eindruck behaglichen Sitzgehens, bei dem

sich eine Fülle mofanter Einfälle wie ungerufen einstellt. Keine geschniegelte Pose führt die vergnügte Laune. Und da sie lustig sind, nimmt man auch Uebertreibungen und Unglaubwürdigkeiten gern mit in Kauf. Sichtlich die Präention, etwas wie ein wirklich charakteristisches Zeitbild zu entwerfen (worauf der Titel deuten könnte) vom Verfasser gar nicht erhoben wird. Er spielt nur mit dem Gegenstand und läßt sich nur eine Handlung vor, so weit er ihrer für dies Spiel bedarf.

Das Wiener Millionärstüchertchen, das einen wohlverwandten jungen Mann mit seiner Hand beglückt hat, beifert sich, zum Schrecken der korrekten Verwandtschaft, die Halbweltedamen, in denen sie ihr Ideal von Ehid sieht, an Ungeniertheit möglichst noch zu übertrumpfen. Und wenn sie ihren Angetrauten im Grund auch lieb hat, meint sie es ihrem Prestige schuldig zu sein, derartige altsmodische Empfindungen, die einen Ehedruck bedauerlich erschweren, zum mindesten hinter den Anschein eines solchen zu verstecken. Und auch der Herr Gemahl hat analoge Ehrenpunkte. Ein Wettkampf, der, ergötzlich persifliert, mit der Abrede endet, daß sie am Tage, an welchem die verlangte Scheidung vom Gericht ausgesprochen wird, sich als Verhältnis etablieren und durch eine gemeinsame Luftflugfahrt ihren Bekannten ein sensationelles Vergnügen bereiten wollen.

Gespielt wurde im ganzen recht flott, nur aus der Figur des alten Onkel Adolf hätte sich bedeutend mehr herausholen lassen. Otto Gebähr, der brillante Doktor Jura aus dem Wahrschen „Konkret“, lancierte die Bericktheiten des Ehemannes mit verblüffend drohlichem Effekt. Ludmilla Hell als göhrenhaft verzogenes Modespäppchen mit der pridelnden Luft, die Leute vor den Kopf zu stoßen, war eine ebendürftige Partnerin. In den Nebenrollen der Tante aus der alten guten Zeit und des elegisch gestimmten Hausfreundes exzellierten Frau Frida Richard und der vorzüglich wienerische Herr Eugen Burg.

Humor und Satire.

Je nach dem.

Der große König Konstantin,
Er sei gelobt, gebenedeit —
Für heute und für alle Zeit —
In Ewigkeit und fernherhin.

Er ist der allergrößte Mann,
Weil er daraus kein Hehl nicht macht,
Das was ihn auf die Höß gebracht — —
Die Preußen, die sind schuld daran.

Herrgott wie sind wir erbeglückt,
Der Griechenkönig lebe hoch!
Wie Bismarck und viel höher noch,
Er sei bis nach Wallhall entrückt!

Doch das steht fest auf Wort und Ehr — —
Gält er im Falle sich erstreckt
Und spräche von den Preußen schlecht,
Daß er das dümmste Luder wär! F. S.

in der bürgerlichen Presse verbreitet, in zwei bis drei Tagen alles zu beheben, wird sich als trügerisch erweisen. Aus den Reihen der Arbeiter werden sich keine finden, die dem Magistrat zu Willen sein werden. Dafür sorgt schon der fällige Lohn von 3,25 M., den man den Hafenarbeitern zahlt, sogar Löhne von 2,90 M. sind in einigen Betrieben zu verzeichnen.

Die Streikenden hielten Mittwochsabend zwei Versammlungen ab. Sie beschloßen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis der Magistrat den berechtigten Wünschen der städtischen Arbeiter Rechnung getragen hat. Nicht die Lust zum Streiken habe sie in den Kampf getrieben, sondern Not und Elend und die unerhörte Inhumanität, sie sollten ihre Frauen und Kinder mitarbeiten lassen, wenn ihr Lohn nicht ausreicht. Weiter habe die rigorose Behandlung der Arbeitervertreter dem Maß den Boden ausgeschlagen. In der anderen Versammlung der städtischen Arbeiter (die nicht Hafenarbeiter sind und daher vom Streik nicht berührt werden) wurde den städtischen Körperschaften die schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Die Versammlung beschloß, den streikenden Hafenarbeitern volle Sympathie, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie werden jede Streikarbeit verweigern. Die Verantwortung trage der Magistrat, weil er den Weisungen der Schachmacher gefolgt sei. Es wird aber doch erwartet, daß der Magistrat einsichtig genug ist, weiteres zu verhindern. Bleibt der Zugzug von Arbeitswilligen fern, so wird der Streik erfolgreich für die städtischen Hafenarbeiter enden.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Schneider in Swinemünde.

Die Schneider in Swinemünde planen, in eine Lohnbewegung einzutreten, um auch mit den Swinemünder Schneidermeistern Tarife abzuschließen. Die Unternehmer haben hiervon schon Wind bekommen und suchen deswegen in auswärtigen Zeitungen Gehilfen. Alle organisierten Schneider werden gebeten, in Swinemünde keine Beschäftigung anzunehmen.

Mit der Aktien-Malzfabrik in Egerleben besteht seit zwei Jahren ein Tarifvertrag, der am 1. Oktober 1913 endet. Von den dort beschäftigten Arbeitern wurde versucht, den Vertrag mit einigen Verbesserungen zu verlängern. Die Firma hat jedoch den Arbeitern mitgeteilt, daß der Vertrag ohne jegliche Änderung auf zwei Jahre verlängert werden soll; wer damit nicht einverstanden sei, dem würde gekündigt. Dem Organisationsvertreter, der bei der Firma vorstellig wurde, erklärte man, daß es keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gebe. Die Firma hat nunmehr sämtlichen Arbeitern gekündigt. — Zugzug von Arbeitern ist streng fernzuhalten.

Ein gelber Verbandssekretär wegen Beleidigung eines Sozialdemokraten verurteilt.

Es geschah doch noch Reizen und Wunden. In Waldenburg i. Schl. wo die gelben reichstreuen Sekretäre mit aller Gewalt dem Sozialdemokraten Sachs das Mandat entreißen wollen, ist die Kampfesweise dieser Leute selbst den Richtern zu dümm geworden. Der gelbe Verbandssekretär Fichtner, ein Mann, der in Berlin bei der Leibgarde eine böse Rolle gespielt hat, „arbeitet“ seit den letzten Jahren in seiner Art in Schlesien. In seiner Abwehr gegen seine Kampfesweise nannte die „Schlesische Bergwacht“, unser dortiges Parteiblatt, den Fichtner einmal einen Gemütskranke. Sofort ging der Gelbe zum Richter und verklagte den verantwortlichen Redakteur Lischer von der „Bergwacht“ wegen Beleidigung. Er erreichte auch, daß der Ausdruck „Gemütskranke“ mit ausgerechnet 25 M. Strafe taxiert wurde. Lischer suchte aber aus der Fülle des gelben Schimpflebens die Bezeichnung: „Redakteur eines hiesigen Slandblattens“ („Bergwacht“) heraus und strengte Widerklage an. Vor dem Schöffengericht wurde Fichtner von der Anklage der Beleidigung unseres Genossen glatt freigesprochen. L. legte Verurteilung an, und nun mußte selbst die Strafkammer zugeben, daß sich F. mit den obengenannten Worten in „verächtlicher und wegwerfender Weise“ über die „Bergwacht“ und ihre Redakteure habe äußern wollen. Die Absicht der Beleidigung sei klar erkennbar. Die Strafe lautete auf 25 M. und Tragung der Kosten. Wenig zwar, aber immerhin etwas, wenn man bedenkt, daß früher dasselbe Gericht dieselben Ausdrücke, die ein anderer Redakteur des sozialdemokratischen Blattes auf sich bezog, nicht als Beleidigung gelten ließ.

Dieser Fichtner wurde gleich darauf von denselben Richtern noch einmal wegen einer Beleidigung verurteilt. Er hatte in einem Schreiben an eine Grubenverwaltung einen eben zum Aufseher avancierten Hauer als sozialdemokratischen Spiebel denunziert und sich in diesem Schreiben bitter darüber beklagt, daß die reichstreuen Bergarbeiter benachteiligt würden gegenüber solchen verlappten Sozialdemokraten, die nur im Interesse der Partei als Aufseher ihr Spiegelfelken treiben würden. Der also als „Sozialdemokrat“ verdächtige Aufseher strengte Klage an und der gelbe

Notizen.

Theaterchronik. Im Deutschen Schauspielhaus wird in Abänderung des Spielplans am Sonnabend- und Sonntagabend Subermanns „Der gute Ruf“ gegeben. Sonntagnachmittag 1/2 Uhr gelangt zu ermäßigten Preisen „Der Dieb“ von Henri Bernheim zur Aufführung. — Ida Dillhoff ist aus dem Verbands des Wiener Burgtheaters entlassen worden, weil sie, einer Vorchrift der Burgtheaterleitung entgegen, Filmarbeit geleistet und außerdem das Oberhaupt des Burgtheaters durch eine kritische Bemerkung beleidigt hat. Es heißt, sie habe einen Vorwand gesucht, um vom Burgtheater loszukommen. Sie sahnte sich nicht nach Wunsch beschäftigt. — Die erste Aufführung von Goethes „Torquato Tasso“ in der Intimierung von Max Reinhardt findet Ende nächster Woche im Deutschen Theater statt. Das Werk gelangte seit 4 Jahren an keiner Berliner Bühne zur Darstellung. — Josef Schildkraut, der Sohn des bekannten Schauspielers Rudolf Schildkraut ist, nachdem er Max Reinhardt vorgeprochen hatte, sofort auf 5 Jahre für das Deutsche Theater verpflichtet worden. Er ist erst 17 Jahre alt.

Kunstchronik. Die nächste Nummer der Zeitschrift „Licht und Schatten“ (Nr. 51) erscheint als Sondernummer für den Königsberger Graphiker Heinrich Wolff. Sie enthält acht bemerkenswerte Blätter dieses Künstlers.

Freie Hochschule Berlin. Das neue Programm ist soeben erschienen. Es zeigt 123 Vorlesungsfreien aus allen Gebieten von Wissenschaft und Kunst an. Die Kurse finden zumeist in den Abendstunden von 8—10 Uhr statt und sind jedermann zugänglich. Die Vorlesungen beginnen am 3. Oktober.

Arno Holz' Sennensystem. Das zweite der Dramen aus dem Zyklus Berlin, wurde von Leopold Jekner am Hamburger Thalia-Theater eindrucksvoll aufgeführt. Karl Müller-Rastalt sagt, das Werk sei keine Mustertragödie im eigentlichen Sinn geworden, wohl aber ein Muster dafür, was der konsequente Naturalismus auf dem Gebiet des großen Dramas zu leisten imstande ist, wenn ein Dichter ihn handhabt.

Radiumfund in Deutschland. Bei Oberwiesenthal und Niederschlag im sächsischen Erzgebirge wurde das Vorkommen von Uranpechblende, dem Rohmaterial zur Gewinnung von Radium, festgestellt. Man hat das Mineral schon früher in einem seit Jahrzehnten nicht mehr abgebauten Schachte gefunden.

Der Tanz als Schädiger der Landwirtschaft. Der Gemeindevorsteher eines Dorfes in den Pyrenäen hat folgende Verfügung erlassen: „Da die jungen Leute der Gemeinde sich jeden Sonntagabend zusammenschließen und tanzen und der Lärm, den sie dabei machen, die Gähne, Pfläner und andere Tiere des Dorfes erschreckt, wodurch eine Schädigung der Landwirtschaft entsteht, verbieten und untersagen wir hiermit das Tanzen innerhalb der Gemeindegrenzen während aller der Stunden, in denen die Haustiere ihre Ruhe halten.“

Kampfbahn Fichtner wurde zu 30 M. Strafe verurteilt. Auf seinen Einwurf, daß er als reichstreuer Arbeitersekretär die Interessen seiner gelben Mitglieder gewahrt habe, antwortete ihm der Richter trocken, daß das nicht zu erkennen sei; im Gegenteil, er habe die Interessen der Grubenverwaltung wahren wollen, und — „die gingen ihn nichts an“. Jetzt muß der gelbe Mann in seinem eigenen Blättchen „Feierabend“ das Urteil gegen sich publizieren.

Die „Reichstreuen“.

Der „Deutsche Fleischergefellensbund“ hielt seinen zweiten Bundesstag vom 14. bis 17. September in Leipzig ab. Der Bundesstag ist eine Schauveranstaltung, die Gefellen sollen sich beim Essen, Trinken, Tanzen und Ausschlagen über ihre schlechte Lage hinwegtäuschen.

Küher den „Delegierten“ waren auch eine erhebliche Anzahl Fleischermeister als „Ehren Gäste“ angewidelt, die die Aufgabe haben, streng darauf zu achten, daß ja nichts geschieht, was nicht im Interesse der Meister ist. Die Fleischermeister verlangen für die geleistete Unterstützung unbedingte Unterwerfung. Die Vertreter der Handwerkskammer, der Innungen sowie des Arbeitgeberverbandes erklärten, daß sie mit den Arbeiten des Bundes zufrieden seien und daß, wenn er so weiter arbeite, auch weitere Unterstützungen folgen würden. Neue zu Kaiser und Reich sowie zur Reichswehr soll die vornehmste Aufgabe der Gefellen sein; das letztere ist die Hauptsache. An die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu denken ist nach Ansicht der vertretenen Meister sozialdemokratisch, also eines nationalen Gefellen unwürdig.

Nach dem Bericht des Vorstandes soll die Mitgliederzahl auf 7000 gestiegen sein. (?) Die Herren haben wohl vergessen, daß der Bericht des Förderungsamtes über den gelben Arbeitervereine Deutschlands nur 6000 Mitglieder angibt, was nie widerfragen ist. Wer sagt hier die Unwahrheit? Ferner sei bemerkt, daß nach einer Berechnung des Verbandes der Fleischer im April d. J. die Mitgliederzahl annähernd 2000 betragen kann. Die gelbe Bundesleitung hat diese Berechnung des Zentralverbandes noch nicht widerlegt; sie muß also ungenügend stimmen. Von Erfolgen konnte nichts berichtet werden. Der Berichterstatter schimpfte deshalb auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Das wüste Schimpfen und die vielen Vergünstigungen, die veranlaßt waren, sollten die Gefellen über die Mißerfolge hinwegtäuschen. Die Verträge der gelben Führer, einige Scheinerfolge zu erzielen, haben die Meister energisch zurückgewiesen. Die Selben haben nichts (auch nicht zum Schein) zu fordern.

Nach dem Bericht des Kassierers beträgt die Einnahme 13 917,95 Mark, die Ausgabe 11 715,84 M. Der Kassenbestand beträgt 2202,64 M. Schamhaft verschweigt der Kassierer, wieviel die Meister im Berichtsjahre gezahlt haben! Die Mitglieder haben das wenigste aufgebracht. Ein besoldeter Bundesagitator erklärte vor kurzem, wenn die Gefellen Beiträge zahlen wollten, so brauchen sie nicht im Grunde zu sein. Bemerkte sei hier noch, daß der Bund an seine Mitglieder keinerlei Unterstützung zahlt. Den Löwenanteil der Einnahmen verzehren die vier besoldeten Agitatoren. Der Zentralverband der Fleischer zahlte in seiner letzten Geschäftsperiode annähernd 100 000 Mark an seine Mitglieder an Unterstützung. Ferner wurden erhebliche Summen für Lohnbewegungen und Streiks aufgewandt.

Da man die älteren Gefellen nicht mehr so leicht für den Bund einfangen kann, beschloß der Bundesstag, in Zukunft mehr die Beirlinge und ausgeleiteten Gefellen zu bearbeiten. Zur besonderen Freude der Meister brachte man es fertig, über einen Beirlingsmangel zu klagen. — Die Slangnummer der Tagung war die Rede eines Oberfleutnants, der vor der „Vollstuforga“ warnte und für die nationale privatalienistische Versicherungsgesellschaft Kellame mochte. Der Wunsch eines Delegierten, Tarifverträge mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 75 Stunden abzuschließen, um den Gefellen den guten Willen zu zeigen, wurde ohne Einspruch vom Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes als „sozialdemokratische Tendenz“ bezeichnet. Daraus erklärten die „Delegierten“, daß die Sache nicht auf den Bundesstag gehöre, das sei Sache der Innungen. Da keine Mittel zur Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder vorhanden, wurden dieselben auf den nächsten Bundesstag verwiesen. Ob in Fleischereien ungelernete Arbeiter, die billiger sind, beschäftigt werden sollen, überließen die handwerkstreuen Gefellen dem Verband der Fleischermeister zur Entscheidung. Wie gewöhnlich, wo Gelbe zusammen kommen, wurde auch hier auf die Sozialdemokratie sowie auf den Zentralverband geschimpft, was den anwesenden Meistern natürlich große Freude machte. Das Kleinhandwerk sollte erhalten bleiben; nur verriet man nicht, wie das gemacht werden solle. Die größten Schreier für die Erhaltung des Kleinhandwerks waren die Groß-Fleischermeister und Wurstfabrikanten.

Die Fleischermeister können an dieser Tagung ihre Freude haben; sie haben ihr Geld nicht schlecht angelegt. Für die Gefellen ist bei der Tagung nichts herausgekommen. Die Entscheidung in allen wichtigen Gefellenfragen hat man den Meistern überlassen. Das ist gelbe Interessensvertretung. Offensichtlich sehen auch die paar Fleischergefellens, die ihnen noch nachlaufen, bald ein, wohin sie von den gelben Agitatoren geführt werden. Nur durch die gewerkschaftliche Organisation werden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erungen. Nicht mit den Meistern, sondern gegen die Meister.

Stadtverordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 18. September 1913, nachmittag 5 Uhr.

Vorsitzender: Dr. Gassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen früheren Stadtv. Someri (A. L.).

Der Ausschuss für die Vorberatung der Vorlage betr. den Erwerb der Herrschaft Lanke ist gewählt und hat sich konstituiert; die sozialdemokratische Fraktion ist darin durch Vasner, Brunns, Seimann, Stadthagen, Dr. Wehl vertreten.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.), der im Ausschuss für die Vorlage betr. Gewährung einer Beihilfe an die Berliner Medizinische Gesellschaft zur Errichtung und Unterhaltung des Rudolf-Wirchow-Hauses den Vorsitz geführt hat, berichtet über die Ausschussberatungen.

Nach der Vorlage soll der Gesellschaft zum Betriebe des Hauses auf 5 Jahre, vom 1. Oktober 1914 an, jährlich ein Zuschuß von 10 000 M. aus städtischen Mitteln geleistet, außerdem aber der Magistrat ermächtigt werden, nach der Fertigstellung des Hauses der Gesellschaft auf ihr Verlangen ein Hypothekendarlehen bis zu 1 Million Mark zu 4 Proz. aus Anleihemitteln zu gewähren. Der Ausschuss hat nach eingehender Prüfung die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft als günstig anerkannt und die Vorlage schließlich einstimmig mit der Maßgabe angenommen, daß die Bedingung „nach der Fertigstellung des Hauses“ fallen gelassen wird und daß das Darlehen nach 10 Jahren rückzahlbar sein und aus „geeigneten Mitteln“ oder aus einer später aufzunehmenden Anleihe entnommen werden soll.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach den Ausschussanträgen

Der „Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose“, die vom 22.—25. Oktober cr. in Berlin die 11. Internationale Tuberkulosekonferenz abhält, soll ein offizieller Empfang in den Festräumen des Rathauses dargeboten werden. Die Kosten sind auf 12 000 M. veranschlagt.

Es wird beantragt, den Empfang durch eine Deputation aus 5 Magistratsmitgliedern und 10 Stadtverordneten vorbereiten zu lassen.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.): Wir haben selbstverständlich gegen die Vorlage als solche nichts einzuwenden; wir begrüßen es, daß einer hochangesehenen Vereinigung besonderes Entgegenkommen seitens der Stadt gezeigt werden soll. Wir nehmen nur Anstoß daran, daß für eine Bewirtung 12 000 M. ausgegeben werden

sollen. Es sollte doch hier die hauswirtschaftliche Sparsamkeit walten, die uns bei anderen Gelegenheiten immer empfohlen wird. Es brauchen doch schließlich auch nicht alle Besucher des Kongresses an einer solchen Festlichkeit teilzunehmen, es sollte vielmehr eine Siebung vorgenommen werden. Bei allen solchen Kongressen und Vereinigungen nationaler wie internationaler Art findet sich immer eine gewisse Anzahl von Kongressnummern ein, welche ihr Hauptinteresse auf die dabei zu veranlassenden Festivitäten konzentrieren. Auch ich bin dafür, daß bei dem Empfang eine gut bürgerliche Küche gewählt wird; aber ist es notwendig, wie es bei früheren Gelegenheiten geschehen ist, französischen Champagner und französischen Rotwein zu geben? Ich will ja nicht unbedingt die Nachahmung des von Nordamerika gegebenen Beispiels empfehlen, wo man die Kongressbesucher mit Sektwasser und Limonade bewirtet; aber wir werden uns in der Deputation Mühe geben, die beantragte Summe auf ein entsprechendes Maß herabzusetzen.

Stadt. Dr. Kausch: Die 12 000 M. sind nur verlangt, aber deshalb brauchen sie nicht mit aller Gewalt ausgegeben zu werden. Es stehen in dieser Summe auch die Kosten, welche unseren Krankenhäusern usw. durch den Besuch von Kongressbesuchern erwachsen; es wird diesen Herren bei solcher Gelegenheit je nachdem Tee, ein kleiner Lunch oder dergl. gereicht, und die Ausgaben dafür werden den Anstalten aus diesem Fonds zurückgezahlt. Das Mahl im Rathaus wird nicht üppiger werden als sonst. Bei der letzten Gelegenheit waren die bewilligten Mittel etwas knapp, und wir sind aus Stadterordnetenkreisen ersucht worden, in Zukunft nicht allzu sparsam zu sein.

Der geforderte Kredit von 12 000 M. wird bewilligt und die Einsetzung der gemischten Deputation beschloßen.

Die Steuerklasse VIII reicht mit ihrem im Reasschulgebäude Nigauer Straße 8 befindlichen Amtsräumen nicht mehr aus; sie soll schon im Oktober cr. verlegt werden, und zwar einziehen in eine Mietwohnung von 10 Zimmern im zweiten Stock des Hauses Petersburger Straße 1. Der jährliche Mietpreis soll 3000 M. betragen, der Mietvertrag zum 1. Oktober 1913 zunächst auf 5 Jahre abgeschlossen werden. Der Magistrat bittet die Versammlung unterm 12. September die betr. Vorlage als dringlich anzusehen und in der nächsten Sitzung zu erledigen.

Die Magistratsvor schläge gelangen ohne Debatte zur Annahme, ebenso mehrere weitere Vorlagen von untergeordneter Bedeutung. Schluß 1/2 11 Uhr.

Konferenz der Arbeitnehmerbeisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Leipzig, 17. September.

Zweiter Verhandlungstag.

Ueber den Punkt:

„Die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte“

Sprach heute Paul Starke-Dresden. Der Redner behandelte hauptsächlich das Gebiet der Konkurrenzklausei und ihre Ausdehnung auf die gewerblichen Arbeiter. Für Streitigkeiten aus Konkurrenzklausei sind die Gewerbegerichte nach dem geltenden Recht nicht zuständig. Ihre Zuständigkeit ist aber dringend nötig, da die Konkurrenzklausei auch bei dem gewerblichen Arbeitsverhältnis immer mehr Eingang findet. Nach einer Umfrage bei den Arbeitersekretären haben unter der Konkurrenzklausei die verschiedensten gewerblichen Berufe zu leiden. Konkurrenzklausei kamen sogar vor bei Kaffee- und Milchkaufträgern, Kutshern, Handbierern, Markthelfern, Schneidern, Kunstformern, Spezialarbeitern und Werkmeistern. Die Konkurrenzklausei bringt also immer weiter vor. Die festgesetzten Strafen haben in keinem Verhältnis zum Lohn und zur Arbeit. Es wurde die Festsetzung von Strafen bis zu 2000 M. und Freißen, in denen der Arbeiter nicht in einem ähnlichen Betriebe arbeiten darf, bis zu drei Jahren ermittelt. In einem Falle war bei einem Monatslohn von 110 M. eine Strafe von 1000 M. festgesetzt! Durch solche Bestimmungen wird dem Arbeiter das Fortkommen erschwert. Die Konkurrenzklausei müßte daher im gewerblichen Arbeitsverhältnis verboten werden.

In der Aussprache erklärte Lehmann-Berlin, der Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten, daß diese Berufsgruppe ganz vertrieben behandelt würde. Einzelne Gewerbegerichte stellten sich auf den Standpunkt, die Bureauangestellten seien unter die Gewerbegerichtsbarkeit. Auch Kaufmannsgerichte würden einen vertriebenen Standpunkt einnehmen. Nach dem Gesetz hätten aber diese Angestellten die Rechte der Kaufleute und fielen unter das Kaufmannsgericht. Redner bittet, bei Erstattung von Gutachten in diesem Sinne zu wirken.

Langen-Berlin vom Zentralverband der Handlungsgehilfen betonte, daß die Kaufmannsgerichte schon seit zehn Jahren für die Konkurrenzklausei zuständig seien. Man hätte die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf diesem Gebiet schon lange verlangen müssen. Es wäre auch notwendig, daß die Gewerkschaftspresse der Sozialpolitik mehr Beachtung schenke.

Kranke-Leipzig erklärte, wenn man nicht schon früher eingegriffen habe, so entspringe dies dem Umstand, daß die Konkurrenzklausei früher gar nicht oder nur vereinzelt bei gewerblichen Arbeitern vorgekommen sei.

Nach weiteren Ausführungen sahle Vorsitzender Robert Schmidt das Resultat der Besprechung dahin zusammen, die Konferenz sei der Meinung, daß eine Änderung des § 4 des Gewerbegerichtsgesetzes in dem Sinne herbeigeführt werden müsse, daß die Gewerbegerichte auch für Streitigkeiten aus Konkurrenzklausei zuständig sind. Daneben müsse eine allgemeine Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte verlangt werden. Das Gewerbegericht sollte zuständig sein für alle Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis ohne Unterschied des Berufs; also auch für die Musiker, das Theaterpersonal (Chor, Statisten usw.), die Wärter, Landarbeiter und Diensthöten. Es solle verurteilt werden, in den Ausschüssen diese Fragen anzugehen und an die Gesetzgebung heranzutreten.

Ueber:

„Die Verhältniswahl zu den Gewerbegerichten“

verbreitete sich hierauf Reichstagsabgeordneter Rosten-Berlin. Er zeigte, wie sich die Anschauungen über das Proportionalwahlsystem gewandelt haben, und schilderte dann die verschiedenen Proportionalwahlsysteme. Es seien hundertelei Systeme eingeführt, nur nach dem Musterstatut des Bundesministers richte man sich nicht. Es gebe eine Reihe Systeme, die durchaus nicht alle der Gerechtigkeit entsprechen. Viel besser wie das Verhältniswahlssystem sei das Proportionalwahlsystem aus nicht. Können behauptete ausschließlich die technische Seite der verschiedenen Systeme, er kammt zu dem Schluß, daß dem Siegfriedschen System das bei den meisten Gerichten eingeführte Frankfurter System vorzuziehen sei.

In der regen Debatte schilderten die Redner die vielfach gemachten Erfahrungen mit den verschiedenen Systemen, sie untersuchten, welches System das beste, das gerechteste ist. Dafür wurde das System der streng gebundenen Listen erklärt. Die Verhältniswahl müsse obligatorisch eingeführt werden, nicht nur dort, wo man glaubt, damit die modern organisierte Arbeiterschaft zu schützen. Die Christen würden — erklärte ein Redner aus dem Ruhrgebiet — dort, wo sie sesshaft, nicht daran denken, die Verhältniswahl einzuführen. Robert Schmidt sahle als übereinstimmende Meinung der Konferenz zusammen, daß auf eine Änderung des Gesetzes in dem Sinne gedrängt werden soll, die Proportionalwahl allgemein einzuführen. Es soll dafür auch eine bestimmte Form und Art vorgeschrieben werden. Gefordert solle das System der streng gebundenen Listen werden.

Die Konferenz besproch dann noch die Tagesordnung des Verhandlungstags der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, der morgen beginnt.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Die Kammerfalle, Zeltower Str. 1-4, sind nach wie vor für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt.

In Kphgen steht uns das Lokal von Moriz Kühne, Templiner Straße 48, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Reinickendorf-West ist das Lokal „Eichhornstraße“, Eichhornstraße 60, von der Lokalliste zu streichen, weil uns der Besitzer keinen Saal zu Versammlungen strotze verweigert.

Die Lokalkommission.

Lichtenrade. Der Wahlverein bezieht am Sonnabend, den 20. September, im „Wirtshaus Lichtenrade“ am Bahnhof sein viertes Stiftungsfest. Da die Kommission für eine würdige Vorbereitung des Festes alles getan hat, wird um allseitige Beteiligung gebeten.

Bruchmühle-Eggerdorf. Am Sonntag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wille in Bruchmühle.

Staaken. Sonnabend, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Gnädig: Mitgliederversammlung. Es ist eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hatten gestern ein sehr geringes Arbeitspensum, so daß ihre Sitzung nur ganz kurze Zeit dauerte. Nur dem Magistratsantrag, zum Empfang der Teilnehmer der im Oktober in Berlin zusammentretenden Internationalen Tuberkulosekonferenz 12 000 M. herzugeben, wurden einige Worte gewidmet. Genosse Weinriß riß die Unzufriedenheit über die Beschlüsse der Konferenz in Strömen fließen zu lassen. Sein Hinweis auf Nordamerika, wo die Gäste bei solchen Gelegenheiten mit Sekterwasser und Limonade bewirtet werden, zeigt den trassen Unterschied, wie solche Angelegenheiten anderswo behandelt werden. Ein Vorschlag, es bei uns ebenso zu machen, dürfte unter den Teilnehmern der Konferenz wenig Freunde finden. Stadtrat Panofsky versprach, man werde an den 12 000 M. noch zu sparen versuchen, und sie wurden dann bewilligt. Glaubt einer, daß da viel übrig bleiben wird?

Ein Erziehungsheim für psychopathische Knaben.

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat in Templin (Provinz Brandenburg) ein Heilerziehungsheim errichtet, das dazu bestimmt ist, psychopathische Knaben aufzunehmen. Für die beständige Unterbringung und der Heilung entgegenzuführen. Für die Kinder der Armen besteht keinerlei Einrichtung, obwohl die Zahl der psychopathischen Kinder viel größer ist als man im allgemeinen annimmt. Wurde doch bei der Eröffnungsfest mitgeteilt, daß unter den den Ärzten der Chorist in Berlin aus anderen Gründen vorgeführten Kindern in einem Jahre nicht weniger als 300 psychopathische waren.

Die psychopathische Konstitution unterscheidet sich scharf von Schwachsin oder Idiotie. Es handelt sich dabei um Kinder, die meist keinerlei Intelligenzdefekte aufweisen, oft sogar vorzüglich begabt sind, aber deren Triebleben krankhaft und einseitig entwickelt ist. Nicht mit Unrecht sagte der Vorsitzende der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Freiherr von Soden, daß aus den Kreisen dieser Anormalen, wenn sie ihrem Schicksal überlassen werden, häufig jene Verbrecher hervorgehen, vor deren Motiven man wie vor Rätseln steht, bis sie durch die feilsche Belastung erklärt werden. Die psychopathische Erkrankung dieser Kinder ist heilbar, wenn rechtzeitig die notwendige Behandlung und Pflege einsetzt. Aber, wie gesagt, hier haben bisher die öffentlichen Behörden, Staat und Gemeinden versagt. Diese Kinder gehören so wenig in eine Idiotenanstalt oder in die Schulen für Schwachsinige, wie sie unter die normalen Kinder gehören. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat durch Sammlung 81 000 M. aufgebracht und mit diesen Mitteln ein prächtiges kleines Heim hergestellt, das jedoch nur zur Aufnahme von 24 Knaben ausreicht. Für Mädchen ist noch garnicht gesorgt; und die Hilfe, die man 24 unter den Tausenden so belasteter Kinder angeheben lassen kann, ist leider auch nicht als wirksame Hilfe zu bezeichnen. Es kommt noch dazu, daß die Verpflegung in dem neuen Heim nicht unentgeltlich ist; es muß ein Pflegegeld von 75 M. monatlich bezahlt werden, was wiederum Arbeitereltern zu leisten nicht imstande sind. So sehr dieser erste Versuch einer Abhilfe auf diesem Gebiete zu begrüßen ist, für die Arbeiterkinder und ihre armen kranken Kinder bleibt er auch schon wegen dieser Höhe des Pflegegeldes ganz ohne Bedeutung.

Man hatte zur Einweihungsfeier auch die Kinderschuttkommission der Arbeiterschaft eingeladen, die dieser Einladung auch gefolgt ist. Die Sozialdemokratie hat volle Anerkennung für alles Streben, das der geistigen und körperlichen Pflege unserer Jugend gewidmet ist; aber gerade solchen Unzulänglichkeiten gegenüber muß sie immer wieder mit Nachdruck darauf verweisen, daß es die Pflicht der Gemeinden und des Staates ist, eine durchgreifende Pflege der Kinder zu organisieren und die Schäden zu heilen, die zum weitans größten Teile von unserer heutigen Wirtschaftsordnung verschuldet werden.

Die 1. städtische Kinderleschule, Ehrenbergstr. 24, wird vom 1. Oktober d. J. ab nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet sein.

Mitglieder der städtischen Behörden Nottingham (England) sind in Berlin eingetroffen, um hier städtische Einrichtungen und Anstalten zu besichtigen, nachdem sie auf ihrer vorigen Studienreise schon andere Orte Deutschlands besucht haben.

Strassenbahnunfall. Vor dem Hause Petersburger Straße 20 wollte vorgestern nachmittags gegen 1/3 Uhr der 9jährige Erich Schönbald kurz vor einem in der Richtung nach Charlottenburg fahrenden Strassenbahnwagen der Linie 81 über das Gleis laufen. Der Anabe wurde jedoch umgestoßen und geriet mit dem rechten Fuß unter den Schuttrahmen. Mittels mitgeführter Binden wurde der Wagon angehoben und der Kleine befreit. Der Verunglückte, der einen Bruch des rechten Oberschenkels und Hautabwürfungen am Kopfe und an dem rechten Arme erlitten hatte, wurde nach der nächsten Unfallstation und von dort nach Anlegung von Notverbänden nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Der neue Güterbahnhof Neulösn-Treptow wird am 1. Oktober d. J. für den Städtgut-, Wagenladungs- und Tierverkehr sowie für die Abfertigung von Leichen und Fahrzeugen eröffnet werden. Er liegt zwischen den Bahnhöfen Neulösn und Treptow, rechts der Berliner Ringbahnstrecke. Mit demselben Tage wird der Bahnhof 2. Klasse Neulösn-Treptow in den Staats- und Privatbahnen, Güter- und Kierstarrt und in den ost-mitteldeutsch-sächsischen Gütertarif aufgenommen. Der Frachtberechnung sind bis zur Herausgabe von Tarifnachträgen für den Staats- und Privatbahngüterverkehr die

für die Knotenstation Neulösn-Treptow angegebenen Entfernungen zugrunde zu legen.

Was eine Dienstherrschaft für zulässig hält!

Wenn Dienstmädchen in Haushalt einen Schaden anrichten, glauben manche Herrschaften, einen schier unbegrenzten Anspruch auf Schadenersatz zu haben. Eine Probe davon, was in solchen Schadenersatzansprüchen mitunter geleistet wird, ist eine uns vorgelegte Zusammenstellung, die eine Herrschaft einem Mädchen beim Dienstaustritt überreichte. Der Arzt Dr. Dub, der im Hause Brückenstraße 2 zusammen mit seiner Mutter wohnt, machte einem zum 1. September die Stellung in diesem Haushalt verlassenden Dienstmädchen die folgende, eigenhändig niedergeschriebene Rechnung:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Lohn für August 1913 (25.- M.), 6 Versicherungsmarken (0.96 M.), 8 Gläser a 42 Pf. (1.28 M.), 1 kleiner roter Topf (0.20 M.), Vertretung zum Türöffnen am 17. 8. (0.80 M.), Wäsche gewaschen (2.- M.), Glühbirne (1.50 M.), 1 Glaschale zur Krone (1.30 M.), Kammerjäger für Sonntagsarbeit extra (8.- M.), Makkaroni (0.40 M.), Silberlöffel repariert (0.80 M.). Total: 12,78 M.

Die Erläuterungen, die das Mädchen zu den hier aufgestellten Ersatzansprüchen gibt, sind nicht ohne Interesse. Makkaroni habe sie für sich selber mitgebracht, so daß die Forderung berechtigt sei. Die drei Gläser seien beim Abwaschen in zu heißem Wasser gesprungen, den Topf habe sie fallen lassen, die Glaschale der Krone sei ihr beim Staubwischen heruntergefallen, einen zerbrochenen Silberlöffel habe sie geradebiegen wollen und dabei zerbrochen. Irrtümlich habe man ihr die Glühbirne einer sehr empfindlichen Östramlampe, die nicht funktionierte und sich dann als beschädigt erwies, mit aufse Schuldkonto gesetzt. Die Forderung des Ersatzes von Beschloßen sei dadurch entstanden, daß sie in Abwesenheit der verreckten Herrschaft ihr Bettzeug habe wechseln wollen und es gewaschen habe, wobei sie Seife und Feuerung der Herrschaft verbraucht. Den Kammerjäger habe Frau Dub noch für den letzten Sonntag vor dem Dienstaustritt geholt, weil sie in der Mädchenstube Wanzeng bemerkt hatte und diese auf Kosten des Mädchens (!) beseitigen lassen wollte. Der Stellvertreter zum Türöffnen sei ein Weisener Boy, den der Arzt Dr. Dub für seine Sprechzeit habe kommen lassen, weil das Mädchen wegen eines in früherer Stellung erlittenen Unfalles auf Erfordern der Berufsgenossenschaft einen ihr benannten anderen Arzt während dessen Sprechzeit aufsuchen mußte.

Wenn diese Darstellung in allen Punkten zutrifft, so haben wir es hier mit einem ungewöhnlich starken Stück von Schadenersatzbeanspruchung einer Herrschaft zu tun. Fast ungläublich klingen die Angaben über die Entschädigung der dem Mädchen ausbehaltenen Kosten für Wäsche sowie für den Kammerjäger und den Türöffner. Es ist höchst bedauerlich, daß das Mädchen alle diese Lohnabzüge, die Schmälerung des Monatslohnes um fast die Hälfte, widerspruchslos hingenommen hat. Der Dienstaustritt, bei dem diese Lohnabzugsrechnung überreicht wurde, erfolgte auf eigenem Wunsch des Mädchens, das sich verheiratet wollte. Sehr sonderbar ist auch das Zeugnis, das Dr. Dub in das Dienstbuch schrieb. Es lautet: „Hat mit den Angelegenheiten ihres Bräutigams in und außer dem Hause derart zu tun, daß ihre ganze Aufmerksamkeit für ihre Pflichten in meinem Haushalt verloren geht.“ Unter den übrigen Zeugnissen, die das Buch enthält, finden wir kein schlechteres.

Wir haben hier wieder eine recht drastische Illustration des „Gesindegesetzes“ sowie der Art, in der manche Herrschaften es anwenden zu dürfen meinen. Man kann nur wünschen, daß ein Dienstherr, der solche Schadenersatzansprüche stellt und ein derartiges Zeugnis schreibt, dabei mal an „die Richtige“ gerät.

Zu dem unaufgeklärten Todesfall des Arbeiters Wilhelm Nabad, über den wir in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ berichteten, meldet jetzt eine von der Polizei informierte Korrespondenz folgendes:

Auf ungeklärte Weise tödlich verunglückt ist der Former Wilhelm Nabad, der bei seinen Eltern in der Friedensstraße 41 wohnte und bei Siemens-Schuckert in der Franklinstraße beschäftigt war. Vor etwa zehn Wochen brachte ein anderer Arbeiter einem Verbot zuwider Schnaps in die Fabrik mit und gab Nabad davon so reichlich zu trinken, daß er gleich nach Verlassen der Fabrik auf der Straße zusammenbrach. Der Erkrankte wurde nach der Dr. Edelschen Heilanstalt gebracht. Nach fünf Wochen geheilt entlassen, wurde er wieder eingestellt. Sein Arbeitskollege dagegen, der den Schnapsgenuss verschuldet hatte, wurde entlassen. Am 9. September fanden zwei Schuymänner Nabad, der morgens zur gewohnten Zeit zur Arbeit gegangen war, abends um 11 Uhr hilflos in der Hausflur des Grundstücks Rwinglistr. Nr. 28 liegen. Er war demütiglos und roch stark nach Alkohol. Verletzungen waren bis auf eine kleine, nur ganz leicht gerötete Anschwellung an der rechten Stirnseite nicht wahrzunehmen. Der Hilflo wurde von den Schuymännern nach dem Krankenhaus Roabit gebracht, wo er am nächsten Tage im Alter von 43 Jahren starb. Erst nachträglich wurde festgestellt, daß er einen Schädelbruch erlitten hatte. Wo und wie er sich diesen zugezogen hat, ließ sich nicht ermitteln. Für die Vermutung, daß Nabad etwa in eine Schlägerei geraten sei, hat sich kein Anhalt ergeben. Die Nachforschungen der Polizei stellten fest, daß zu jener Zeit weder in einer Schantwirtschaft noch auf der Straße in der Umgebung des Fundortes eine Schlägerei stattgefunden hat. Der letzte Aufenthalt des Verstorbenen ließ sich nicht ermitteln. Dafür, daß er etwa das Opfer einer Raubhandlung geworden sei, fehlt es auch an jedem Anhalt. Man muß deshalb wohl annehmen, daß er hingefallen ist und sich so die Verletzung zugezogen hat. Die Leiche wurde jetzt von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben.

Die Hundesperre ist in den Kreisen Westhavelland, Ruppin, West- und Ost-Prenzlitz für zahlreiche Gemeinden und Gutsbezirke bis zum 10. Dezember d. J. einschließlich verlängert worden. Auch hier ist zwar die „milde Sperre“ zugelassen, indes soll die Mahregelung der Hunde (und ihrer Besitzer) doch immer 3/4 Wochen länger dauern als in Groß-Berlin und den Kreisen Niederbarnim, Zeltow, Osthavelland usw., wo sie (wenn nichts dazwischen kommt!) schon am 15. November ihr Ende erreicht.

Das neue Kammergerichtsgebäude im Meißpark wurde gestern mittag um 12 Uhr unter Anwesenheit einer Anzahl staatlicher Vertreter eingeweiht.

Zum Verschwinden der Wirtschaftlerin Galle. Das mysteriöse Verschwinden der Wirtschaftlerin Gertrud Galle harri noch immer der Aufklärung. Jetzt hat sich ein Gastwirt aus Trebus gemeldet, der bekundet, daß am 29. Juli, also am Tage des Verschwindens der G., die letztere in Begleitung des Henk in sein Lokal eingeleitet ist. Der Junge will dann beobachtet haben, wie Henk fortgezogen auf seine Begleiterin ein sprach. Einige Gäste, die an den Nachbartschen saßen,

machten sich noch über das merkwürdige Wesen des jungen Mannes lustig. Henk selbst bestritt alles, was man ihm vorwirft. Die Untersuchungsbehörde hat nunmehr dem Fischermeister Kunig den Auftrag übergeben, den Trebuser See mit einem Grundnetz eingehend abzusuchen. Man rechnet noch immer damit, daß die Leiche der G. auf dem Grunde des Sees ruht.

Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde gestern abend das zwei Jahre alte Töchterchen Frieda des Försters Jokat in der Jonsasstraße 3. Die Kleine spielte vor dem elterlichen Hause unter der Aufsicht ihres siebenjährigen Bruders mit anderen Kindern auf dem Bürgersteige. Als sich nun der Anabe einen Augenblick anderen Gespielen zuwandte und seine Schwester außer Acht ließ, lief diese vom Bürgersteig auf den Strassenrand. Zum Unglück kam gerade ein Rortelwagen dahergefahren. Er war schon fast vorbei, als die Kleine plötzlich vor ein Hinterrad lief und hinfiel. Das Rad ging ihr über den Kopf und zermalmte ihn. Die Verunglückte war sofort tot.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend kurz nach 10 Uhr in der Potsdamer Straße. Der Kutscher einer Räderwarenhandlung war mit einem Kutscher der Firma W. Wertheim in Streit geraten und wollte diesem zu Leibe gehen, indem er versuchte, auf das Gefährt der Firma Wertheim zu klettern. Dabei rutschte er ab und geriet unter die Räder, die ihm über die Brust gingen. In schwerverletztem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Eisabekrankenhaus gebracht.

Die Fortbildungsanstalt im Friedrichs-Gymnasium, Albrechtstraße 27, die ihre Winterkurse am 8. Oktober eröffnet, steht unter der Verwaltung des Magistrats. Die Stadt Berlin wendet etwa 30 000 M. jährlich auf, um in ihren drei Fortbildungsanstalten Herren und Damen Gelegenheit zu sprachlicher und technischer Fortbildung gegen ein Entgelt zu geben, wie es niedriger nicht bemessen werden kann. Das Schulgeld beträgt für den ganzen Lehrgang von 2 Stunden wöchentlich 2,50 M., von 4 Stunden wöchentlich 5 M. Unterrichtszeit von 1/4 nach 8 bis 3/4 nach 9 Uhr abends, nur Zeichen ist Sonntags früh von 8 bis 10 Uhr. Anmeldungen täglich in der Anstalt, Zimmer 13, wo auch Stundenpläne unentgeltlich zu haben sind.

Der Zirkus Schumann hat am Mittwoch abend mit einem reichhaltigen Programm die diesjährige Saison eröffnet. Gleich zu Anfang zeigte sich Direktor Albert Schumann in zwei hervorragenden Nummern auf dem Gebiet der Pferdebesessenen. Ganz besonders tief die auf dem Vollblut-Feld der „All Hours“ gerittene hohe Schule mit ihren komplizierten Gangarten das Interesse des Hauses hervor. Hierauf folgten Freiheitsdressuren von 16 Pferden, die sich zum Schluß zu einer Pyramide aufbauten. Aufsehen erregten die Vorfürungen des Hr. Sawade mit seinen zehn bengalischen Königstigern. Es bot einen schauerlich schönen Anblick, wie der Dresseur die schlecht gelaunten Bestien zwang, auf Geheiß allerlei Kunststücke auszuführen. So manches dieser prächtigen Tiere zeigte wohl Neigung, sich auf seinen Gebieter zu stürzen, wenn es nicht der Respekt vor der Peitsche immer wieder in seine Schranken verwieseln hätte. Originell wirkten auch die akrobatischen Vären Paul Satips. Lobende Erwähnung verdienen ferner die musikalischen Darbietungen der Monas-Truppe, das zoologische Potpourri Mik Ostoria, der komische Radfahrerakt The 2 Abbins, der Reittat der 4 römischen Grazien und die Leistungen der Luftvolkigeure „Hegelman-Truppe“. Als Athlet mit erstaunlichen Kraftproben zeigte sich Herr Wimgart, und Mik Joe hielt, da sie sich, an den Jähnen hoch oben im Zirkus hängend, langsam ihrer reichhaltigen Garderobe entleidete, das Publikum in Spannung. Der gewandte und originell wirkende Clown Toto sowie seine Kollegen vervollständigten das Programm.

Die Urania-Vorträge Berliner Gelehrter werden an Dienstagen und Freitagen des kommenden Winterhalbjahrs in vier gesonderten Vortragsreihen stattfinden. Es werden Abonnements zu sehr ermäßigten Preisen für jede Serie ausgegeben, die immer fünf verschiedene Vorträge umfaßt. Die Namen der Gelehrten, die der Urania ihre Mitwirkung zugesagt haben, und die Thematia, die in Aussicht genommen sind, sichern der Veranstaltung ein ganz allgemeines Interesse. Man wird Gelegenheit haben, Aufklärung über die neuesten Errungenschaften und Erkenntnisse in Naturwissenschaft und Technik zu erhalten und zugleich die Anschauungsweise und Gedankenarbeit der einzelnen Forscher selbst kennen zu lernen. Unter anderen werden folgende Vorträge stattfinden: Geh. Rat Professor Dr. Flamm „Ueber Sicherheitsmaßnahmen moderner Seeschiffe“, Geh. Rat Professor Dr. Fritsch „Ueber das Seelenleben der Tiere vom Standpunkte des Anatomen und Physiologen“, Geh. Rat Prof. Dr. Hellmann „Ueber Wetteraberglauben“, Geh. Rat Prof. Dr. Nietze „Ueber die Herstellung künstlicher Edelsteine“, Geh. Rat Prof. Dr. Kernst „Ueber die Bedeutung des Stickstoffes für das Leben“, Geh. Rat Prof. Dr. Wend „Ueber Werden und Vergehen der Alpen“, Geh. Rat Prof. Dr. Rubens „Ueber moderne Atomistik“, Geh. Rat Prof. Dr. Schmidt „Ueber die Forschungsanstalten auf dem Telegraphenber bei Potsdam und ihre Tätigkei“, Geh. Rat Prof. Dr. Schwarzchild „Ueber die Physik der Sonne“, Geh. Rat Prof. Dr. Wahnschaffe „Wie unser Heimatland entstand“, Geh. Rat Prof. Dr. Weinlein „Ueber Weltentstehung und Weltuntergang“, Geh. Rat Prof. Dr. Jany „Physiologisches über Leibesübungen und Sport“, Prof. Dastin „Der atlantische Ozean, seine Fischverhältnisse und Schifffahrt“, Prof. Dr. Donath „Ueber die wissenschaftlichen Grundlagen der Bewegungsphotographie“, Prof. Dr. Dörpfeld „Ueber die Ausgrabungen homerischer Städte“, Prof. Dr. Glagel „Ueber neuere Fortschritte auf dem Gebiete der telegraphischen Bildübertragung“, Prof. Dr. Boll „Ueber die Entwicklung des Menschen“, Prof. Dr. Schaeffer „An den Grenzen der Sichtbarkeit“, Prof. Dr. Spiech „Ueber Spektralanalyse und Elektronentheorie“, Gerichtshemiler Dr. Jeterich „Ueber Wissenschaft und Verbrechen“. Die Vorträge beginnen Anfang Oktober. Ausführliche Programme mit den Abonnementsbedingungen können durch das Bureau der Urania, Taubenstraße, bezogen werden.

Auf der Treptow-Sternwarte finden folgende kinematographischen Vorführungen mit erläuterndem Vortrage statt: Am Freitag, den 19. September, nachmittags 1/5 Uhr: „Aus fernen Landen“; am Sonnabend, den 20. September, abends 7 Uhr: „Scotts Reise zum Südpol und ein Bild ins Weltall“, abends 9 Uhr: „Christoph Kolumbus“; am Sonntag, den 21. September, nachmittags 5 Uhr: „Aus fernen Landen“, abends 7 Uhr: „Das Berner Oberland“; am Montag, den 22. September, abends 7 Uhr: „Interessante Bilder aus Italien“. Mit dem großen Fernrohr werden Mond und Jupiter beobachtet. Außerdem stehen den Besuchern noch kleinere Fernrohre zur freien Verfügung, mit denen beliebige Objekte selbst eingeleitet werden können.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein schwerer Unfall hat sich am Mittwoch nachmittag auf dem Grundstück des Charlottenburger Elektrizitätswerkes zugegetragen. Dort werden gegenwärtig Bauarbeiten ausgeführt, zu welchem Zwecke von der Firma L. Altmann-Charlottenburg ein Gerüst errichtet wird. Bei der Aufstellung des Gerüsts war auch der 21 jährige Eduard Müller aus der Potsdamer Straße beschäftigt. Als dieser auf dem Gerüst in der Höhe des zweiten Stockwerkes tätig war, trat er fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe. Er erlitt einen Schädelbruch und anscheinend auch innere Verletzungen. Der Verunglückte erliegt auf der Unfallstation in der Berliner Straße die

erste ärztliche Hilfe und wurde dann in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

Der Kursus des Bildungsausschusses: „Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“, beginnt am kommenden Montag, den 22. September (Volkshaus, Köpenickerstraße 8). Eintrittskarten zum Preise von 60 Pf. für den ganzen Kursus (vier Vorträge) sind noch zu haben in der Expedition des „Vorwärts“, Selenhimer Str. 1, sowie bei den Bezirksführern. Die Vorträge beginnen pünktlich um 1/2 9 Uhr. Wir erwarten eine recht zahlreiche Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen.

Neukölln.

Seht die Wählerlisten ein! Die Liste der stimmberechtigten Bürger für die Stadtverordnetenwahlen liegt in der Zeit vom 15.—30. September, an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags, Sonnabends nur bis 2 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 8—10 Uhr vormittags, im Wahlbureau des Rathauses, Berliner Str. 62, 1 Treppe links, aus.

In dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde die Liste einsehen und gegen die Richtigkeit der Liste schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erheben.

Pflicht jedes stimmberechtigten Bürgers ist es, Einsicht in die Liste zu nehmen. Nur der ist wahlberechtigt, der in der Liste steht.

Einen Volkssiederabend veranstaltet am Sonntag, 21. September, der Männer- und Frauenchor Neukölln (M. d. V. u. S. V.) im großen Saale der Neuen Welt, Hofenstraße. Mitwirkende: Frau Käthe Hjan, Vieder zur Laute. Neben Frauen- und Männerchören wird auch die Tragödie von Heine im gemischten Chor zum Vortrag gelangen. Anfang pünktlich 7 Uhr, Eintritt inkl. Tanz 60 Pf.

Am Sonntag, den 21. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuss im Neuköllner Theater, Bergstr. 147, die erste Theateraufführung in diesem Geschäftsjahr. Zur Aufführung gelangt: Das Konzert, Lustspiel von Hermann Vahr. Willetts a 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch zu haben in den Parteipeditoren Redaktions- und Siegfriedstr. 28, sowie bei den Genossen Rest. Gemoder, Kaiser-Friedrich-Str. 232/33, Rest. Richter, Prinz-Handjery-Str. 3; Rest. Karl Richter, Wühlower Str. 7/8, Ede Weisstr.; Rest. Ad. Vortisch, Hermannstr. 49.

Spielpartien nach dem Plänterwald finden am Sonntag, den 21., und Mittwoch, den 24. September, statt. Abmarsch am Sonntag um 8 Uhr vormittags, am Mittwoch um 2 Uhr nachmittags vom Wäldchenplatz aus. Wiederbühler sind mitzubringen. Um rege Beteiligung der Kinder wird ersucht.

Schöneberg.

Ein **Haifisch** ist jetzt in der städtischen Seefischhalle I in der Feuerstraße 4 von 1,55 Meter Länge und einem Gewicht von über 200 Pfund ausgestellt. In den nächsten Tagen wird dieses Ungeheuer auch in der Seefischhalle II am Wannseebahnhof Friedenau zu sehen sein.

Wilmerdorf.

Die Stadt Wilmerdorf als Universalerbin zweier Selbstmörderinnen. In der Wohnung der beiden Schwestern Emilie und Luise Damm in der Auguststraße 28, die am Montag freiwillig aus dem Leben schieden, wurde bei Aufnahme der Hinterlassenschaft eine beglaubigte Abschrift eines bei Gericht niedergelegten Testaments aufgefunden, in dem die Stadt Wilmerdorf als Erbin des gesamten Vermögens der beiden Toten eingesetzt ist. Die Summe beläuft sich auf fast eine Viertelmillion, von der 16 000 Mark bei der Reichsbank deponiert sind. Die Verwandten der Geschwister Damm, eine Nichte und ein Neffe, der als Kaufmann in Charlottenburg wohnt, sind im Testament übergangen worden. In dem Testament wurde nur noch bestimmt, daß der Wilmerdorfer Magistrat für das Begräbnis sorgen soll, wofür volle 8000 Mark ausgesetzt sind.

Sohen-Schönhausen.

In der Mitgliederversammlung der hiesigen Bezirksorganisation referierte Genosse Wilhelm Vied über „Aus Webers Leben“. In anschaulicher Weise schilderte der Vortragende den Werdegang des großen Führers der deutschen Sozialdemokratie. Der lebhafteste Teil der Versammlung betraf, mit welcher regem Interesse diese dem Thema gefolgt waren. An Stelle des Vergnügungsausschusses wurde ein Bildungsausschuss gewählt, dem die Genossen Thiele, Henschle, Karl Müller, Lüder und Körner angehören. Die Bibliothek ist jetzt so weit gebildet, daß mit dem Verleihen der Bücher begonnen werden kann. Die Ausgabe derselben findet jeden Mittwoch, abends 8—9 Uhr, beim Genossen Herichle, Berliner Str. 98, statt. Zum Schluß wurden die Anwesenden aufgefordert, mit ganzer Kraft für unsere Organisation zu werben und nicht die Kräfte in kleinen Vereinen zu zersplittern. Ebenso sei es notwendig, daß die Parteigenossen die Gemeindevertretungen besuchen, weil von einer bestimmten Seite über die Haltung besonders der sozialdemokratischen Vertreter in wahrheitswidriger Weise berichtet werde.

Grünau.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Dr. Freund über Feuerbestattungsweisen. Der Redner erläuterte die Vorzüge gegenüber der Erdbestattung in hygienischer und ästhetischer Beziehung. An einem Modell des neuen Berliner Verbrennungsofens wurde der Hergang einer Einäscherung erklärt. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, am Sonntag, den 21. d. M., eine gemeinsame Besichtigung des Krematoriums in Treptow vorzunehmen. Die Abfahrt wurde auf 9.23 Uhr festgelegt. Der Vortragende wies auf das 22. Stiftungsfest des Wahlvereins am 11. Oktober hin und ersuchte um rege Beteiligung. Eine erneute Anregung, den Austritt aus der Landeskirche zu vollziehen und die Bestrebungen der freireligiösen Gemeinde zu unterstützen, zeitigte eine rege Debatte, in deren Verlauf der Wunsch zum Ausdruck kam, mit den benachbarten Orten in Verbindung zu treten, um den Versuch zu machen, eine Bildungsstätte namentlich für die noch schulpflichtige Jugend zu schaffen.

Treptow-Daunschenweg — Nieder-Schöneweide.

Am Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr, veranstaltet der Männerchor „Obersee“ im Stadthaus am Köpenicker Platz in Nieder-Schöneweide eine Morgenprache. Der Zweck dieser Zusammenkunft soll ein allgemeiner Wiederaustausch sein. Es werden dort Klaffensöhre von allen Vereinen aufgeführt, außerdem bringt jeder Verein zwei Lieder zum Vortrag. Es haben sich zu dieser Veranstaltung fünfzehn Vereine mit circa 600 Sängern angemeldet. Der Eintritt ist frei.

Johannisthal.

Der Bildungsausschuss beginnt sein diesjähriges Winterprogramm mit einem Unterhaltungsabend. Derselbe findet am Sonnabend, den 20. September, in Otto Senfleders Festsaal statt. Chorgesänge, ausgeführt vom Gesangsverein Liebesfreunde-Johannisthal sowie Vieder und Rezitationen ersten und zweiten Inhalts, für welche die Vortragskünstlerin Frau Margarete Ballotte gewonnen ist, werden das Programm bilden. Die Begleitung am Flügel hat Herr Kapellmeister Erwin Feustel übernommen. Die Einzelkassierer inklusive Programm und Tanz kosten 50 Pf. und sind bei den Funktionären, in der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft und in den mit Plakaten versehenen Geschäften zu haben. Die Genossen werden gebeten, sich rechtzeitig mit Willetts zu versehen und für den Vertrieb derselben Sorge zu tragen. Arbeitslose Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, welche sich als solche ausweisen, können beim Genossen Steuer, Bismarckstr. 8, Freibillets in Empfang nehmen.

Ober-Schöneweide.

Arbeitslosenversicherung und Bericht aus der Gemeindevertretung war das Thema, das in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins behandelt wurde. Genosse **Grünau** als Referent über die Arbeits-

losenversicherung betonte, daß von jeher in der Arbeiterschaft die Ansicht herrsche, daß die Arbeitslosenfürsorge Aufgabe des Reiches sei; heute brächen leider nur die Gewerkschaften ungeheurer Mittel dafür auf, es müsse daher von der Gesetzgebung mit allem Nachdruck verlangt werden, daß der gewaltigen Schädigung der Arbeiterfamilien, die die Arbeitslosigkeit im Gefolge hat, gesteuert werde. Bemerkenswert sei die streng ablehnende Haltung des Kapitals gegen diese Versicherung; man wolle eben die so wirksame Zucht der Arbeitslosigkeit nicht entbehren. Hand in Hand mit dieser Frage gingen die Einrichtung der Arbeitsnachweise und die Übernahme von Kostendarstellungen. Letztere brächen allerdings vielfach nicht die von ihnen erhoffte Beschäftigungsgellegenheit, da nicht jeder den betreffenden Arbeiten gewachsen sei. Gewarnt werde müsse daher, generell die Forderung an die Gemeinden zu stellen, daß die kommunalen Arbeiten nur von ortsanfälligen Arbeitern oder Internen auszuführen seien; hier müsse unter Würdigung aller Verhältnisse von Fall zu Fall entschieden werden. Sei die Arbeitslosenversicherung auch kein Allheilmittel zur Beseitigung des Elends, so sei doch ihre Forderung eine Notwendigkeit. In der nachfolgenden Diskussion äußerten sich Genosse Kaiser im zustimmenden Sinne und Dertter und Reichert dahin, daß wir auf eine staatliche Versicherung verzichten sollten. Den Bericht der sozialdemokratischen Gemeindevertreterfraktion gab Genosse **Muth**; er führte aus, daß die vollständige Befreiung der dritten Klasse durch Vertreter unserer Partei doch schon in vielen Fällen ein recht gutes Gegengewicht gegen die Haltung der 1. Klasse erbracht hätte, die bei ihren Abstimmungen oft weniger das Wohl der Gemeinde, als vielmehr die Interessen ihrer Auftraggeber im Auge hätten. Die anderweitige Zulassung der Armenkommissionen sei eine Frucht unserer Tätigkeit, ein Antrag der Fraktion auf vollständige Umgestaltung der Friedhofordnung und Abschaffung aller Gebühren für die Genehmigung der Grabausstattungen und Befreiung von den sonstigen Gebühren bei Einkommen bis 1500 M., befände sich in Beratung. Der Frage der Versicherung der Schulkinder gegen Unfälle in der Schule wende die Fraktion volles Interesse zu. Ein recht klassisches Beispiel dafür, wie man sich auf gewisser Seite das Eintreten für die Interessen der Allgemeinheit vorstelle, zeige die Weigerung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zur Zahlung eines Kostenbeitrages von 23 000 Mark zur Straßenverbreiterung. Zu begreifen sei das Eingreifen des Zweckverbandes, der für die Kasierung der Dünzelsstraße die Schaffung einer anderen Freifläche fordere. Da die Fraktion auch im Kreis der vertretenen sei, müsse berichtet werden, daß von dieser Körperschaft recht wenig zu erhoffen sei, wie die Behandlung der Anträge zum Statut der Kreiskrankenkasse erkennen lasse. In der Angelegenheit der besonderen Besteuerung Berlins durch den Kreisrat sei das Verhalten unserer Berliner Genossen zu bedauern, daß sie bei Kenntnis der Sachlage nicht die nötigen Schritte unternommen hätten, um unseren Vertretern ihre Stellungnahme zu unterbreiten.

Notwendig.

Bei dem starken Gewitterregen am Mittwochabend machten sich die schlechten Abfuhrverhältnisse in manchen Straßen wieder einmal in recht unangenehmer Weise bemerkbar. In der Plantagenstraße am alten Kirchhof sowie an einigen Stellen der Wall- und Priesterstraße sammelten sich die Wasserfluten derart an, daß das Passieren des Fußsteiges und des Fahrdammes eine zeitlang geradezu unmöglich war. Da sich dieser Uebelstand bei jedem größeren Regenguß wiederholt, so sollte die Gemeinde doch ernstlich erwägen, auf welche Weise gründliche Abhilfe geschaffen werden könnte.

Die **Freie Turnerschaft Rowawes-Drewitz** feiert am kommenden Sonnabend, den 20. September, im Restaurant „Volksgarten“, Priesterweg 31, ihr 19. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen und nachfolgendem Ball. Die Kassenöffnung ist auf 7 Uhr, der Anfang um 8 Uhr angesetzt. Da der Verein bisher stets bereitwillig bei Arbeiterfestlichkeiten mitgewirkt und so zum Gelingen derselben beigetragen hat, so wird auf zahlreiche Beteiligung der Arbeiterschaft gerechnet.

Lübars-Waidmannslust.

Aus der **Gemeindevertretung**. Die Lieferung der eisernen Druckröhren für die Kanalisation, ca. 2000 Meter, wurde dem Deutschen Kupferverband mit 30 337,40 M. übertragen. Der Gemeindevorsteher bemerkte hierzu, daß eine öffentliche Ausschreibung nicht stattgefunden und auch keinen Zweck gehabt hätte, da in dieser Branche ein Syndikat besteht (das die Preise diktiert), das aber die Lieferungsbedingungen angenommen habe. Die ordentliche Verwaltung für 1912 schließt in der Einnahme mit 150 088,17 M. und in der Ausgabe mit 140 028,17 M. ab, so daß ein Bestand von 10 060 M. verbleibt. Bei der außerordentlichen Verwaltung 1911 (Straßenbauten) betragen die Einnahmen 141 219,22 M., darunter ein aufgenommenes Darlehen von 110 000 M., die Ausgaben 138 810,08 M.; es verbleibt ein Bestand von 4409,14 M., der für die Fertigstellung der Rosenhäger Straße Verwendung finden soll. Unsere Genossen stimmten gegen die Feststellung, da ein klares Bild über die Finanzwirtschaft nicht zu erlangen war, was erst bei der demnächst öffentlichen Auslegung möglich sein wird. Dann wurde der Gemeindevertretung zugemutet, noch ein Ortsstatut, eine Polizeiverordnung und eine Gebühreordnung mit zusammen 71 Paragraphen, den Anschließ an die Kanalisation betreffend, im Galopp tempo zu beraten. Unsere Genossen beantragten, die Vorlagen in zwei Lesungen zu beraten. Dem Gemeindevorsteher war das natürlich unangenehm. Dem anderen ist es nicht zu verzeihen, daß er durchaus nicht begreifen konnte, wie der Antrag eigentlich gemeint sei. Ja, Herr Müller vertieg sich sogar zu der Behauptung, der Antrag verleihe gegen die Landgemeindeordnung. Die Antwort, die hier unsere Genossen erteilten, wird den Herrn wohl veranlassen, in Zukunft seine Argumente etwas sorgfältiger zu wählen. Er mußte seine Ansicht ändern, als auch von bürgerlicher Seite dasselbe verlangt und beschlossen wurde. Bei der Beratung des Ortsstatuts waren unsere Genossen bemüht, die Rechte der Gemeindevertretung gegenüber der Polizei zu stärken. Wie weit dies gelingt, wird sich erst bei der zweiten Beratung entscheiden.

Potsdam.

Polizeilicher Schutz war bei der vergangenen Krankenlostenwahl den Gegnern in einem Flugblatt und auch in der „Potsdamer Tageszeitung“ zugesichert worden. Jetzt wird nachträglich bekannt, wie es kam, daß auch wirklich die Polizei alles aufgeboten hatte, damit den Wählern kein Leid geschehe. Der Kanzleibeamte Vieder beim Magistrat, der bekanntlich auch das von Unwahrheiten sirorende Flugblatt unterschrieben, hatte an die Potsdamer Polizeidirektion einen Brief geschrieben, worin er auf die Wahl hinweist und ersucht, daß die Polizei die nötigen Vorkehrungen treffen möge, weil seitens der Sozialdemokratie bei der diesmaligen Wahl allerlei Ausschreitungen zu befürchten seien. Wir müssen uns nur wundern, daß die Polizei der Schreiber nicht entsprechend abgefertigt hat, anstatt polizeilichen Schutz zu senden. Denn gerade die Polizei müßte doch wissen, daß in den langen Jahren, in denen die Sozialdemokratie bei den Wahlen sich beteiligt hat, noch nicht das geringste vorgekommen ist, was ein solches Ansetzen an die Polizei rechtfertigen würde.

Ein **sonderbarer Zufall**. Auf der gegnerischen Liste zur Krankenlostenwahl in Potsdam waren bekanntlich nicht weniger als 48 beim Magistrat beschäftigte Personen aufgestellt. Recht auffällig betrafte hier der Umstand, daß sich unter diesen auch zwei Personen, und zwar Georg Schulz und Albert Lindemann befanden, welche früher stadtbekannt Sozialdemokraten waren und von denen der eine erst noch bei der letzten Stadtverordnetenwahl als sozialdemokratischer Kandidat zur Wahl stand. Beide waren früher Gastwirte in Potsdam und beide hatten ihr Lokal der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt. Sie bezogen ihr Bier von dem Stadtrat Lamm; nachdem sie ihr Lokal der Sozialdemokratie entzogen hatten und dann nicht mehr bestehen konnten, wurden dieselben beim Potsdamer Magistrat angestellt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Vohndorf. Heute Freitag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Schulze.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Der spendable Steuersiskus.

Der eigenartige Fall, daß jemand, der jahrelang keine Steuern bezahlt hat, von der Steuerbehörde sogar noch etwas herausgezahlt bekommt, kam in einer Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Simonson zur Sprache. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges war der Schneider Emil **Maack** angeklagt. — Der Angeklagte ist seit einigen Jahren mit der Zahlung der Steuern im Rückstande. Mit der Zwangsweisen Beitreibung war nichts zu erreichen, da bekanntlich da, wo nichts ist, selbst der allmächtige Steuersiskus sein Recht verloren hat. Der Angeklagte war deshalb angenehm überrascht, als er eines Tages von der Steuerbehörde eine Aufforderung erhielt, sich 18 M. zu viel gezahlte Steuern abzuholen. Dieses Schreiben war allerdings an den Kaufmann **Walter Maack** gerichtet, dagegen stimmte die Hausnummer, ferner war auch der Name der Wirtin, bei der **W.** wohnte, richtig angegeben. Wie sich später ergab, war das Schreiben nicht an den Blumenstr. 88 wohnhaften Angeklagten, sondern an den Blumenstraße 7 wohnhaften Kaufmann **Walter Maack** gerichtet. Als am 16. Oktober der Oberbrieftäger Schwingl mit der Postanweisung über 18 M. bei dem Angeklagten erschien, erklärte dieser gleich, daß er wohl die zuviel gezahlten Steuern zurückerhalten solle. Als der Beamte wegen des Vornamens „Walter“ Bedenken trug, erklärte **W.**, daß er auch diesen Namen trage und unterschrieb die Postanweisung dann auch mit „Walter Maack“. — Der durch das Versehen der Steuerbehörde und die falschen Angaben hereinfallene war der Briefträger, der aus eigener Tasche die 18 M. an den richtigen Empfänger zahlen mußte. Der Beamte verfluchte den Angeklagten auf Zurückzahlung der 18 M. Die Zwangsbefreiung bei **W.** fiel fruchtlos aus, so daß der Beamte zu dem Verlust des Geldes auch noch 45 M. Gerichtskosten zahlen mußte. Staatsanwalt **Lehmann** wies als strafschwerend darauf hin, daß der Angeklagte einen recht niedrigen Charakter dadurch bewiesen habe, daß er bis heute nicht einen Pfennig an den geschädigten Beamten zurückgezahlt habe. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten auf 3 Monate Gefängnis.

Der **Novelle zum Strafrecht**, nach welcher bei Betrug, Diebstahl und Unterschlagung ein besonderer Strafantrag notwendig ist, wenn es sich um geringe Objekte handelt und der Täter sich in Not befindet, hatte es der **Monteur Paul Matties** zu verdanken, daß er mit einer verhältnismäßig sehr milden Strafe davonkam. Wegen Betruges im straffähigen Rückfalle hatte sich **W.**, der zurzeit eine 1 1/2-jährige Gefängnisstrafe verbüßt, vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. — Der Angeklagte war in dem Installationsgeschäft von **Ronsong** als Monteur angestellt gewesen. Als der Inhaber erfuhr, daß **W.** vielfach vorbestraft ist, wurde er Knall und Fall entlassen, da es der Inhaber nicht verantworten konnte, einen vorbestraften Menschen in die Wohnungen seiner Kunden zu schicken. Bald nach seiner Entlassung bemühte der Angeklagte, als er sich in Geldverlegenheit befand, seine in dem Fischen Geschäft erlangte Kenntnis von dem Kundenreise seines früheren Arbeitgeber zu verschiedenen Schwindelzügen. Er setzte sich mit mehreren Schlächtermästern, mit denen **Ronsong** hauptsächlich in Beziehungen steht, telefonisch in Verbindung und bat diese im Namen des **W.**, sie möchten seinem Gehilfen, der in der Nähe arbeite, 3 M. ausbändigen, da dieser Materialien kaufen müsse. Der Angeklagte erschien dann bei den betreffenden Schlächtermästern, u. a. bei dem Schlächtermeister **Schöber** in der Wittstocker Straße, und ließ sich 3 M. ausbändigen. — Der Staatsanwalt beantragte eine Haftstrafe von 6 Monaten. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß in dem vorliegenden Falle der betreffende Paragraph der Novelle zum Strafrecht in Anwendung kommen müsse, da es sich um geringe Beträge handelte, der Angeklagte auch in der Not gehandelt habe. Da nur in einem Falle Strafantrag gestellt war, konnte der Angeklagte nur wegen dieses Falles verurteilt werden, während in den übrigen Fällen das Verfahren eingestellt werden mußte. Diesem Umstand hatte es der Angeklagte zu verdanken, daß er nur zu 2 Wochen Gefängnis zusätzlich verurteilt wurde.

Spiel und Sport.

Turner.

Turnverein „Fichte“. Am Sonntag, den 21. Sept., veranstalten die Frauen-Abteilungen des Turnvereins „Fichte“ eine gemeinsame Turnfahrt nach Fichtelwörder zum „Alten Freund“. Treffpunkte der einzelnen Abteilungen sind: Bahnhofs-Friedrichstraße: 7 Uhr morgens, Bahnhofs-Schönhauser Allee: 8 Uhr morgens, Schloßstraße-Bahnhof (Mühlstraße): 7 Uhr morgens.

Am 1. Uhr mittags treffen sich die Abteilungen in Fichtelwörder, wofür sie nach der Mittagspause den Nachmittag mit Best- und Gesellschaftsspielen anfallen. In dieser Veranstaltung sind sämtliche Arbeiterinnen eingeladen. **Freie Turnerschaft Neukölln-Brick.** Am Sonntag, den 21. Sept., findet das Abturnen der Männer und Frauen am dem Turnplatz in der Grenzallee statt. Für Turnerinnen ist ein Hantelkampf; für Turner ein Sechskampf an den Geräten und in volkstümlichen Übungen vorgesehen. Abmarsch mit Rühl um 1 1/2 Uhr von K. Barck, Hermannstr. 48/49, Admarstraße zu Schönberg, Brück, Rudower und Bodanstraßeer Straßen-Ede. Dasselbst Melanthalverbindung und gemächliches Bekommenstein. Freunde und Gönner des Vereins sind zu dieser Veranstaltung freimüßig eingeladen.

Der Turnverein Obersee-Oberschöneweide veranstaltet am Sonnabend, den 20. Sept., in seinem Vereinslokal, Schloßpark-Wilhelmshof (großer Saal) seine diesjährige Rekruten-Abschiedsfeier durch Ansprache und Verabschiedung der Rekruten, Beiträge und Tanz bei freiem Zutritt. Sonntag, den 21. Sept., findet auf dem Spielplatz (hinter Wila Weihenburg, Ostend) das diesjährige Abturnen, bestehend aus volkstümlichem Weibturnen und Wettspielen statt. Beginn nachmittags 1 1/2 Uhr. Daran anschließend um 4 Uhr ein Fußball-Serien-Wettspiel gegen den B. f. B., Friedrichshagen. Freunde und Gönner zu allen Veranstaltungen willkommen.

Niederschöneweide. Der hiesige Arbeiter-Turnverein „Brick Frei“ veranstaltet am Sonntag, den 21. Sept., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf seinem Turnplatz in der Sedanstraße sein diesjähriges Abturnen. Wends findet auch ein gemächliches Bekommenstein im Restaurant „Baldhaus“ statt. Freunde und Gönner des Vereins sind zu beiden Veranstaltungen freimüßig eingeladen.

Freie Turnerschaft Waidmannslust. Sonntag, den 21. Sept., nachmittags 2 1/2 Uhr, Abturnen auf dem Gemeindefeldplatz. **Freie Turnerschaft Reinickendorf.** Am Sonnabend, den 20. Sept., Rekruten-Abschiedsfeier in Grodes „Baldhüßchen“, Gladborkstraße 46, bestehend in turnerischen Aufführungen und Tanz. **Freie Turnerschaft Schönholz.** Sonnabend, den 20. September, feiert der Verein sein 2. Stiftungsfest verbunden mit Rekruten-Abschiedsfeier in den „Hubertuslösen“, Schönholz, Provinzstraße. Turnerspiele und Theateraufführung. Verlosung.

Wärsche Spielvereinigung, Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag beginnen die Serien-Fußball-Wettspiele. In der 1. M. stehen sich gegenüber: Rummeisburg—Ruhellia in Lichtenberg, Trifweg; Vorwärts—Fichte XVII in Friedrichshagen, Gemeindefeldplatz; Borussia—Fichte III in Reinickendorf; Reinickendorfer Fußballklub—Schöneberg, in Reinickendorf, Schiller-Brommende; Biberias—Kilemania in Reinickendorf, Pantower Allee;

